Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

kommunistische volkszeitung

21. August 1974 Jg. 2 Nr. 17 50 Pfennig

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 69 Heidelberg, Lutherstr.44a – Die KVZ erscheint regelmäßig 14-täglich mittwochs, Auflage: 49 000 – Diese Nummer erscheint am Mittwoch, 21.8.1974 – Zuschriften an die Redaktion der KVZ: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29. Die Redaktion ist telefonisch zu erreichen unter Nr. 0621 / 36 014 – Jahresabonnement: 24 Nummern incl. Porto 18,00 DM. Förderabonnement: 24 Nummern 20,00 DM und mehr. Abonnement-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Ernst Ehlert, Volksbank Mannheim, Kto-Nr. 57 34 18 oder: PschA Karlsruhe, KtoNr. 112 985-758 – Die Zeitung wurde am 18.8.1974 fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Beschlagnahmeversuche gingen ins Leere

Im Zusammenhang mit den Vertuschungsversuchen über die Polizeischießerei in Mannheim-Käfertal erließ das Amtsgericht Mannheim auf Antrag der dortigen Staatsanwaltschaft eine Beschlagnahmeverfügung gegen die Nr. 16 der Kommunistischen Volkszeitung. Lapidar heißt es in der Verfügung: "Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Mannheim haben wir die Beschlagnahme der Kommunistischen Volkszeitung Jg. 2, Nr. 16 gem.§§ 94, 98 StPO angeordnet, da der Inhalt der Seite 12 dieser Zeitung offensichtlich gegen §§ 185 ff StGB verstößt."

Auf der Grundlage dieser Verfügung wurden in 13 Städten der BRD Polizeiaktionen gegen den KVZ-Verkauf durchgeführt, dabei wurden ca. 350 Exemplare beschlagnahmt. In Mannheim hatte die Polizei etwa 10 Greiftrupps von der Zivil- und Schutzpolizei eingesetzt. Diese versuchten die ganze Woche über, den KVZ-Verkauf zu unterbinden. Ihnen war kein Erfolg beschieden; sie erbeuteten ca. 120 Exemplare, die Ortsgruppe verkaufte dagegen 200 Exemplare mehr als von der Nr.15. Nur in Wilhelmshaven ist es der Polizei gelungen, die gesamte örtliche Auflage einzuziehen, aber auch hier konnt der Verkauf trotzdem durchgeführt werden.

Bei dieser Aktion gegen die KVZ und die Dokumentation des Ausschusses zur Aufklärung der Polizeischießerei in Mannheim-Käfertal (siehe auch den Bericht der Mannheimer Ortsleitung) hat die bürgerliche Justiz wieder einmal bewiesen, daß sie sich im Zweifelsfall über ihre eigenen Gesetze hinwegsetzt. In der Beschlagnahmeverfügung vom 7.8.1974 sind weder die Stellen der Zeitung genau benannt, noch bezieht sich die Verfügung nur auf die "beanstandete" Seite, wie es nach dem Pressegesetz bindend vorgeschrieben ist. Die sofort eingelegte Beschwerde beim Landgericht Mannheim wurde so lange zwischen verschiedenen Stellen hin und her geschoben, bis die Hauptverkaufszeit der Nr. 16 vorbei war. Am Freitag, 9.8.74 wurde die Beschwerde behandelt und ihr bis auf die Seiten 11 und 12 stattgegeben. Für die Seiten 11 und 12 wurde die Beschwerde nicht behandelt und der Bereitschaftskammer für das Wochenende übergeben, die natürlich nicht dazu kam. Am Montag wurde dann endlich die Beschwerde insgesamt behandelt und ihr stattgegeben. Die Verfügung gegen die "Dokumentation" konnte allerdings immer noch nicht behandelt werden, da das Amtsgericht leider die falsche Akte der zuständigen Kammer überwiesen hat. Gleichzeitig mit der Aufhebung der Beschlagnahmeverfügung erließ das Amtsgericht eine neue Verfügung, in der es endlich bekannt gibt, welche Stellen sie beanstandet: "Polizei und Justiz wollen die Wahrheit unterdrücken." "... Untersuchung des Mordes an Hans-Jürgen R.", "Schluß mit dem Polizeiterror", dieses, so die Verfügung, erfülle "den Tatbestand der üblen Nachrede, öffentlich begangen."

Die Beschlagnahmeverfügungen und die Polizeiaktionen zeigen, wie recht die 400 Mannheimer Bürger haben, wenn sie die zuständigen Behörden öffentlich des Totschlags beschuldigen und wenn sie behaupten, daß die Behörden alles unternehmen, um die Wahrheit über die Polizeischießerei in Mannheim-Käfertal zu unterdrücken. Dies war die erste breiter angelegte Beschlagnahmeaktion, schlampig angeleitet durch eine unfähige Mannheimer Staatsanwaltschaft und von lustlosen Polizisten schleppend durchgeführt. –d.b.–

Immer mehr werden arbeitslos!

Das erste Mal seit der Währungsreform 1948 gab es dieses Jahr im Juli fast eine halbe Million Arbeitslose. Das sind doppelt soviel wie im Juli letzten Jahres. Bundeskanzler Schmidt weist immer wieder darauf hin, daß unsere Wirtschaft die stabilste der westlichen Welt sei, aber das nützt den Arbeitslosen wenig, genauso wie es wenig hilft, daß bei uns die Preissteigerungen nur 7 % betragen. Vielmehr muß man sich fragen, wie es um die kapitalistische Wirtschaft bestellt ist, wenn ein Land, in dem es eine halbe Million Arbeitslose, 7 % Preissteigerungen und 3 251 Konkurse in einem halben Jahr gibt, als das beste aller kapitalistischen Länder bezeichnet wird.

Doch auch die weiteren Aussichten für diese stabilste kapitalistische Wirtschaft der westlichen Welt sind nicht rosig. Für den Herbst rechnen die Wirtschaftsfachleute des Kapitals selbst mit einer weiteren Zunahme der Pleiten, zunehmender Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, weiter steigenden Preisen, weiter sinkenden Verbrauchsausgaben. Schon das ganze Jahr war es so, daß die große Mehrzahl der Bevölkerung, die Lohnabhängigen, den Verbrauch einschränken mußte, ganz abgesehen, daß immer weniger Leute Geld für größere Anschaffungen, wie zum Beispiel ein neues Auto haben. Doch die Kapitalisten konnten sich in vielen Branchen weiter auf den Export stützen. Inzwischen sind aber auch die Exportaufträge zurückgegangen, was zu einer weiteren Minderauslastung der Produktionskapazitäten und zu weiteren Entlassungen führen muß. Wegen der Ferien ist die Kurzarbeit geringfügig zurückgegangen. Es sind aber immer noch 140 000, die kurzarbeiten. Und schon melden die großen Automobilfirmen, VW, Opel, MAN, weitere Kurzarbeit an.

Das ist die Lage, und Bundeskanzler Schmidt befand sie: "im ganzen nach wie vor gut." (Frankfurter Rundschau, 8.8.)

Doch gut ist diese Lage höchstens für Kapitalisten, die sich freuen, wenn sie lästige Konkurrenz verlieren, weil andere Kapitalisten pleite machen. Für die Arbeiterklasse sieht die Lage umgekehrt aus. Für die Arbeiter, die keine Arbeit haben – denn es ist für einen Arbeiter im Kapitalismus das schlimmste Übel, keinen Ausbeuter seiner Arbeitskraft zu finden. Elend, weil das Arbeitslosengeld kaum für das Nötigste zum Leben reicht. Elend, weil die Arbeitsämter in erniedrigender Weise mit den Arbeitssuchenden umspringen. Doch das Elend der Arbeitslosen trifft nicht nur die Arbeitslosen, sondern die gesamte Arbeiterklasse. Denn die Rechtlosigkeit der Arbeiter im Betrieb wird unter der ständigen Drohung, den Arbeitsplatz zu verlieren, doppelt spürbar, und die Kapitalisten nutzen die Situation, um die Ausbeutung zu steigern und die Löhne zu drücken. Dazu brauchen sie gar nicht die Löhne zu kürzen, denn die Preissteigerungen erledigen den Lohnabbau automatisch. Und gegen die Lohnforderungen ziehen die Kapitalistenklasse und all ihre Funktionäre in Regierung und bürgerlichen Parteien mit der Drohung weiter steigender Arbeitslosigkeit ins Feld.

Zur Unterstützung bei Arbeitslosigkeit hat sich die Arbeiterklasse die Arbeitslosenversicherung erkämpft, nicht nur, um in der Not den Klassengenossen helfen zu können, sondern um die Kampfkraft der Klasse zu erhöhen. Doch wie sieht es um die Arbeitslosenversicherung aus? Die Arbeitslosenkasse, die die Arbeiterklasse mit ihren Beiträgen füllt, ist nicht in ihrer Hand, sondern genau wie die Arbeitsämter in der Hand des kapitalistischen Staates. Gegenwärtig erwartet die Bundesanstalt für Arbeit ein Milliardendefizit, obwohl die Arbeiter in den Zeiten geringerer Arbeitslosigkeit Milliardenbeträge in die Kassen gezahlt haben. Große Teile dieser Gelder sind verwirtschaftet worden durch eine aufwendige Verwaltung und für "Arbeitsförderungsmaßnahmen" an die Industrie.

Da bis zum Jahresende das Geld ausgehen wird, ist zu Beginn des nächsten Jahres eine Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge auf 2 % des Bruttolohnes beschlossen. Zynisch bemerkt Stingel, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, daß die Lage nicht so schlimm sei, weil ein "nicht bezifferter Anteil dieser Arbeitslosen keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld mehr habe" (Handelsblatt, 9.8.).

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen diese Verhältnisse ist noch kaum entwickelt. Er muß geführt werden um die Selbstverwaltung der Arbeitsämter und der Arbeitslosenversicherung durch die Lohnabhängigen selbst, und für die gesetzliche Garantie eines Arbeitslosengeldes von mindestens 80 % des Lohnes, sowie für die Bezahlung durch die Kapitalisten. Im Kampf um diese Forderungen muß sich die Arbeiterklasse gegen den kapitalistischen Staat zusammenschließen. Das ist nicht Sache nur der Arbeitslosen, sondern Sache der gesamten Arbeiterklasse, um ihre Kampfkraft zu stärken. Die Krise des Kapitalismus zeigt ihr, wofür sie die Kampfkraft gebrauchen muß. Freiwillig werden die Kapitalisten nicht den Bankrott ihres Systems erklären. –bb–

Antwort an die vorgesetzte Dienststelle – Wie und warum der Atommüllskandal von Obrigheim an die Öffentlichkeit kam

Dr. Walter Samsel vom Krebsforschungsinstitut Heidelberg wurde zwecks Überprüfung, ob sein Verhalten dienstwidrig sei, auf Anordnung des Kultusministers aufgefordert, Bericht zu erstatten. Er gab seinen Bericht an die Presse.

Seite 12

Die Wirkung der Steuerreform

Mit Lohnsteuern und indirekten Steuern zahlen die Lohnabhängigen 40 % vom Bruttolohn zusätzlich zu den Sozialabgaben. Ausführliche Darstellungen und vergleichende Steuertabellen für Löhne und Gehälter von 1 000 bis 3 000 DM brutto.

Seite 4 und 5



Griechenland: zehntausende fordern, daß der Austritt aus der NATO wirklich erfolgt und die US-Militärbasen aufgelöst werden.

Zypern: Die Auseinandersetzungen gehen weiter

Nach dem Scheitern der Genfer Zypernkonferenz und der Fortsetzung der militärischen Intervention der Türkei in Zypern ist heute die Insel geteilt und die Unabhängigkeit des zyprischen Staates zerstört. Die Auseinandersetzung um Zypern ist damit nicht beendet, selbst wenn es jetzt zu einer Neuauflage der Verhandlungen kommen sollte und selbst wenn an deren Ende eine vertragliche Lösung über das Schicksal der Insel und des zypriotischen Volkes zustandekommen sollte. Eine wirkliche Lösung des "Zypernproblems" kann nur zustandekommen, wenn das zypriotische Volk seine Spaltung in Zyprioten griechischer Nationalität und türkischer Nationalität überwindet und gemeinsam für seine Unabhängigkeit kämpft. Sie kann nur zustandekommen, wenn die Türkei und Griechenland, die beiden Mutterländer der auf Zypern lebenden Nationalitäten, aufgehört haben, vom US-Imperialismus und anderen imperialistischen Staaten abhängig zu sein und wenn das Mittelmeer nicht mehr der Tummelplatz der Flotten der beiden imperialistischen Supermächte sein wird.

Weil sich das zypriotische Volk noch nicht zusammengeschlossen hat, sondern sich in Türken und Griechen hat spalten lassen, weil die Türkei und Griechenland von den Imperialisten sich vor ihren Karren spannen lassen und weil das Mittelmeer eines der Zentren der Auseinandersetzung um die Weltherrschaft ist zwischen den beiden imperialistischen Supermächten, ist die Lage des zypriotischen Volkes heute schlecht und ist das zypriotische Volk heute das Opfer von militärischen Auseinandersetzungen und Aggression und hat sein Schicksal nicht in der eigenen Hand.

Der Krieg um Zypern ist ein weiteres Beispiel dafür, wie schädlich der Imperialismus für die Völker ist und der Nationalismus im Dienst des Imperialismus.

DER US–IMPERIALISMUS HAT DEN STURZ DER REGIERUNG MAKARIOS GEPLANT, UM ZYPERN DURCH EINE HANDVOLL KÄUFLICHER ELEMENTE IN DIE HAND ZU BEKOMMEN.

Heute zweifeln nur noch eingefleischte Anhänger des US-Imperialismus und Leute, die die USA immer noch für den Hort von Frieden und Freiheit halten, daran, daß die USA die eigentlichen Drahtzieher des Putsches gegen Makarios gewesen sind. Die US-Regierung hat inzwischen selber zugegeben, daß sie von der Vorbereitung des Putsches schon lange Bescheid wußte. Wie sollte es auch anders gewesen sein, da die griechische Militärjunta nur die Kreatur der USA war? Bürgerliche Zeitungen wie 'Le Monde' in Frankreich sprechen es offen aus, daß die USA die Urheber des Putsches gegen Makarios gewesen sind. Die bürgerlichen Zeitungen in Westdeutschland sagen das nicht so offen, weil sie besonders sklavisch gegenüber dem US-Imperialismus sind. Aber auch sie machen immer wieder Andeutungen in dieser Richtung: Die USA hatten die unabhängige Politik von Makarios, den Kissinger den Fidel Castro des Mittelmeers nannte, satt und sie wollten die Insel endlich fest in ihre Hand bekommen. Auch die heutige griechische Regierung hält den Putsch gegen Makarios für ein Machwerk der USA, vorbereitet und durchgeführt durch die Militärjunta und öffentlich vertreten durch Söldlinge der Junta. Aber die Rechnung der USA, mit Hilfe der Junta ein Regime zustandezubringen, das von der Unabhängigkeit Zyperns eine Zeitlang redete und das von vornherei im Auftrag des US-Imperialismus funktionierte, ging nicht auf. Warum? Erstens, weil Sampson und seine Spießgesellen den Putsch verpfuscht haben und Makarios entkommen ließen, zweitens, weil die Türkei ein Marionettenregime mit einem bekannten Türkenfresser an der Spitze nicht akzeptieren wollte, und drittens, weil die Militärjunta in Athen den daraus folgenden Verwicklungen in keiner Weise gewachsen war. Makarios ging ins Exil und entwickelte eine teilweise erfolgreiche Diplomatie, die Türkei nützte die weltweite Verurteilung des Putsches zu einer militärischen Intervention auf Zypern, und die Militärjunta in Athen stürzte bereits über die Generalmobilmachung. Das Ziel der USA, die Insel über den Putsch in die Hand zu bekommen, war fehlgeschlagen.

DIE SOWJETUNION HAT AUF DIE TÜRKISCHE INTERVENTION GESETZT

Während die USA am liebsten sofort das Putschregime anerkannt hätten und davon nur durch den Kunstfehler der Putschisten – Makarios nicht ermorden zu können – abgehalten wur-

Fortsetzung Seite 2

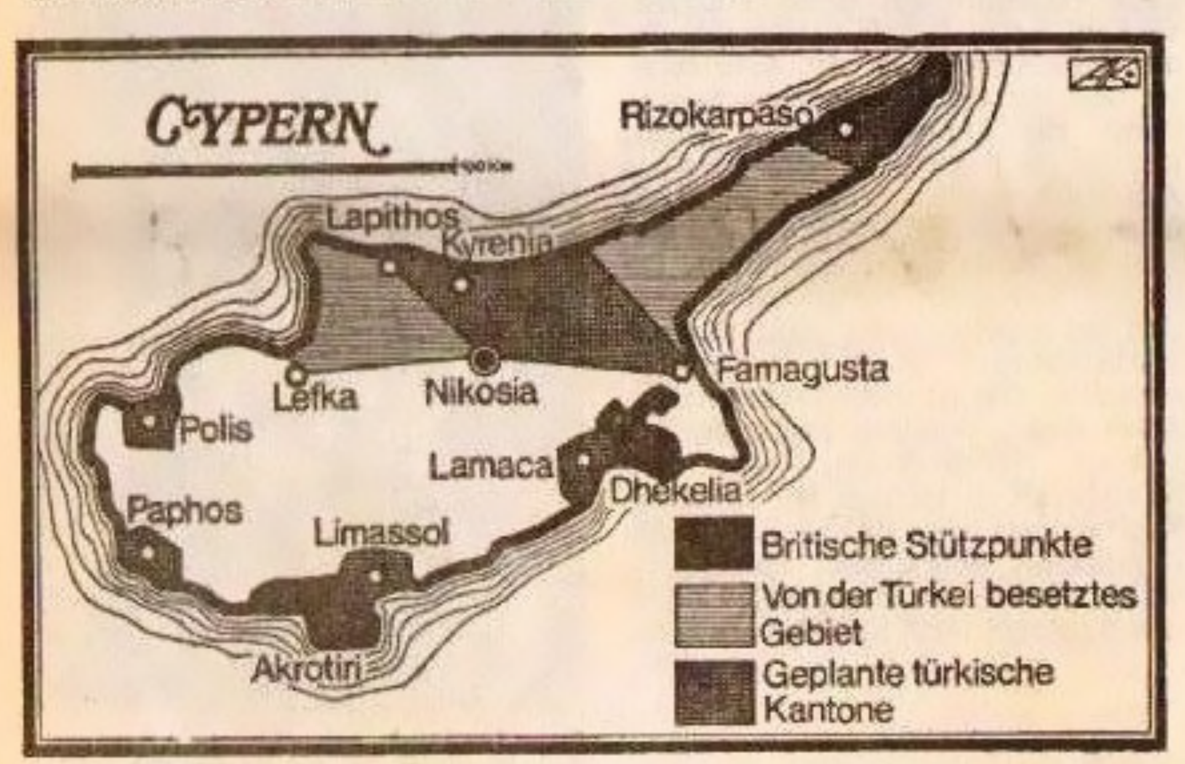
Aus dem Inhalt:

.... Zypern: Die Auseinandersetzungen gehen weiter

den, setzte die Sowjetunion auf Makarios und vor allem auf die Türkei, die ein Marionettenregime, das von den USA über die griechische Militärjunta gegängelt wurde, unmöglich dulden konnte. Die Sowjetunion ermutigte im Gegensatz zu Großbritannien, das durch die ganze Entwicklung unliebsam in seinen Träumen an verflossene imperialistische Glanzzeiten aufgeschreckt wurde, die militärische Intervention der Türkei in Zypern. Die Türkei trat als Garantiemacht der verfassungsmäßigen Ordnung auf Zypern auf, geriet in Gegensatz zu den USA, und die Sowjetunion versuchte, die Türkei von den USA abzuspalten und in Zypern über durch die türkische Intervention ausgelöste internationale Verhandlungen ein Regime zustandezubringen, auf das sie Einfluß hätte. Das konnte entweder das Regime eines mit Hilfe der Sowjetunion wiedereingesetzten Makarios sein oder ein anderes Regime, für das die Sowjetunion neben anderen Staaten die Garantie übernahm und das sie gemeinsam mit der Türkei gegen die Sampson-Clique aufgebaut hätte. Um den Erfolg der türkischen Intervention zu sichern, verzögerte die Sowjetunion mit allen Mitteln eine frühzeitige Sitzung des Sicherheitsrates und eine Aufforderung zum Waffenstillstand durch den Sicherheitsrat, bevor sich die türkische Armee in Zypern einigermaßen festgesetzt hatte.

PFERDEWECHSEL: MIT ANDEREN MITTELN FÜR DIE ALTEN ZIELE

Der Putsch in Zypern, sein Scheitern und die türkische Intervention trieben die griechische Militärjunta in die Enge. Im Volk verhaßt und ohne Rückhalt, von nationalistischen Offizieren für die hoffnungslose und würdelose Lage Griechenlands verantwortlich gemacht und bedroht, für die USA durch ihre Pfuscherei nutzlos geworden und in der Weltöffentlichkeit vollständig isoliert, konnte sich die Militärjunta nicht mehr halten. Noch bevor der Rücktritt der Junta bekannt wurde und Karamanlis nach Griechenland zurückgerufen worden war, teilte Kissinger mit, daß in Griechenland ein Machtwechsel unmittelbar bevorstünde. Das zeigt: auch hier hatte der US-Imperialismus seine Finger im Spiel. Die USA mußten die Offiziersmarionetten abtreten lassen, denn sie hatten versagt. Durch den Rücktritt der Junta, die mit der Losung "Rückkehr zur Demokratie" verbunden war, änderte sich die Lage in Griechenland. Das Volk hat zwar beileibe nicht die Macht, aber es hat die Möglichkeit, sich zu äußern. Sofort zeigt sich: das griechische Volk ist in seiner Mehrheit für die Rückkehr von Makarios nach Zypern, es ist gegen die NATO und gegen die USA, die es für die Militärdiktatur der vergangenen Jahre und für die jetzige Lage verantwortlich macht. Die neue Regierung läßt Anti-NATO-Demonstrationen durch Polizei zerschlagen. Mit der Losung "Rückkehr zur Demokratie" an die Macht gekommen, kann sie sich dennoch der Meinung der Massen nicht vollständig entziehen. Sie setzt sich für die Unabhängigkeit Zyperns ein und geht mit diesem Ziel in die Genfer Verhandlungen.



Die Türkei, zur Intervention in ihrer Eigenschaft als Garantiemacht der verfassungsmäßigen Ordnung in Zypern angetreten, läßt schnell diese Maske fallen. Sie vertritt ihr altes Ziel: Teilung der Insel in nur leicht verschleierter Form: die Insel soll geographisch geteilt werden in zwei autonome Gebiete, die gemeinsam einen unabhängigen Bundesstaat bilden sollen. Das türkische Gebiet soll 34 % des Gesamtgebietes umfassen, obwohl der türkische Bevölkerungsanteil nur 18 % beträgt. Der türkische Plan bedeutet die vollständige Veränderung der bisherigen Struktur der Insel. 120 000 griechische Zyprioten sollen aus ihren alten Wohngebieten vertrieben werden, die türkischen Zyprioten sollen ebenfalls umgesiedelt werden. Der Plan läuft auf die vollständige Spaltung der Bevölkerung hinaus. Von Unabhängigkeit der Insel könnte bei seiner Verwirklichung nicht die Rede sein.

In dieser Situation wechseln die USA das Pferd: Sie stellen sich auf die Seite der Türkei und unterstützen ihren Plan. Da er auf die Vernichtung der Unabhängigkeit der Insel hinausläuft, paßt er den USA gut ins Konzept. Über die Türkei können sich die USA den maßgeblichen Einfluß auf die Insel sichern. Die ganze diplomatische Tätigkeit Kissingers während der Genfer Verhandlungen besteht in nichts anderem als darin, Druck auf die Regierung Karamanlis auszuüben, damit sie dem türkischen Plan zustimmt. Dazu kann sich die Regierung Karamanlis nicht bereitfinden und sie findet dabei die Unterstützung der britischen Regierung, die bei Verwirklichung dieses Plans fürchtet, aus der Insel abgedrängt und durch die USA verdrängt zu werden. Als Kissinger mit seinen telephonischen Pressionen nicht durchkommt, brechen die Türken die Verhandlungen ab und beginnen aufs Neue zu marschieren und den ganzen Nordteil der Insel zu besetzen. Diesmal marschieren sie eindeutig mit Unterstützung der USA und auf deren Wink.

Das geben die USA natürlich nicht offen zu, es liegt aber auf der Hand. So schreibt z. B. die englische Zeitung "The Guardian": "Je mehr sie sich an die Brust schlagen, um so weniger glaubt man ihnen. Es gibt Anzeichen dafür, daß Kissinger zu der Überzeugung gekommen ist, daß die Anwesenheit von starken türkischen Truppen auf Zypern sowohl im Interesse der USA als auch im Interesse der NATO das Beste ist." (16.8.1974)

Während die USA zuerst auf den Putsch setzten und jetzt auf die türkische Intervention setzen, hat die Sowjetunion zuerst auf die türkische Intervention gesetzt und versucht jetzt, über Griechenland ins Spiel zu kommen. Die Sowjetunion soll Griechenland ihre Unterstützung zugesagt haben, falls es zu einem Krieg zwischen Griechenland und der Türkei komme. Dies ist zwar durch die griechische Regierung dementiert worden, offensichtlich ist jedoch, daß die Sowjetunion genauso wie die USA das Pferd zu wechseln versucht. Während die USA die Unabhängigkeit der Insel mit wechselnden Methoden zu zerstören versuchen und dabei notwendig die Widersprüche zwischen Griechenland und der Türkei verschärfen, versucht die Sowjetunion, diese Widersprüche auszunutzen, um ebenfalls ins Geschäft zu kommen. Da die USA jetzt auf die Türkei setzen, setzt die Sowjetunion auf Griechenland.

DER US-IMPERIALISMUS HAT DURCH SEINEN ANSCHLAG AUF DIE UNABHÄNGIGKEIT ZYPERNS EINE ENTWICKLUNG IN GANG GEBRACHT, DIE ER NICHT MEHR VOLL IN DER HAND HAT

Auf die eindeutige Unterstützung der Türkei durch die USA hat Griechenland mit dem Rückzug seiner Truppen aus der NATO geantwortet und mit der Drohung, die militärischen Stützpunkte der USA in Griechenland zu kündigen. Von Seiten der griechischen Regierung ist dies zunächst nicht mehr als ein diplomatisches Manöver, um ihre Interessen gegenüber den USA und innerhalb der NATO zur Geltung zu bringen. Gleichzeitig ist die Regierung in dieser Situation gezwungen, an die patriotischen Unabhängigkeitsbestrebungen des griechischen Volkes zu appellieren. Das griechische Volk will jedoch nicht einfach ein diplomatisches Manöver, sondern will endlich Schluß machen mit der Abhängigkeit von den USA und der NATO, die es zurecht für die Herrschaft der Militärdiktatur verantwortlich macht und die Griechenland auch weiterhin als Spielball ihrer Interessen behandeln wollen. Die Entscheidung der Regierung, sich militärisch aus der NATO zurückzuziehen, ist deshalb vom griechischen Volk nicht nur begrüßt worden, sondern das griechische Volk hat in großen Demonstrationen gegen die USA, den CIA und die NATO klargemacht, daß es mit der Selbständigkeit Griechenlands wirklich ernst machen will.

Da die Zeiten vorbei sind, wo die USA in solchen Situationen einfach direkt intervenieren konnten, hat der Beschluß der Regierung Karamanlis eine Entwicklung eingeleitet, in deren Verlauf der Einfluß und die Machtpositionen der USA in Griechenland erschüttert werden und in der die Bewegung im Volk gegen die USA und die NATO von der Regierung Karamanlis nicht mehr vollständig kontrolliert werden kann.

DIE REGIERUNGEN DER EUROPÄISCHEN IMPERIALISTISCHEN LÄNDER BEGINNEN DER OBERHERRENROLLE DER USA LEID ZU WERDEN.

Die europäischen Länder werden von den USA im Kampf für die Durchsetzung ihrer Interessen entweder als passive Zuschauer behandelt oder in die Rolle von Handlangern gebracht oder direkt hintergangen. Gut zeigt sich das an der Rolle, die der britische Außenminister im bisherigen Verlauf der Auseinandersetzungen um Zypern zu spielen hatte. Während er die Verhandlungen in Genf leitete, hing er ununterbrochen an der Strippe Kissingers, der gleichzeitig die Türkei ermunterte, die Verhandlungen platzen zu lassen und die Intervention in Zypern fortzusetzen. Zweifellos spielten die USA gegenüber Großbritannien und den anderen europäischen NATO-Ländern mit verdeckten Karten und die Regierungen dieser Ländern sind sich dieser Tatsache auch bewußt. So schreiben die bürgerlichen europäischen Zeitungen, unter den europäischen NATO-Diplomaten mache sich zunehmend ein Unbehagen gegenüber der Rolle der USA in den Auseinandersetzungen um Zypern breit: Unter der Überschrift: "NATO-Wolke sinkt auf den ungeliebten Kissinger herunter" schreibt der englische "Guardian": "Versteckter Verdacht gegenüber dem amerikanischen Staatssekretär ist aufs Neue bei vielen der europäischen Verbündeten aufgetaucht, die sich fragen, was wohl die Rolle der USA bei der Vorbereitung des Putsches gegen Makarios gewesen ist, was die amerikanischen Absichten gegenüber Zypern sind und warum Kissinger während der ersten Phasen der Zypernkrise nicht entschiedener handelte." (16.8.1974) Allgemein krittelt die europäische Presse am Verhalten der amerikanischen Diplomatie während der Zypernkrise herum und beginnt am Götzenbild des Stardiplomaten Kissinger zu kratzen. Dabei handelt es sich natürlich nur an der Oberfläche um Zweifel an den diplomatischen Fähigkeiten Kissingers. In Wirklichkeit handelt es sich darum, daß die europäischen imperialistischen Länder nicht länger ohne weiteres damit einverstanden sind, daß der US-Imperialismus direkt vor ihrer Haustür Staatsstreiche plant und die verschiedenartigsten Manöver durchführt, ohne sich mit den europäischen Imperialisten um ihr Einvernehmen zu bemühen. Darin kommt der Interessengegensatz zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem US-Imperialismus zum Ausdruck, der sich nach wie vor die Oberherrschaft über den Mittelmeerraum beansprucht, ein Raum, nach dessen Kontrolle die Europäische Gemeinschaft streben muß, wenn sie eine selbständige imperialistische Politik machen will.

Die Zypernkrise zeigt die wichtigsten internationalen Widersprüche in ihrer Bewegung. Unverändert bleiben in dieser Bewegung lediglich die Interessen der beteiligten imperialistischen Mächte, insbesondere die Interessen der beiden imperialistischen Supermächte. Die Methoden zu ihrer Durchsetzung ändern sich jedoch entsprechend den aktuellen Verhältnissen. Ihre imperialistischen Interessen machen die imperialistischen Länder und insbesondere die beiden Supermächte zu üblen Unruhestiftern in der Welt, besonders in einem Raum wie dem Mittelmeer, wo sich ihre Interessen ständig überschneiden. Diese Unruhen, die Kriegstreibereien und die kriegerischen Auseinandersetzungen, die sich daraus ergeben, bringen auf der einen Seite großes Leid über die betroffenen Völker, auf der anderen Seite zwingen sie diese Völker, sich in der internationalen Lage zurechtzufinden, ihre eigenen Interessen herauszufinden und die Mittel, um diese Interessen zu befriedigen. Die Völker wachen auf und das Erwachen der Völker ist der Beginn des Untergangs des Imperialismus.

REDEN ERST DIE VÖLKER SELBER, WERDEN SIE SICH SCHNELL EINIG SEIN.

Der Imperialismus spaltet die Völker und versucht, sie gegeneinander aufzuhetzen. Wo immer die imperialistischen Mächte eine Möglichkeit sehen zu spalten, da tun sie das, um besser herrschen zu können. Sie machen aus dem Nationalismus ein Instrument ihrer imperialistischen Politik und treiben die Nationalitäten gegeneinander, um die Völker zu schwächen und ihre eigene Herrschaft zu erhalten und auszudehnen. Die internationale Arbeiterbewegung hat dies schon immer klar erkannt. Unter der Führung des internationalen Proletariats können sich die Völker zusammenschließen und sich vom Joch des Imperialismus befreien. Nur wenn die Völker aus solchen Entwicklungen wie gegenwärtig im östlichen Mittelmeer lernen und sich gegen den Imperialismus zusammenschließen, können sie ihr eigenes Schicksal in die Hand nehmen. Appelle an die imperialistischen Mächte, den Frieden zu sichern, sind offensichtlich sinnlos, denn diese Mächte sind gerade die Kriegstreiber. Das mußte auch ein Makarios erfahren, der als bürgerlicher Politiker noch voller Illusionen über die Rolle des Imperialismus ist. So appellierte er zunächst: "Jetzt ist es Zeit für die Großmächte, kollektiv oder einzeln, und aller friedliebenden Länder, zu intervenieren und Zypern zu Hilfe zu kommen und es vor der barbarischen türkischen Intervention zu retten." (The Times, 15.8.74) Einen Tag später mußte er feststellen: "Die Ereignisse in Zypern beweisen, daß kleine Länder sich nicht auf solche Mächte verlassen können, die öffentlich behaupten, Friedensstifter und Hüter des internationalen Friedens zu sein." (The Guardian, 16.8.74) Der Frieden kann nur durch die Völker nur im Kampf gegen den Imperialismus errungen werden und nicht unter Führung und mit Hilfe der Imperialisten.

Die Forderungen, unter denen dieser Kampf organisiert werden kann, sind:
Vollständige Unabhängigkeit für das zypriotische Volk!
Auflösung aller fremden Militärstützpunkte im Mittelmeerraum!
Abzug aller fremden Truppen aus dem Mittelmeerraum und Abzug aller fremden Flotten aus dem Mittelmeer!
Auflösung aller imperialistischen Militärbündnisse!
Auflösung der NATO und Austritt Westdeutschlands aus der NATO!

17.August J.S.–

Zweierlei Gefängnisse

Ein Korrespondent schreibt uns aus den USA, daß es für die Vertreter der Bourgeoisie ganz besondere Gefängnisse und Haftbedingungen gibt. Sollten Nixon und Co. jemals eingelocht werden müssen, wird ihr bisheriges angenehmes Leben nicht weiter unterbrochen:

Wer sich schon mal gefragt hat, was die amerikanische Bourgeoisie mit ihren verurteilten Vertretern z. B. aus Watergate macht, hätte das letzte Woche in Kalifornien erfahren können. Über eine Radiosendung aus San Francisco erfuhr man, daß es 8 Bundes- (und einige Landes-) "white collar camps" (weißer Kragen, ist eine Bezeichnung für Angestellte und Beamte usw., im Gegensatz zu den "blue collars" – blauer Kragen, den die Arbeiter tragen) in den USA gibt, wo solche 'Gefangene' festgesetzt werden. Ein Gast in dieser Sendung, der 6 Monate in einer dieser Einrichtungen verbrachte, weil er Wertpapiere gefälscht hatte, vermittelte diese Information. Diese "minimum security"-Anstalten haben keine Zäune und die Wächter haben keine Waffen. In dem betroffenen Camp gab es ein Schwimmbad und sogar eine Golfanlage, wo unser Fälscher während seiner Haft Golfunterricht gab. Diese Sendung war eine "talk-show", d. h., daß Zuhörer anrufen und mit dem Kommentator bzw. seinem Gast reden können. Einige Anrufer wiesen auf die Ungerechtigkeit dieser Behandlung reicher Männer hin, im Gegensatz beispielsweise zu einem Neger, der einige hundert Dollar oder noch weniger von einer Tankstelle stiehlt und daraufhin vielleicht 10 oder 15 Jahre im Knast hocken muß. Ihre Empörung wurde jedoch von dem Kommentator abgewimmelt mit Sätzen wie: "Aber wenn man ins Gefängnis muß und einem ein white collar camp angeboten wird, lehnt man es nicht ab, nicht wahr?"

N.H., Hayward

Nixons letzte Freunde

"Die Demokratie, wie sie in den Vereinigten Staaten gehandhabt wird, ist für Sowjetbürger schwer verständlich", kommentierte der sowjetische Rundfunk den erzwungenen Rücktritt des amerikanischen Präsidenten. Daß ein Staatsoberhaupt nur deshalb zurücktreten muß, weil der Mann offenbar korrupt ist, weil er die Gesetze der Klasse gebrochen hat, die ihn eingesetzt hat und weil er damit die politischen Einrichtungen, vermittelst derer diese Klasse herrscht, schwer belastet, das muß in der Tat einem Sowjetbürger fremdartig vorkommen. Wo käme man hin, wenn die russische Presse etwa die Einkommensverhältnisse von Breschnew durchleuchten und dabei vielleicht gar Erwägungen anstellen würde, wonach Karl Marx an der Pariser Kommune vorbildlich fand, daß die Inhaber öffentlicher Ämter nur den durchschnittlichen Facharbeiterlohn erhalten haben! Einen ganzen Rattenschwanz von Problemen würde man haben. Die neue bürgerliche Klasse in der Sowjetunion müßte dann ihr Politikerpersonal nach den offiziell für gültig erklärten Grundsätzen der Arbeiterklasse bezahlen, in deren Namen sie herrscht. Die ganze Sache wäre einfach undurchführbar, und so befaßt denn die russische Presse und der Rundfunk die Sowjetbürger nicht weiter mit dieser Seite des Nixon-Sturzes. Vielmehr heißt es: "Man fragt sich in der Sowjetunion, ob Watergate der wahre Grund für den Rücktritt Nixons war", und es wird angedeutet, Nixon sei das Opfer entspannungsfeindlicher Kräfte geworden. Die ungarische Parteizeitung "Nepszabadsag" bringt diese Theorie sogar ausdrücklich vor: Watergate sei nur das Werkzeug gewesen, mit dem Entspannungsfeinde Nixon aus dem Amt getrieben hätten. – W.M. –

NACHRICHTENVERTRAG

Schon vor über einem Jahr hat die Volksrepublik China dem westdeutschen Fernsehen ARD einen Vertrag angeboten, nachdem regelmässig zwei in den Themen ausgewogene gleich umfangreiche Filmpakete zwischen der VR China und der Bundesrepublik ausgetauscht werden. Die Filme sollen jeweils ungekürzt im Fernsehprogramm wiedergegeben werden. Vor allem diese letzte Bedingung wollen die Herren vom ARD offensichtlich nicht einlösen. Das Vertragsangebot liegt deshalb immer noch in der Schublade des Chefs der Hamburger Tagesschau, Hartwig von Mouillard. Nachts um 11 Uhr durfte man kürzlich einen Film aus der Volksrepublik China über den Koreakrieg und die mit großen Opfern verbundene siegreiche Vertreibung der US-Aggressoren sehen. Über die Lebens- und Arbeitsbedingungen in der VR China aber wurde bisher nur mehrere Male der hinterhältig verleumderische Film von Antonioni gezeigt. Obwohl der Lebensstandard in der VR China noch relativ niedrig ist, will man beim westdeutschen Fernsehen vor allem verhindern, daß authentische Filme über die Erfolge beim Aufbau des Sozialismus in China gezeigt werden. Denn die Herren vom Fernsehen wissen ganz gut, daß die westdeutsche Bevölkerung trotz der Unterschiede in der industriellen Entwicklung sehr wohl erkennen kann, was das Volk auf dem sozialistischen Weg in der VR China leisten konnte. Deshalb will die ARD-Leitung nicht auf die Zensur verzichten. Sie fürchtet das Beispiel eines Volkes, das für sich arbeitet, sie fürchtet das Beispiel der Revolution gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Die ARD-Leitung will zensieren, sie will die westdeutsche Bevölkerung bevormunden. Sie will dem Volk das unzensierte Filmaustauschangebot der VR China vorenthalten. Wir fordern die unzensierte Annahme des Filmangebots aus der VR China und die öffentliche Bekanntmachung der Filme, die die ARD im Austausch nach China sendet. –bb–

Die westdeutschen Kommunisten und die Berliner Mauer

Die Presse der DDR hat in den letzten Wochen von insgesamt 52 westdeutschen und westberliner Fluchthelfern berichtet, die von DDR-Behörden festgenommen und zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt worden sind. Der CDU-Vorsitzende Kohl sprach im Fernsehen von Terrorurteilen, welche die Machthaber in der DDR sprechen ließen. Offenbar rückt die DDR-Presse diese Prozesse gegen Fluchthelfer so stark in den Vordergrund, um damit zu zeigen, daß sich die westdeutschen Behörden keineswegs an die Bestimmungen des von ihnen so häufig zitierten Transitabkommens für die Zugangswege nach Westberlin halten. Sondern daß sie den auf kommerzieller Basis arbeitenden Fluchthelfern, deren beliebteste Kunden gutbetuchte Ärzte aus der DDR sind, mehr oder weniger freies Feld lassen.
Die DDR-Behörden sind bei diesen Urteilen und Prozessen formell im Recht. Die Fluchthelfer verletzen gesetzliche Bestimmungen der DDR. Aber unvermeidlich stellt sich der Öffentlichkeit die Frage, was das für Gesetze sind, die den Grenzübertritt verbieten und wie es zu den Zuständen an den dicht verriegelten DDR-Grenzen überhaupt kommen kann. Denn die Grenzbefestigungen dort sind ja von eigentümlicher Art: Nicht militärische Befestigungen gegen einen potentiellen äußeren Feind, sondern Befestigungen zum Landesinneren hin gewandt, um jeden unerlaubten Grenzübertritt zu verhindern. Und diese Zustände sind nicht nur beliebtes Thema der bürgerlichen Presse in Westdeutschland, sondern ständiges Thema auch in der Arbeiteröffentlichkeit. Ein Kollege von den Hoechst-Werken Hamburg schrieb an die KVZ den folgenden Brief.

"Aus eigener Anschauung und persönlichen Erlebnissen kenne ich die Zustände in der DDR. Ich habe die Augen offen gehalten und mit vielen Leuten gesprochen. Miterlebt habe ich die Schikanen bei den Grenzkontrollen und auf der Fahrt auf den Transitstraßen von und nach Berlin. Obwohl ein Transitabkommen besteht, liest man wieder von diesen Schikanen und Behinderungen in der hiesigen Presse, was wohl auf die Errichtung des Umweltbundesamtes in Berlin zurückzuführen ist. Leider zu oft werden Bürger der DDR, die mit ihrem System nicht einverstanden sind und ihren "Arbeiter- und Bauernstaat" verlassen wollen, von "Todesmaschinen" (s. Bild), Minenstreifen verletzt oder getötet, oder von Grenzsoldaten erschossen, sprich ermordet. Diese Taten, ich nenne sie hier mal schlicht und einfach eine Riesensauerei, werden begangen von der Volkspolizei, Angehörigen der DDR-Grenz- und Zollbehörde und Soldaten der Nationalen Volksarmee, Kommando Grenze. All diese Organisationen sind der DDR-Regierung unterstellt. Einer Regierung eines Staates, der die schamlose Frechheit besitzt, sich als leuchtendes Beispiel des Kommunismus hinzustellen.
Meine Fragen an die KVZ (an den KBW) lauten:
1. Billigt der KBW die oben genannten Tatsachen?
2. Wie steht der KBW zur DDR?
3. Kann man den KBW und die SED auf einen Nenner bringen?
Ich glaube, die Antworten werden einige Leser der KVZ interessieren. Vielleicht werden sich diese Antworten positiv auf viele Bürger der Bundesrepublik auswirken, denen bei Nennung des Wortes "Kommunismus" ein kalter Schauer über den Rücken läuft.

ein Kollege der Hoechst - Werke Hamburg (Name und Anschrift sind der Redaktion bekannt)

Der KBW billigt diese Zustände keineswegs. Sie sind Ergebnis der Tatsache, daß der Aufbau des Sozialismus in der DDR gescheitert ist und bürgerliche Machthaber in Partei und Staat das Heft in der Hand haben. Von Anfang an hatte der Versuch, den Sozialismus in der DDR aufzubauen, unter keinem sehr günstigen Zeichen gestanden. Nicht aus eigener Kraft war die Arbeiterklasse in der späteren DDR nach 1945 an die Macht gekommen, sondern durch den Sieg der Roten Armee über die deutsche Wehrmacht und den Faschismus. Und die Verhältnisse, unter denen die siegreiche Sowjetunion Stück für Stück Regierungsgewalt an die deutschen Parteien übertrug, waren ebenfalls nicht gut. Der Krieg hatte viele Häuser und Fabriken zerstört. Mehrere Millionen Flüchtlinge mußten untergebracht werden. Die Sowjetunion und die osteuropäischen Länder, die von den faschistischen Armeen verwüstet worden waren, mußten auf Wiedergutmachungslieferungen drängen. Im westlichen Teil Deutschlands führte der US-Imperialismus das Kommando und sorgte dafür, daß die bürgerliche Klasse wieder in alle Befugnisse eingesetzt und ihre Herrschaft gesichert wurde. Durch amerikanische Kapital- und Warenlieferungen begünstigt, konnte Westdeutschland schnell an der Nachkriegskonjunktur der westlichen Länder teilnehmen. Und gleichzeitig konnte die westdeutsche Bourgeoisie von einer Position wirtschaftlicher Stärke aus die DDR politisch zu unterminieren versuchen. Die Vorteile des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus waren so aufgrund der schlechten Startbedingungen materiell nicht greifbar für die Arbeiter und die Volksmassen in der DDR. Das war besonders schwerwiegend, weil die neue Ordnung der Dinge nicht von breiten Arbeitermassen selber im Kampf gegen die machthabende bürgerliche Klasse erkämpft worden war, sondern eine kleine und durch den Faschismus dezimierte Vorhut die Masse des Proletariats für die neue Ordnung überhaupt erst gewinnen mußte. Unter dem Eindruck der revisionistischen Entwicklung in der Sowjetunion, aber auch aufgrund eigener Fehler ist dabei immer weniger der Weg beschritten worden, sich auf die Massen zu stützen und die Massen politisch zu mobilisieren. Man hat es vielmehr bürgerlichen Kräften in der DDR und der westdeutschen Bourgeoisie überlassen, auf die Massenbewegung ihre Hoffnungen zu setzen und stattdessen die bürokratische Bevormundung der Massen erweitert. Bestärkt wurden Partei- und Staatsführung darin durch eine falsche Haltung zu den Ereignissen am 17. Juni 1953, wo es dem westdeutschen Imperialismus gelungen war, bei einer oppositionellen Massenbewegung von Arbeitern im Trüben zu fischen. Dabei war die politische Massenmobilisierung die einzige Möglichkeit überhaupt, die Herrschaft der Arbeiterklasse zu befestigen und den Sozialismus aufzubauen. Denn nur die Einbeziehung der proletarischen Massen und des Volkes in den Kampf gegen bürgerliche und verbürgerlichte Elemente im Apparat der proletarischen Macht- und Verwaltungsorgane, nur der Kampf gegen jede Form bürgerlicher Privilegierung und bürokratischer Entartung kann verhindern, "daß dem Proletariat die politische Macht wieder entrissen und daß es zusammen mit dem ganzen werktätigen Volk aufs Neue der schärfsten Ausbeutung und Unterdrückung unterworfen wird." (Programm des KBW, S. 20 f.)
In dem Maße nun, wie sich in den fünfziger Jahren in der DDR eine bürgerliche Führung herausbildete, wurde die früher häufig ohne die Massen ausgeübte Regierung der Vorhut zu einer Regierung gegen die Massen. Die Fluchtbewegung nach Westdeutschland schwoll an und die Regierung der DDR war unfähig, die immer krasseren wirtschaftlichen Schwierigkeiten gemeinsam mit den werktätigen Massen zu lösen. Sie mußte versuchen, sie gegen die Massen zu lösen. Der Bau der Mauer in Berlin ist das Eingeständnis dieser Notwendigkeit, gegen die Arbeiterklasse und das Volk regieren zu müssen.
Die SED, ursprünglich aus der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien KPD und SPD entstanden, ist zur Trägerin dieser Entwicklung geworden. Für den bürgerlichen Geist in dieser Partei spricht nichts so deutlich wie die Tatsache, daß ihre Funktionäre, die die Staatsämter ausfüllen, sich in aller Ruhe Spitzengehälter zusprechen, wegen der besonders qualifizierten Arbeit, die sie ausübten. Sie reden so, als hätte Marx nie über die Pariser Kommune geschrieben. Den KBW kann man mit dieser Partei auf keinen Nenner bringen, obwohl wir natürlich wissen, daß viele revolutionäre Arbeiter und erprobte Klassenkämpfer noch an diese Partei glauben und höchstens die Abhängigkeit von den Russen verantwortlich machen für die Politik dieser Partei. Trotz dieser Genossen in ihren Reihen ist die SED heute eine bürgerliche Partei, denn man muß Parteien messen an der Politik, die sie betreiben und nicht nach den Hoffnungen, die in sie gesetzt werden.
Wenn damit unsere Stellung zur DDR und zu den Zuständen an der Grenze auch unmißverständlich klar ist, so erheben wir doch nicht die Forderung "Die Mauer muß weg!", wie das jüngst die Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) getan hat. Warum nicht?
Es ist eine Sache, Verhältnisse in einem anderen Land öffentlich zu mißbilligen, und eine andere, die Parole aufzustellen, daß diese Verhältnisse unverzüglich verändert werden müßten. Die DDR ist ein souveräner Staat. Es ist die Aufgabe der westdeutschen Arbeiterklasse, ihrer Bourgeoisie auf die Finger zu schlagen, wenn sie die staatliche Unabhängigkeit der DDR verletzen will, was zu deren erklärtem Programm gehört und weswegen sie sich unentwegt in alle inneren Verhältnisse der DDR einzumischen versucht. Wir werden die westdeutsche Bourgeoisie dabei keineswegs unterstützen, indem wir von Westdeutschland aus oder gar im Namen der westdeutschen Arbeiterklasse von der DDR fordern, sie solle ihre Grenzen anders behandeln. Diese Forderung der eigenen herrschenden Klasse gegenüber aufzustellen und durchzukämpfen ist Aufgabe der Arbeiterklasse in der DDR. Würden wir eine solche Forderung in Westdeutschland erheben, so müßten wir sie ja wohl durchkämpfen gegen die herrschende Klasse in der DDR. Diese Forderung gegen die herrschende Klasse in der DDR kann man aber letztlich nur durchkämpfen durch Krieg. Die westdeutsche Arbeiterklasse für einen Krieg gegen die DDR zu gewinnen, dazu hat jahrelang die bürgerliche Klasse in Westdeutschland alles mögliche versucht. Wenn sie heute dabei von Leuten unterstützt wird, die sich Kommunisten nennen, so ist das eine Schande. Aufgabe der westdeutschen Kommunisten in Bezug auf die DDR ist neben dem Eintreten für deren staatliche Souveränität die Darlegung der Klassenverhältnisse dort und die Widerlegung der Behauptung, daß es sich bei der DDR um ein sozialistisches Land handelt. Unsere Aufgabe ist es, die Arbeiterklasse in der DDR, die sich gegen ihre neue bürgerliche Klasse auflehnen wird, zu unterstützen. Nicht unsere Aufgabe ist es, gemeinsam mit Schütz und Neubauer vom Westberliner Senat Aufmärsche gegen die Mauer zu organisieren, sondern allen derartigen Aufmarschversuchen in den Weg zu treten.

– W.M. –

Mit dem Empfänger reden verboten

POSTBEAMTE ERHALTEN MAULKORB

Kurz nach dem Erscheinen der KVZ Nr.14, in der ein Leserbrief von mir stand, ist bei uns im Fernamt eine Verfügung aufgetaucht, in der es unter anderem heißt, "daß Auskünfte an Presse, Rundfunk, Fernsehen und sonstige Vereinigungen, Verbände usw. nur von dem hierzu befugten Beamten erteilt werden dürfen." (Die Verfügung war in der letzten KVZ abgedruckt.) Dann wird ein Paragraph des Bundes-Beamtengesetzes herangezogen, in dem es heißt, daß nur der Leiter der Behörde, also der Amtsvorsteher, Auskünfte erteilen darf.
Warum ist das so?

Der bürgerliche Staat braucht ein Heer von "hörigen Beamten", die blind alle Maßnahmen, die er im Auftrag der Kapitalistenklasse ergreift, ausführen. So ist es mit der letzten Gebührenerhöhung gewesen. Die Zusteller sind angewiesen worden, besonders auf unterfrankierte Sendungen zu achten. **Gleichzeitig ist ihnen verboten worden, die Post auf der Straße auszuhändigen und mit den Menschen zu reden, denen sie die Post bringen.**

Dies macht die Verwaltung aus zwei Gründen:
Erstens versucht die Verwaltung damit, die Kollegen von der Bevölkerung abzutrennen. Sie wollen verhindern, daß die Bevölkerung erfährt, daß die Briefzusteller auch gegen die Gebührenerhöhung sind. Wir Postler wissen, daß die Gebühren nicht wegen der Löhne erhöht worden sind, wie die Postverwaltung immer wieder behauptet. Die Gebühren sind vielmehr deshalb erhöht worden, weil der bürgerliche Staat den Kapitalisten das Versenden der Werbung, der Kataloge und Waren subventioniert.
Als Beispiel: 68,5 % aller Päckchen werden von der Wirtschaft verschickt (vor allem Kataloge, Warenproben usw.) und nur 22,4 % von der Bevölkerung

Die Gebührenerhöhung von den Päckchen ist relativ geringer als die Gebührenerhöhung von Postkarten, wo 57,5 % von der Bevölkerung verschickt werden und nur 33 % von der Industrie. (Alle Zahlenangaben aus "Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen" Nr.8/73)

Bei der Fernmelderechnung sieht es ähnlich aus. Den Kapitalisten ist es wichtig, daß die Einheit billig ist, weil sie viel telefonieren. Für die Bevölkerung ist es wichtig, daß die Grundgebühren niedrig sind. Die Grundgebühr ist wesentlich erhöht worden, nicht aber die Gesprächseinheit. Das heißt: Die breiten Volksmassen müssen das Defizit der Post durch ihre Steuern und die Gebührenerhöhung bezahlen. Der bürgerliche Staat hat Angst davor, daß die Kollegen genau diese ihre Meinung mit der Bevölkerung diskutieren. Er könnte dann nicht mehr gegen die Kollegen hetzen, daß sie nicht arbeiten, zuviel verdienen würden usw.

Zweitens soll durch dieses "Redeverbot" aus den Kollegen eine höhere Arbeitsleitung herausgequetscht werden. Jede Minute, die so eingespart werden kann, bedeutet für die Verwaltung, daß der jeweilige Bezirk des Kollegen vergrößert werden kann.
Dies wird dem Staat aber nicht gelingen. Wir lassen uns die Rechte, die wir haben, nicht noch mehr beschneiden. Wir werden gegen die Auswirkungen der Rationalisierung kämpfen, wir werden uns die Tarifautonomie im öffentlichen Dienst nicht ganz rauben lassen. Deshalb fordern immer mehr Kollegen bei der Post und im öffentlichen Dienst:
Abschaffung des besonderen Dienstrechts für Arbeiter, Angestellte und Beamte im öffentlichen Dienst! Uneingeschränktes Streikrecht!

–R.R., Fernmeldeamt Wiesbaden

Austritterklärungen aus SPD und DKP

Austritt aus der SPD

Zur Zeit laufen im SPD-Kreisverband Karlsruhe-Land Ausschlußverfahren gegen 8 führende Mitglieder der Jungsozialisten, darunter auch R. Z., ehemaliger Vorsitzender der Juso-AG Forchheim, die sich Anfang 1974 aufgelöst hat. Grund des Parteiordnungsverfahrens sind zustandgekommene Aktionseinheiten mit kommunistischen Gruppen (SPD-Jargon: "Gruppen links von der SPD") bzw. deren Befürwortung. Anlaß des Parteiordnungsverfahrens gegen den Genossen R. Z. waren Flugblätter, welche die Jungsozialisten Forchheim gemeinsam mit dem Kommunistischen Bund Westdeutschland unterzeichnet hatten.
Hintergrund dieser Parteiordnungsverfahren ist die Rechtsentwicklung der herrschenden Klasse in Westdeutschland, die mit immer offeneren Mitteln die sich ausweitende demokratische Bewegung zu unterdrücken versucht. Dabei spielt die SPD als derzeitige Regierungspartei Erfüllungsgehilfe der westdeutschen Bourgeoisie und baut zunehmend die noch spärlich vorhandenen demokratischen Rechte ab, z.B. durch Berufsverbote, Betriebsverfassungsgesetz, Hochschulrahmengesetz, Planung eines neuen Dienstrechts nach dem erfolgreichen ÖTV-Streik usw., wobei sie spätestens seit der Regierung Schmidt-Genscher ihre Reformmaske fallen läßt (siehe gerade auch die Steuerreform).
Um diesen Kurs ungehindert steuern zu können, räumt die SPD-Führung nun auch innerhalb ihrer eigenen Reihen mit allen Hemmschuhen auf. Dies manifestiert sich in der Ausgrabung eines alten Parteivorstands- und Parteiratsbeschlusses vom 26. Februar 1971, in dem es u.a. heißt: "Parteirat, Parteivorstand und Kontrollkommission erwarten von allen Mitgliedern der Partei die unmißverständliche Respektierung des Beschlusses über die Unvereinbarkeit von Aktionsgemeinsamkeiten mit kommunistischen Organisationen, welcher Richtung auch immer.", denn "die entscheidende Aufgabe der Partei ist es jetzt, die Regierung zu unterstützen, damit Friedenspolitik und Reformpolitik auch nach 1973 fortgesetzt werden können." Dies bedeutet im Klartext nichts anderes, als daß jede Kritik an der SPD-Regierungspolitik als parteischädigender Ausschlußgrund angegeben wird.
Während sich der alte wie der neue Juso-Bundesvorstand längst dieser unverhohlenen Drohung zugunsten der eigenen Partei-Karriere gebeugt hat, und nur noch gegen einzelne, angeblich rechte, Parteiführer polemisiert (so wurde Helmut Schmidt nur so lange kritisiert, wie er kein Bundeskanzler war), ist auf unterer Funktionärsebene noch nicht jeder Kritiker mundtot gemacht. Dies zeigte sich besonders daran, wie es zu zwei der 8 Ausschlußanträge kam, denn hier säuberte der SPD-Parteivorstand in seinen eigenen Reihen: "Da sich die beiden Vertreter der Jungsozialisten im Kreisverband völlig uneinsichtig zeigten und ausdrücklich erklärten, die Entschließung des Parteirates vom 14. November 1970 für falsch zu halten und künftighin Aktionsgemeinschaften mit Kommunisten nicht ausschlossen, beantragte schließlich der Kreisvorsitzende: 1. Parteiordnungsverfahren mit dem Ziel des Ausschlusses. . ." (Zitat aus dem Protokoll der SPD-Kreisvorstandssitzung vom 16. Mai 1974), wobei hervorzuheben ist, daß sie eine Aktionseinheit nicht praktiziert, sondern nur theoretisch befürwortet haben.

Warum die SPD-Regierung gerade gegen Aktionseinheiten so schonungslos vorgeht, ist kein Zufall. Die Stärke der Volksmassen im Kampf gegen den Staatsapparat besteht einzig in ihrer großen Zahl, in ihrem einheitlichen und geschlossenen Auftreten. Doch die Massen sind in vielerlei politischen Gruppen, denen sie angehören oder mit denen sie sympathisieren, zersplittert. Um bestimmte Einzelziele zu erreichen, sind also Aktionseinheiten, ungeachtet verschiedener politischer Zielsetzungen auf anderen Gebieten, unerläßlich (es sei denn, man vertraut auf das Gewissen seines Bundestagsabgeordneten).
Daß die SPD eine bürgerliche Partei ist, die die Interessen des westdeutschen Kapitals genauso gut vertritt wie die CDU (und nur deshalb in Konkurrenz mit ihr steht), war vielen Sozialisten, die in die SPD eingetreten sind, von Anfang an klar. Inzwischen ist aber auch klar geworden, daß dies nicht mehr rückgängig zu machen ist. Wer es dennoch glaubt, wird eingeschüchtert oder rausgeschmissen. In der SPD ist kein Platz für Sozialisten mehr. Wir können sie getrost den bürgerlichen Karrieristen überlassen.
Aus diesen Gründen erklären wir den Austritt aus der SPD, der wir im Mai 1971 beigetreten sind, und fordern alle konsequenten Sozialisten auf, dies ebenfalls zu tun.

R.Z.,K.W.,H.J.K.
(alle Mitgl. d. OG Forchheim)

Austritt aus der DKP

1969 – kurz nach der Gründung der DKP – trat ich dieser Partei bei. Mit einigen Genossen, mit denen ich schon seit 1950 in der FDJ und KPD war, hofften wir, daß jetzt endlich wieder für die Arbeiterklasse eine Politik gemacht werden würde, die uns den Weg zeigt zur sozialen Revolution.
Wir gründeten hier in Harburg eine Betriebsgruppe und mußten schon nach einem Jahr einsehen, daß wir in unserer Betriebspolitik – sei es in Lohnfragen, Schichtplanänderungen usw. – von der DKP keine Hilfe oder Unterstützung bekamen.
Mit den lahmen Berichten in der UZ machten wir uns im Betrieb keine Freunde und in unserer Betriebszeitung wurde auch nicht das gedruckt, was wir wollten. Zum Beispiel war folgendes im Betrieb: Es sollten einige Kollegen entlassen werden wegen Stillegung einiger Abteilungen im Zuge der Rationalisierung und Modernisierung. Ich bin jetzt fast 18 Jahre in diesem Betrieb tätig. Von den 1 700 Beschäftigten sind jetzt noch knapp 700 da, also 1 000 Mann sind im Laufe der Zeit "wegrationalisiert" worden. Trotzdem sind die Gewinne der Betriebsleitung enorm gestiegen. Das wollten wir in der Betriebszeitung schreiben und dabei sollten der SPD-Betriebsrat und die Geschäftsleitung angesprochen werden. Aber das wurde nicht gedruckt. Unsere Druckvorlage wurde vom Kreisvorstand der DKP abgelehnt. Im Betrieb erklärten uns die Kollegen: "Ihr seid ja nicht besser als die SPD!"
Ich merkte, daß ich nun nicht länger in der DKP bleiben konnte, weil ich da keine Politik im Interesse meiner Kollegen machen konnte. Trotzdem dauerte es noch eine ganze Zeit, ehe ich aus der DKP austrat (mittlerweile war die ganze Betriebsgruppe gestorben). Es ergaben sich für mich keine neuen Möglichkeiten für eine organisierte kommunistische Politik. Durch Zufall habe ich dann die Kommunistische Volkszeitung in die Hände bekommen und fand darin meine Vorstellung von einer kommunistischen Zeitung bestätigt.

F.S., Hamburg/Harburg

Die Wirkung der Steuerreform

In mehreren Ausgaben der Kommunistischen Volkszeitung haben wir über die sogenannte Steuerreform berichtet. Wir haben gesagt, daß die geplante und jetzt beschlossene Steuerentlastung gering ist angesichts der Tatsache, daß die Lohnabhängigen die Hauptlast der Steuern tragen für einen Staat, der nicht ihren, sondern den Interessen des Kapitals dient. Wir haben gesagt, daß diese Steuerausplünderung der Lohnabhängigen durch den kapitalistischen Staat in den letzten Jahren ungeheuer zugenommen hat, während die Reichen gleich oder weniger besteuert wurden.

Wir haben gesagt, daß die Steuerreform diese Wirkung auf die Lohnabhängigen nicht beseitigt, sondern daß nach ein, zwei Jahren geringfügiger Vorteile die Besteuerung der Lohnabhängigen schneller zunehmen wird als bisher, während der Anteil der Kapitalisten am Steueraufkommen weiter zurückgehen wird. Diese Wirkung ist eingebaut in das neue Steuerrecht.

Diese Aussagen konnten wir nur mit den spärlichen Informationen aus der bürgerlichen Presse belegen. Und auch jetzt sind die Informationen aus der Presse, aber auch aus dem Bundesfinanzministerium so unvollständig, daß es schwer ist, sich ein genaues Bild zu machen. Schließlich mußten wir selbst auch erst in den Dschungel der Steuerbestimmungen eindringen, der auch nach der Steuerreform so undurchdringlich ist, daß nur die Kapitalisten mit bezahlten Steuerspezialisten sich darin für sie vorteilhaft bewegen können, während für die Lohnabhängigen, die sich keine Spezialisten halten können, der Vorhang runtergelassen bleibt.

Im folgenden werden wir versuchen, die Steuerfrage in allgemeinverständlicher Weise darzustellen, und hoffen damit auch die Fragen zu beantworten, die in den bisherigen Artikeln nicht verständlich genug beantwortet werden konnten.

Grundlage dieser Darstellung ist das bisher geltende Steuerrecht und das ab 1. Januar 1975 neu in Kraft tretende. Verantworten tun die bürgerlichen Parteien gemeinsam das jetzt vorliegende Ergebnis der sogenannten Steuerreform, das sie einstimmig bis auf eine Gegenstimme im Bundestag und Bundesrat verabschiedet haben.

Die wesentlichen Änderungen durch die Steuerreform sind

1. die Erhöhung des steuerfreien Grundfreibetrags von jährlich 1 680 auf 3 000 DM (für Verheiratete doppelt). Das heißt, 250 DM monatlich für Ledige bzw. 500 DM monatlich für Verheiratete sind steuerfrei (gegenüber bisher 140 DM für Ledige und 280 DM für Verheiratete). Der doppelte Grundfreibetrag gilt künftig auch für ledige Mütter.
2. Die Erhöhung des Arbeitnehmerfreibetrages von 240 DM jährlich auf 480 DM. Das heißt, weitere 40 DM monatlich sind steuerfrei.
3. Die Erhöhung der Abzugsfähigkeit für Vorsorgeaufwendungen (Sozialabzüge). Sie werden in einer Pauschale in der Lohnsteuertabelle berücksichtigt, so daß sie in der Regel nicht mehr über Lohnsteuerermäßigungsanträge oder den Lohnsteuerjahresausgleich beantragt werden müssen.
Die Pauschale beträgt 16 % vom Arbeitslohn, höchstens jedoch 225 DM monatlich für Ledige; für Verheiratete verdoppelt sich der Höchstbetrag. Für jedes Kind erhöht er sich um weitere 75 DM.
4. Die Erhöhung des Steuersatzes von 19 % auf 22 % für das zu versteuernde Einkommen bis 1 333 DM monatlich, für Verheiratete bis zum Einkommen von 2 666 DM. Für zu versteuernde Einkommen über dieser Grenze gilt ein Steuersatz, der von 30,8 % mit steigendem Einkommen weiter steigt, wo er bei einem zu versteuernden Einkommen von 9 166 DM monatlich bei Ledigen und bei Verheirateten bei 18 332 DM 56 % erreicht. Dieser sogenannte Progressionssteuersatz wird angewandt für den Teil des zu versteuernden Einkommens, der die 1 333 DM bzw. 2 666 DM übersteigt.
5. Kinder werden nicht mehr über Kinderfreibeträge steuerlich berücksichtigt, lediglich die Höchstbeträge für abzugsfähige Ausgaben erhöhen sich mit der Zahl der Kinder. Statt der Kinderfreibeträge wird zweimonatlich vom Arbeitsamt auf Antrag ein Kindergeld ausgezahlt, das monatlich für das erste Kind 50 DM, für das zweite Kind 70 DM, für das dritte und jedes weitere Kind 120 DM beträgt.

Die Ausgangslage

1. DIE BRUTTOEINKOMMEN DER LOHNABHÄNGIGEN HAUSHALTE

% der ledigen Lohnst-pflicht.	% der verheir. Allein-verdiener	% der verheir. Doppel-verdiener	% aller Lohnsteuer-pflichtigen	monat-licher Bruttolohn
13 %	3,8 %	0,1 %	7 %	bekommen unter 200.-DM
7 %	1,6 %	0,2 %	3,7 %	zwischen 200.- und 400.-
7,2 %	1,9 %	0,3 %	3,8 %	zwischen 400.- und 600.-
7,5 %	2,2 %	0,4 %	4,2 %	zwischen 600.- u. 800.-
7,4 %	2,6 %	0,6 %	4,3 %	zwischen 800.- u.1.000.-
14,5 %	6,1 %	1,6 %	8,8 %	zwischen 1.000.- u.1.333.-
16,3 %	11 %	2,9 %	11,6 %	zwischen 1.333.- u.1.666.-
14,9 %	24 %	8,6 %	17,1 %	zwischen 1.666.- u.2.083.-
10,6 %	30,6 %	40,5 %	24 %	zwischen 2.083.- u.3.000.-
1,3 %	11,1 %	35,2 %	11,6 %	zwischen 3.000.- u.4.133.-
0,2 %	3,9 %	8,7 %	3,3 %	zwischen 4.133.- u.6.250.-
	0,8 %	0,7 %	0,4 %	zwischen 6.250.- u.8.333.-
	0,4 %	0,2 %	0,2 %	bekommen über 8.333.-

Aus dieser Statistik des Bundesfinanzministeriums geht hervor, daß 1974 60 % der Lohnsteuerpflichtigen unter 2 000 DM monatlich brutto verdienen (diese Zahlen für 1974 hat das Bundesfinanzministerium ausgerechnet, nicht wirklich erhoben). Über 40 % verdienen weniger als 1 666 DM brutto monatlich. Über 20 % verdienen monatlich weniger als 1 000 DM, fast 15 % weniger als 600 DM. Bei diesen Zahlen ist noch zu beachten, daß die Fälle, wo Mann und Frau arbeiten gehen, als ein Fall gezählt sind. Es handelt sich also bei diesen Zahlen im wesentlichen um das Familieneinkommen.

Neben der Masse der Lohnabhängigen, die unter 2 000 DM verdienen, gibt es etwa 25 % der Lohnabhängigen, die zwischen 2 000 und 3 000 DM brutto verdienen. Das sind einerseits einige Facharbeiter, wo die Frau noch zuverdient, Meister, mittlere Angestellte und Beamte. 11 % verdienen zwischen 3 000 und 4 000 DM. In dieser Gruppe wird kaum noch ein Arbeiter sein, sondern höhere Angestellte und Beamte. Darüber verdienen nur noch rund 4 % leitende Beamte und Angestellte und schließlich Manager.

Bei diesen Zahlen ist weiter zu berücksichtigen, daß schon 1973 die Löhne und Gehälter durchschnittlich nur noch dem Geldbetrag nach gestiegen sind, daß man aber für die gestiegenen Löhne und Gehälter auf Grund der Preissteigerungen nicht mehr kaufen kann, als für die niedrigeren Bezüge im Jahr 1972. Für die Steuerabzüge ist aber nicht der Kaufwert des Lohnes, sondern der entwertete Geldbetrag maßgeblich.

Die Kapitalisten zahlen fastnichts

Daß die Kapitalisten auf ihr gesamtes Einkommen im Endeffekt weniger Prozent Steuern zahlen als die Lohnabhängigen, kann man an folgenden Zahlen beweisen. 1973 betrug das gesamte Aufkommen an Lohn- und Einkommenssteuer 9,6 % des Bruttosozialprodukts. Die Lohnsteuer dagegen machte im Durchschnitt 14 % des Bruttolohns aus. Das Einkommen der Lohnabhängigen wurde also relativ höher steuerlich belastet als das gesamte Sozialprodukt. Das heißt aber, daß auf den Teil des Sozialprodukts, der den Kapitalisten zufloß, diese einen geringeren Prozentsatz Einkommenssteuer zahlten. Daran ändert sich auch nichts, wenn jetzt mit der Steuerreform die Durchschnittsbesteuerung des Bruttolohns geringfügig gesenkt wird. Dieses Verhältnis zeigt sich noch drastischer bei der Betrachtung des gesamten Steueraufkommens, also der Lohn- und Einkommenssteuer und der indirekten Steuern. Es betrug 1973 24,2 % des Bruttosozialprodukts. Wir haben jedoch gesehen, daß ein Lohnabhängiger, selbst wenn er so wenig verdient, daß er keine Lohnsteuer zahlen muß, immer noch rund 25 % seines Lohns in Form von indirekten Steuern an den Staat abgibt. Ein Lohnabhängiger mit durchschnittlichem Einkommen zahlt aber insgesamt mit Lohnsteuer und indirekten Steuern an die 40 % seines Einkommens. Wenn alle produzierten Werte mit 24,2 % besteuert werden, die Lohnabhängigen aber von den Werten, die sie als Bruttolohn bekommen, allein 40 % an den Staat abliefern, dann kann man leicht ermessen, daß die Kapitalisten kaum etwas zur Finanzierung ihres Staates beitragen – ganz abgesehen davon, daß die Arbeiter alle Werte produzieren und daß das Einkommen der Kapitalisten insgesamt aus der Ausbeutung der Lohnarbeit entsteht. Der Staat der Kapitalisten wird finanziert durch die Steuerausplünderung der Lohnabhängigen.

ARBEITER ÜBER 50 JAHRE VERSCHLECHTERT

Für Arbeiter über 50 Jahre galten bisher doppelte Freibeträge für Vorsorgeaufwendungen. Nach dem "Reformtarif" entfällt diese Regelung. Das Bundesfinanzministerium hat dafür natürlich keine Vergleichstabellen veröffentlicht. Da die Steuerreform schon so viel koste, habe man diese "Vergünstigung" streichen müssen.

Dafür sind auf der anderen Seite die Steuererleichterungen so "gerecht" verteilt worden, daß selbst Einkommensbezieher, die über 150 000 DM im Jahr verdienen, noch Vorteile haben. Das "Deutsche Ärzteblatt" hat ausgerechnet, daß ein Arzt, der 168 000 DM im Jahr verdient (Doppelverdiener ohne Kinder) noch 20 DM plus im Monat machen (Deutsches Ärzteblatt, Heft 32/74). Ein Arzt, dessen Ehefrau nicht arbeitet, mit 2 Kindern und 275 000 DM Jahreseinkommen hat sogar noch 40 DM im Monat mehr, ungefähr gleich viel wie ein Arbeiter mit einem Kind und einem Monatseinkommen von 1 000 DM brutto.

2. WELCHE ABZÜGE GEHEN INSGESAMT VOM LOHN AB?

Ein unverheirateter Arbeiter, der 1 000 DM brutto verdient, zahlt nach Berücksichtigung des Lohnsteuerjahresausgleichs 122,20 DM Lohnsteuer (siehe Tabelle). Ungefähr 145 DM zahlt er für Sozialabzüge, Krankenversicherung, Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung. Es bleibt ihm ein Nettolohn von 732,80 DM, also 73 % vom Bruttolohn.

INDIREKTE STEUERN – 25 % VOM NETTOLOHN

Damit aber nicht genug. Über die indirekten Steuern, die im Preis der Güter stecken, die er kaufen muß, um leben zu können, sackt der kapitalistische Staat noch einmal mehr ein, als er schon über die Lohnsteuer abgesahnt hat. Jedes Gut, das er kauft, enthält 11 % Mehrwertsteuer. In vielen anderen Gütern stecken aber noch andere indirekte Steuern, wie Tabaksteuer, Benzinsteuer, Heizölsteuer, Branntweinsteuer, Salzsteuer, Zuckersteuer, Teesteuer und viele andere mehr.

Um zu zeigen, wieviel die Lohnabhängigen über indirekte Steuern vom Staat geschröpft werden, haben wir folgende Rechnung angestellt:

Ziemlich genau die Hälfte aller Steuereinnahmen bekommt der Staat über die indirekten Steuern und die Steuern, die die Kapitalisten unmittelbar im Preis weitergeben können, die nicht auf den Profit bezogen sind, und deshalb wie indirekte Steuern wirken.

Indirekte Steuern lasten nur auf Konsumgütern, sie belasten nur den Endverbraucher. Denn die Kapitalisten können die Mehrwertsteuer für alle betrieblichen Käufe von der Mehrwertsteuer, die sie aus dem Verkauf ihrer Waren an den Staat abführen müssen, abziehen. Sie zahlen also nur indirekte Steuern für die Konsumausgaben, die sie nicht über den Betrieb laufen lassen können. Die Mehrwertsteuern auf Investitionsgüter können die Kapitalisten voll abziehen. Alle indirekten Steuern wirken daher nur auf den privaten Endverbrauch. Das Einkommen der Lohnabhängigen geht fast ganz in den Verbrauch lebensnotwendiger Güter. Ihr Anteil am Verbrauch von Konsumgütern liegt bei 70 %. Sie zahlen daher auch etwa 70 % der indirekten Steuern. Die Summe von 70 % der indirekten Steuern muß auf den Nettolohn bezogen werden, denn die indirekten Steuern gehen ja vom Nettolohn, mit dem man einkaufen geht, ab. Bezogen auf die gesamte Nettolohn- und Gehaltssumme aller Lohnabhängigen machen 70 % der Summe der indirekten Steuern 25 % vom Nettolohn aus. Da die indirekten Steuern alle Lohnabhängigen gleich treffen, muß man auch bei allen gleich 25 % abziehen.

In unserem Beispiel sind 25 % von 732,80 DM Nettolohn 183,20 DM. Vom Bruttolohn 1 000 DM bleiben also kaum mehr als die Hälfte. 30 % gehen an den Staat, 14,5 % an die Sozialversicherungen.

An den nebenstehenden Beispielen wird deutlich, was den Lohnabhängigen auf der Hand bleibt, wie hoch die Steuerlast und die Abzüge insgesamt sind. Die Lohnabhängigen zahlen den weitaus größten Teil des gesamten Steueraufkommens. Und dies nicht nur, weil sie die große Mehrheit der Steuerzahler sind. Vielmehr zahlen sie auch einen weitaus größeren Teil ihres Einkommens als die Kapitalisten. Denn es stimmt nicht, daß die Kapitalisten höhere Einkommenssteuern zahlen, da sie meist nur einen geringen Teil ihres Einkommens versteuern und große Teile ihres Einkommens der Steuer entziehen.

BEISPIELE (nach bisher geltendem Steuerrecht)

A. Unverheiratete Arbeiter

1 000,00 DM Bruttolohn
-122,20 DM Lohnsteuer
-145,00 DM Sozialversicherung
732,80 DM
-183,00 DM indirekte Steuern (25 % vom Nettolohn)
549,80 DM Lohn = 55 % vom Bruttolohn

1 600,00 DM Bruttolohn
-275,00 DM Lohnsteuer
-232,00 DM Sozialversicherung
1 093,00 DM Nettolohn
-273,00 DM indirekte Steuern (25 % vom Nettolohn)
820,00 DM Lohn = 51 % vom Bruttolohn

B. Verheiratete Alleinverdiener mit 2 Kindern

1 600,00 DM Bruttolohn
-108,00 DM Lohnsteuer
-232,00 DM Sozialversicherung
1 260,00 DM Nettolohn
-315,00 DM indirekte Steuern (25 % vom Nettolohn)
945,00 DM Lohn = 59 % vom Bruttolohn

2 000,00 DM Bruttolohn
-203,00 DM Lohnsteuer
-290,00 DM Sozialversicherung
1 507,00 DM Nettolohn
-376,00 DM indirekte Steuern
1 121,00 DM Lohn = 56 %

DOPPELVERDIENER NACH WIE VOR SCHLECHTER GESTELLT.

Familien, in denen Mann und Frau arbeiten, werden praktisch so hoch wie Ledige besteuert. Das bleibt auch nach der Steuerreform so.

Viel Wind – wenig dahinter

Die CDU/CSU hat erst spät begriffen, daß sie gegen die Steuerreformpläne der SPD nicht frontal anrennen konnte, denn längst war die Empörung über die unerträgliche Steuerlast sehr breit geworden. Nachdem außerdem offensichtlich war, daß die SPD die Reichen keineswegs stärker zur Kasse bitten wollte, konnte die CDU/CSU mit ihrem Vorwurf, die SPD wolle die Enteignung mittels Steuerreform, nicht mehr glaubhaft erscheinen. Die CDU/CSU ging deshalb in die Offensive und verlangte Steuererleichterungen ohne Reform für sofort und nicht erst für Januar 1975. Damit konnte sie sich nicht durchsetzen. Wohl aber gelang es der CDU/CSU, den letzten Rest an "Reform" zu Fall zu bringen. Obwohl SPD und CDU dem jetzten vorliegenden Steuergesetz gemeinsam zugestimmt haben, entfalten die SPD-Politiker ein großes Geheule, die CDU/CSU hätte die Reform zu Fall gebracht. Und sie malen ein schönes Bild von "Steuergerechtigkeit" an die Wand, das verwirklicht worden wäre, hätte die CDU/CSU nicht dazwischengefunkt. Doch wenn wir untersuchen, was es damit auf sich hat, müssen wir schnell feststellen, daß CDU und SPD beide nur an kurzfristig werbewirksamen Korrekturen an der Steuerbelastung Interesse hatten, die Bürde der Steuerlast aber weiter auf dem Rücken des arbeitenden Volkes lassen.

WAS WAR DER STREITPUNKT ZWISCHEN SPD UND CDU?

Die SPD hatte vorgesehen, daß alle Einkommensbezieher unabhängig von der Höhe ihres Einkommens und von der Höhe ihres Steuertarifs ihre Vorsorgeaufwendungen gleichmäßig mit 22 % von der Steuerschuld abziehen können. Das klingt gerecht.

Bisher ist es so, und so bleibt es nun auch, daß die Vorsorgeaufwendungen vom Bruttoeinkommen abgezogen werden, und dadurch all diejenigen, die höhere Steuern zahlen, auch zum höheren Prozentsatz ihres Steuertarifs ihre Vorsorgeaufwendungen angerechnet bekommen. Die Höherverdiener haben also größere Vorteile beim Abzug der Vorsorgeausgaben.

Das mindert das Wachstum der Steuerprogression bei all den Einkommen, die mit ihrem zu versteuernden Einkommen in die Zone des wachsenden Steuertarifs kommen. Zudem wird diese Zone bei einem niedrigeren Bruttoeinkommen erreicht, wenn die Vorsorgeaufwendungen nicht vom Bruttoeinkommen, sondern mit einem einheitlichen Prozentsatz von der Steuerschuld abgezogen werden. Weil die Progressionszone schon bei relativ niedrigen Einkommen beginnt, kann man deswegen keineswegs sagen, die Änderungen der CDU kämen nur den Großverdienern zugute. Vielmehr wirkt sich die von der CDU/CSU durchgesetzte Beibehaltung des Abzugsverfahrens so aus, daß sowohl durchschnittliche Einkommen als auch höhere Einkommen dadurch günstiger wegkommen. Bei der Höhe der Steuerlast insgesamt gerade für die unteren und mittleren Einkommen, die durch die Steuerreform sowohl nach CDU als auch nach SPD in kurzer Zeit noch weiter steigt, sind die Unterschiede zwischen beiden Parteien jedoch bescheiden. Sie sind nur für diese Parteien groß, denn sie ermöglichen der CDU, sich dem gehobenen Mittelstand anzubiedern, und sie ermöglichen der SPD, über die CDU zu klagen, sie hätte die Steuerreform verhindert. Der Streit zwischen den Parteien über die Gerechtigkeit des Steuersystems ist angesichts der insgesamt bleibenden ungeheuerlichen Steuerlast für die arbeitenden Volksmassen nichts als Hohn.

Die Wirkung der neuen Steuertarife gegenüber den geltenden

1. Lediger Arbeitnehmer unter 50 Jahre

monatlicher Bruttolohn DM	Lohnsteuer jetzt	Lohnsteuer ab 1.1.75	Lohnsteuer in % vom Bruttolohn jetzt	Lohnsteuer in % vom Bruttolohn ab75	Progressionsfaktor vor	Progressionsfaktor nach Reform
1.000	122.20	100.00	12,2	10,0		
1.100	143.00	120.40	13,0	11,0	1,7	2,0
1.200	165.90	141.30	13,8	11,8	1,8	1,9
1.300	190.30	162.70	14,7	12,5	1,9	1,8
1.400	216.30	183.60	15,5	13,1	1,8	1,7
1.500	243.60	203.50	16,2	13,6	1,8	1,5
1.600	275.00	223.20	17,2	14,0	1,9	1,5
1.700	310.60	244.80	18,3	14,4	2,1	1,6
1.800	342.70	274.80	19,0	15,3	1,8	2,1
1.900	376.00	306.70	19,8	16,1	1,8	2,1
2.000	409.60	339.60	20,5	17,0	1,7	2,0
2.100	445.00	372.80	21,2	17,8	1,7	2,0
2.200	481.50	407.70	21,9	18,5	1,7	2,0
2.300	517.70	443.60	22,5	19,3	1,7	1,9
2.400	555.90	479.50	23,2	20,0	1,7	1,9
2.500	593.70	517.10	23,8	20,7	1,6	1,9
2.600	633.20	554.60	24,4	21,3	1,7	1,8
2.700	672.40	593.90	24,9	22,0	1,6	1,8
2.800	713.00	632.90	25,5	22,6	1,6	1,8
2.900	753.10	672.50	26,0	23,2	1,6	1,7
3.000	794.70	714.00	26,5	23,8	1,5	1,8
3.100	835.60	754.90	27,0	24,4	1,5	1,7
3.200	876.90	796.40	27,4	24,9	1,6	1,7
3.300	919.60	839.50	27,9	25,4	1,5	1,7
3.400	961.60	882.00	28,3	25,9	1,5	1,7
3.500	1003.90	925.00	28,7	26,4	1,5	1,7
3.600	1047.80	969.60	29,1	26,9	1,5	1,7
3.700	1090.80	1013.50	29,5	27,4	1,5	1,6
3.800	1134.10	1057.60	29,8	27,8	1,5	1,6
3.900	1179.00	1102.00	30,2	28,3	1,5	1,6
4.000	1223.00	1146.80	30,6	28,7	1,5	1,6

2. Verheirateter Arbeitnehmer unter 50 Jahre, Ehefrau arbeitet nicht, keine Kinder

monatlicher Bruttolohn DM	Lohnsteuer jetzt	Lohnsteuer ab 1.1.75	Lohnsteuer in % vom Bruttolohn jetzt	Lohnsteuer in % vom Bruttolohn ab75	Progressionsfaktor vor	Progressionsfaktor nach Reform
1.000	86.30	40.60	8,6	4,1		
1.100	101.50	58.10	9,2	5,3	1,8	4,3
1.200	116.80	77.00	9,7	6,4	1,7	3,6
1.300	133.00	94.50	10,2	7,3	1,7	2,7
1.400	150.00	113.10	10,7	8,1	1,7	2,6
1.500	168.00	130.80	11,2	8,7	1,7	2,2
1.600	186.10	149.50	11,6	9,3	1,8	2,1
1.700	203.30	167.10	12,0	9,8	1,5	1,9
1.800	221.80	185.80	12,3	10,3	1,6	1,9
1.900	241.30	203.50	12,7	10,7	1,6	1,7
2.000	259.30	221.00	13,0	11,1	1,5	1,6
2.100	280.30	240.80	13,4	11,5	1,6	1,8
2.200	302.00	262.80	13,7	12,0	1,6	2,0
2.300	325.80	283.60	14,2	12,3	1,7	1,7
2.400	349.00	305.60	14,5	12,7	1,6	1,8
2.500	374.00	327.60	15,0	13,1	1,7	1,7
2.600	399.00	348.60	15,4	13,4	1,7	1,6
2.700	425.80	369.50	15,8	13,7	1,8	1,6
2.800	452.00	390.50	16,1	14,0	1,7	1,5
2.900	480.10	411.30	16,6	14,2	1,7	1,5
3.000	507.60	432.10	16,9	14,4	1,7	1,5
3.100	540.00	453.10	17,4	14,6	1,9	1,4
3.200	578.60	474.00	18,1	14,8	2,2	1,4
3.300	614.80	500.50	18,6	15,2	2,0	1,7
3.400	645.70	530.50	19,0	15,6	1,7	2,0
3.500	677.10	561.00	19,4	16,0	1,7	2,0
3.600	711.00	590.30	19,8	16,4	1,8	1,8
3.700	743.50	620.10	20,1	16,8	1,7	1,8
3.800	776.20	652.10	20,4	17,2	1,6	1,9
3.900	812.00	684.50	20,8	17,6	1,7	1,9
4.000	846.20	715.80	21,2	17,9	1,6	1,8

3. Verheirateter Arbeitnehmer unter 50 Jahre, Ehefrau arbeitet nicht, 1 Kind

monatlicher Bruttolohn DM	Lohnsteuer jetzt	Lohnsteuer ab 1.1.75	Lohnsteuer in % vom Bruttolohn jetzt	Lohnsteuer in % vom Bruttolohn ab75	Progressionsfaktor vor	Progressionsfaktor nach Reform
1.000	68.30	- 9.30*	6.8			
1.100	83.50	8.10	7,6	0,7	2,2	
1.200	98.60	27.00	8,2	2,3	2,1	25,7
1.300	114.00	44.50	8,8	3,4	1,9	17,8
1.400	129.10	63.10	9,2	4,5	1,7	5,4
1.500	145.30	80.80	9,7	5,4	1,8	3,9
1.600	163.30	99.50	10,2	6,2	1,9	3,5
1.700	181.30	117.10	10,7	6,9	1,8	2,8
1.800	199.50	135.80	11,1	7,5	1,9	2,7
1.900	216.80	153.50	11,4	8,1	1,6	2,3
2.000	135.10	171.00	11,8	8,6	1,6	2,2
2.100	154.00	189.60	12,1	9,0	1,6	2,2
2.200	273.60	208.50	12,4	9,5	1,6	2,1
2.300	294.00	228.10	12,8	9,9	1,6	2,0
2.400	316.10	250.10	13,2	10,4	1,7	2,2
2.500	337.80	272.10	13,5	10,9	1,6	2,1
2.600	360.30	293.10	13,9	11,3	1,7	1,9
2.700	383.30	314.00	14,2	11,6	1,7	1,9
2.800	409.60	335.00	14,6	12,0	1,9	1,8
2.900	435.30	355.80	15,0	12,3	1,8	1,7
3.000	463.10	377.80	15,4	12,6	1,9	1,8
3.100	490.30	398.60	15,8	12,9	1,8	1,7
3.200	519.50	419.60	16,2	13,1	1,8	1,6
3.300	554.00	444.30	16,8	13,5	2,1	1,9
3.400	593.20	474.10	17,4	13,9	2,3	2,2
3.500	626.10	504.50	17,9	14,4	1,9	2,2
3.600	657.20	533.80	18,3	14,8	1,7	2,0
3.700	690.70	565.10	18,7	15,3	1,8	2,1
3.800	722.80	595.30	19,0	15,7	1,7	2,0
3.900	755.80	627.60	19,4	16,1	1,7	2,1
4.000	790.80	658.80	19,8	16,5	1,8	1,9

4. Verheirateter Arbeitnehmer unter 50 Jahre, Ehefrau arbeitet nicht, 2 Kinder

monatlicher Bruttolohn DM	Lohnsteuer jetzt	Lohnsteuer ab 1.1.75	Lohnsteuer in % vom Bruttolohn jetzt	Lohnsteuer in % vom Bruttolohn ab75	Progressionsfaktor vor	Progressionsfaktor nach Reform
1.000	16.60	-79.30*	1,7			
1.100	32.00	-61,80*	2,9		9,3	2,2
1.200	47.10	-43.00*	3,9		5,2	3,1
1.300	63.30	-25.50*	4,9		4,1	4,9
1.400	78.50	- 6.80*	5,6		3,1	9,5
1.500	93.60	10.80	6,2	0,7	2,7	36,2
1.600	108.80	29.50	6,8	1,8	2,4	41,0
1.700	126.00	47.10	7,4	2,7	2,5	9,6
1.800	144.00	65.80	8,0	3,7	2,4	6,8
1.900	186.10	83.50	9,8	4,4	5,2	4,8
2.000	203.30	101.00	10,2	5,1	1,7	4,0
2.100	220.80	119.60	10,5	5,7	1,7	3,7
2.200	239.10	138.50	10,9	6,3	1,7	3,3
2.300	259.30	158.10	11,3	6,9	1,8	3,1
2.400	279.10	177.00	11,6	7,4	1,7	2,8
2.500	299.60	196.60	12,0	7,9	1,8	2,7
2.600	321.00	217.60	12,3	8,4	1,8	2,7
2.700	342.80	238.50	12,7	8,8	1,8	2,5
2.800	365.30	259.50	13,0	9,3	1,8	2,4
2.900	389.80	280.30	13,4	9,7	1,9	2,2
3.000	415.00	302.30	13,8	10,1	1,9	2,3
3.100	439.50	323.10	14,2	10,4	1,8	2,1
3.200	466.00	344.10	14,6	10,8	1,9	2,0
3.300	493.10	368.10	14,9	11,2	1,9	2,2
3.400	521.00	399.30	15,3	11,7	1,9	2,8
3.500	554.00	428.00	15,8	12,2	2,1	2,4
3.600	593.20	458.80	16,5	12,7	2,5	2,5
3.700	624.60	488.50	16,9	13,2	1,9	2,3
3.800	657.20	520.30	17,3	13,7	1,9	2,4
3.900	689.00	550.80	17,7	14,1	1,8	2,2
4.000	721.10	583.50	18,0	14,6	1,8	2,3

Zahlen nach Pressemitteilung des Bundesfinanzministeriums. Lohnsteuer berechnet nach Lohnsteuerjahresausgleich. * Hier ist die Lohnsteuer geringer als das Kindergeld.
Prozentzahlen und Progressionsfaktor eigene Berechnung. Progressionsfaktor = prozentuale Lohnsteigerung durch prozentuale Einkommenssteigerung, Zeile um Zeile gerechnet.

WAS KANN MAN AUS DEN TABELLEN LESEN?

Die obigen Tabellen zeigen erstens, wieviel Lohnsteuern gezahlt werden müssen vor und nach der Reform, zweitens, wieviel Prozent vom Bruttolohn die Lohnsteuer vor und nach der Reform ausmacht, drittens, um wieviel stärker die Lohnsteuer bei einer gegebenen Lohnerhöhung steigt nach der bisher geltenden Steuer und nach der Steuerreform. Dies wird ausgedrückt durch den Progressionsfaktor (vierte Spalte).

DIE STEUERMINDERUNG IST VON KURZER DAUER

Zunächst einmal kann man bei der Höhe des eigenen Bruttolohns nachsehen, wieviel Steuern man nach der Steuerreform weniger bezahlen muß. Rechnet man nun damit, daß es eine Lohnerhöhung geben wird, und setzen wir voraus, daß es gelingt, wenigstens eine Lohnerhöhung durchzusetzen, die die Inflationsrate erreicht, dann sehen wir, daß wir dann schon fast wieder bei dem bisherigen Steuerbetrag landen. Etwas länger hält die Wirkung der Steuerverminderung, wenn wir den Steuersatz in Prozenten vergleichen. Hier wird die Steuerreform, je nach der Höhe der Preissteigerung und nach der Höhe der Lohnerhöhungen, zwei bis drei Jahre halten. Man sieht, die Steuerreform, als Jahrhundertwerk einst begonnen, hat nur eine sehr kurze Wirkung. Sie reicht man eben über die Wahlen hinaus.

IST DER ALTE LOHNSTEUERSATZ WIEDER ERREICHT, STEIGEN DIE LOHNSTEUERN SCHNELLER ALS VORHER.

Daß die Steuerminderung nur kurzlebig ist, das ist nur die eine Seite des neuen Steuertarifs. Ist nämlich erst der alte Steuersatz durch Lohnerhöhungen, die wegen der Preissteigerung nichts bringen, erreicht, dann klettert die Steuerspirale viel schneller als beim alten Tarif. Das können wir durch den Vergleich der Zahlen des Progressionsfaktors ablesen. Nur in wenigen Bereichen ist der Progressionsfaktor im alten Steuersatz kleiner, in der überwiegenden Zahl der Fälle ist er größer. Der Progressionsfaktor gibt an, um wieviel mal die Steuer mehr zunimmt als eine Lohnerhöhung. Ist der Faktor 2, dann steigt in diesem Bereich die Lohnsteuer bei einer 10-prozentigen Lohnerhöhung um 20 %.
Beispiel: Ein Lediger verdient 1 000 DM und zahlt 100 DM Lohnsteuer. Steigt sein Lohn um 10 %, so steigt die Lohnsteuer nicht auf 110 DM, das wären 10 %, sondern auf 120 DM, also um 20 %, also doppelt so schnell wie der Lohn. Dieser Effekt heißt Steuerprogression. Eigentlich sollte die Steuerprogression so wirken, daß Großverdiener einen wesentlich höheren Steuersatz haben als die niedrigen Einkommen. Auch sollte sie so sein, daß die Steuer bei Einkommenserhöhungen von Großverdienern wesentlich härter trifft als bei den unteren. Nach dem bisher geltenden und nach dem Reformtarif ist es zwar so, daß Spitzenverdiener einen höheren Prozentsatz Einkommenssteuer zahlen. Zugleich aber ist es so, daß die Progression, mit der dieser Spitzensteuersatz erreicht wird, nur im unteren Einkommensbereich stattfindet, während im Bereich der großen Einkommen der Steuersatz nicht mehr steigt.

DIE STEUERPROGRESSION TRIFFT NUR DIE UNTEREN UND MITTLEREN EINKOMMEN, ABER NICHT DIE REICHEN.

So zahlt Einer, der 10 Millionen verdient, genauso knapp über 50 % Einkommenssteuer wie einer, der 100 Millionen verdient. Hier gibt es keine Steuerprogression mehr, während die Steuerprogression bei jeder Lohnerhöhung – auch wenn sie unter der Inflationsrate bleibt – zuschlägt. Außerdem ist es so, daß die Steuer nur das zu versteuernde Einkommen betrifft. Der Großverdiener hat ungeheure gesetzliche und ungesetzliche Möglichkeiten, den zu versteuernden Teil seines Einkommens sehr gering zu halten. Zwar gibt es genug Kapitalisten, die den Spitzensteuersatz erreichen, aber ihm unterliegt nur der Teil des Einkommens, den er vor dem Finanzamt nicht verbergen konnte. Man kann also ohne Übertreibung sagen, daß kein Kapitalist auf sein wirkliches Einkommen den Spitzensteuersatz entrichten muß. In den meisten Fällen wird es so sein, daß der Kapitalist auf sein wirkliches Einkommen berechnet weniger Prozent Steuern zahlt wie der Lohnabhängige mit Durchschnittslohn.
Der Spitzensteuersatz ist von 53 % auf 56 % erhöht worden. Zugleich aber ist der Betrag, ab welchem 53 % gezahlt werden müssen, von 110 000 DM auf 130 000 DM im Jahr erhöht worden (für Verheiratete doppelter Betrag). Es gilt nur für das Einkommen, das über diesem Höchstbetrag liegt.
Außerdem ist die Ergänzungsabgabe von 3 % der Einkommensteuer gestrichen, und zwar auch für die Spitzenverdiener. Mit der Reform des Körperschaftssteuergesetzes sind weitere Steuererleichterungen für Großkapitalisten geplant. Darauf werden wir zurückkommen.

Wie sich die Lohnsteuer nach dem neuen Tarif errechnet.

In den Tabellen ist neben den pauschalen Freibeträgen noch ein Freibetrag für einen Bausparvertrag mit einer Beitragshöhe von 3 % des Bruttolohns eingerechnet. Deshalb fällt die Lohnsteuer in den Tabellen geringfügig niedriger aus als bei den nebenstehenden Beispielen.

1 000 DM	Bruttolohn
- 40 DM	Arbeitnehmerfreibetrag
- 20 DM	Sonderausgabenpauschale
- 160 DM	Vorsorgepauschale
- 47 DM	Werbungskosten
733 DM	zu versteuerndes Einkommen
- 250 DM	Grundfreibetrag
483 DM	davon 22 % ergibt
106,26 DM	Lohnsteuer

2 000 DM	Bruttolohn
- 40 DM	Arbeitnehmerfreibetrag
- 40 DM	Sonderausgabenpauschale
- 320 DM	Vorsorgepauschale
- 47 DM	Werbungskosten
1 533 DM	zu versteuerndes Einkommen
-500 DM	Grundfreibetrag
1 033 DM	davon 22 % ergibt
227,26 DM	Lohnsteuer
-120 DM	Kindergeld
107,26 DM	bleibt zu zahlen

Der kapitalistische Staat ist teuer und lastet doppelt drückend auf den Volksmassen

Fast 25 % aller erzeugten Güter gehen in den Erhalt und die Aufwendungen des Staatsapparates. Warum ist der kapitalistische Staat so teuer? Fragt man Regierung und Kapitalisten, so sind sie schnell mit der Antwort. Die Erhöhung der Personalausgaben ist für sie der Grund für das ständige Anwachsen des Staatshaushalts. Und gerne wird dann auf die Lohnforderungen des öffentlichen Dienstes verwiesen und damit versucht, einem Teil der Lohnabhängigen selbst, die ja die Steuerlast im Wesentlichen tragen, in die Schuhe zu schieben. Die Personalausgaben sind aber im wesentlichen gestiegen, weil die Höhe und die Anzahl der Spitzengehälter im Staatsapparat gewaltig zugenommen haben. Das fängt an bei den Diäten der Minister, Staatssekretäre und Abgeordneten und geht weiter über die steigenden Gehälter der höheren Ministerialbeamten. So ist jüngst im Fernsehen gezeigt worden, daß die Stellenvermehrung im Bereich der höheren Beamten sprunghaft ausgeweitet wurde, während im unteren Beamtenbereich Stellen eingespart werden. Die oberen Verwaltungsstellen wurden vervierfacht. Und wie sieht es mit den Gehältern oben gegenüber den Gehältern unten aus? Was ist die Gehaltsaufbesserung eines Krankenpflegers, die kaum mit der Inflation Schritt hält, gegen die Erhöhung der Abgeordnetendiäten und Ministerpensionen?
Zweitens ist festzustellen, daß die reinen Verwaltungsausgaben in diesem kapitalisten Staat sprunghaft ansteigen. Ein Beispiel dafür ist die Gebietsreform. Man sagte, sie müsse erfolgen, um die Verwaltung zu vereinfachen. In einer Untersuchung über den Großraum Bonn ist jüngst festgestellt worden, daß die Verwaltungsausgaben jährlich nach der Gebietsreform und Zusammenlegung von Gemeinden um 70 % gestiegen sind, während die Ausgaben bei nichtreformierten Gemeinden um 5 % stiegen.
Drittens die Ausgaben für den staatlichen Unterdrückungsapparat. Der Aufbau des Bundesgrenzschutzes zu einer Bürgerkriegsarmee, der Ausbau des Verfassungsschutzamtes, der Aufbau mobiler Einsatzkommandos, der Ausbau der Datenerfassung und schließlich die sogenannten "Verteidigungslasten".
Der kapitalistische Staat lastet doppelt auf dem Volk, einmal dadurch, daß das arbeitende Volk immer mehr ausgeplündert wird, zweitens dadurch, daß der Staatsapparat, der mit den aus dem arbeitenden Volk gepreßten Steuergeldern errichtet und ständig vergrößert wird, immer stärker das Volk unterdrückt, überwacht und in seiner Freiheit beschränkt. Wozu dient dieser Staatsapparat, der schwer auf dem Volk lastet und immer mehr ausgebaut wird? Dieser gewaltige Staatsapparat ist der Gewaltapparat der Kapitalistenklasse gegenüber dem Volk und gegenüber anderen Völkern. Er ist für die Kapitalistenklasse nötig, weil die Kapitalistenklasse als kleine Klasse die gewaltige Mehrheit des Volkes ausbeutet. Die Kapitalistenklasse hat es nötig, sich besondere bewaffnete Formationen gegenüber dem Volk zu halten. Sie hat es nötig, sich mit einem Heer von Beamten gegenüber dem Volk auszurüsten, das dem Volk jede gesellschaftliche und politische Initiative aus der Hand nehmen soll. Damit wird das öffentliche Leben des Volkes, soweit es nicht in der unmittelbaren Ausbeutung am Arbeitsplatz unter dem direkten Kommando der Kapitalisten steht, in den engen Rahmen dieser Verwaltung und Bevormundung durch den Staatsapparat gepreßt.
Nicht nur die unmittelbaren Gewaltorgane, Polizei, Justiz und Militär unterdrücken das Volk. Auch die sogenannten "zivilen Dienste" des Staates sind Mittel der Niederhaltung des Volkes und der Gewährleistung von Ausbeutungsbedingungen für die Kapitalisten. Gerade weil der kapitalistische Staat ein vom Volk getrennter und gegen das Volk gerichteter Gewaltapparat der Kapitalistenklasse ist, gerade deshalb ist er auch so teuer und lastet immer drückender auch auf den materiellen Lebensbedingungen des Volkes.
Diesen Argumenten werden die bürgerlichen Politiker entgegenhalten, daß der Staat doch die Schulen und Krankenhäuser halte, die Post und die Bahn unterstütze usw. Aber gerade dadurch, daß der Staat diese "Dienste" in der Hand hält, sind sie einerseits so, daß sie den Bedürfnissen des Volkes nicht gerecht werden, sind sie so organisiert, daß immer einige Kapitalisten sind daran gesund stoßen, und daß andererseits die Interessen des Volkes durch eine Verwaltung dieser Dienste abgeblockt werden, durch eine Verwaltung, die zudem noch den größten Aufwand für sich in Anspruch nimmt. Was kostet zum Beispiel die Sozialversicherung allein an Verwaltung gegenüber den Diensten, die sie den Lohnabhängigen bringt! Ganz anders steht es für die Kapitalisten. Für sie hält der kapitalistische Staatsapparat nicht nur die kapitalistische Ordnung aufrecht, sie müssen dafür noch zudem weniger zahlen, als ihnen unmittelbar durch Staatsaufträge und Subventionen wieder zukommt. Ihnen dient die Steuerausplünderung der Lohnabhängigen zur Aufrechterhaltung eines Apparats von Militärs, Richtern, Staatsanwälten, Politikern und Verwaltungsbeamten, die das Geschäft der Kapitalisten betreiben und mit denen die Kapitalisten ihre Geschäfte treiben können.
Demgegenüber wird der proletarische Staat, den die Arbeiterklasse zusammen mit den breiten Volksmassen erkämpft, ein billiger Staat sein und ein Instrument der Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung. Er wird gewährleisten, daß das Volk die Verwaltung seiner Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen kann. Es ist offensichtlich, daß die Beseitigung des kapitalistischen Staatsapparates, der dem Volk doppelt im Nacken sitzt, durch die Mittel, die er verschwendet, und die dem arbeitenden Volk abgepreßt werden und durch die Bevormundung und Unterdrückung, die er gegen das Volk ausübt – daß die Beseitigung dieses Parasitenstaates unerläßliche Bedingung ist, um das Joch der Ausbeutung der Massen durch einige Wenige abzuschütteln. Die Zusammenfassung der Volksmassen unter den Forderungen gegen die Ausplünderung durch den kapitalistischen Staat ist ein wichtiger Schritt zur Erreichung dieses Zieles. Die Forderung "Weg mit allen indirekten Steuern, ausschließliche progressive Besteuerung von Vermögen, Einkommen und Erbschaft" zeigt die Perspektive für den Kampf an einem Punkt, wo die gerechte Empörung der Volksmassen immer stärker wird und wo die Volksmassen immer stärker zu spüren bekommen, daß dieser Staat ihnen auf dem Nacken sitzt und beseitigt werden muß.

– b.b. –

Arbeitsunfälle

BERICHT AUS HAMBURGER KRANKENHAUS

Hamburg. Ich arbeite seit einem Jahr als Nachtwache in einem Hamburger Unfallkrankenhaus, wo ich die Krankenschwester bei der Pflege und Überwachung schwerkranker Patienten unterstütze.

In den letzten Monaten ist mir aufgefallen, daß die Zahl der schweren Arbeitsunfälle enorm zugenommen hat. Auf unserer Station (Intensivpflege) haben wir es vorwiegend mit Hafen- und Werftarbeitern zu tun, die sich verletzen bei Explosionen, Verladearbeiten oder in Luken oder von Gerüsten fallen und sich Schädelbrüche u. a. zuziehen. Daß Schädelbrüche in 80 % aller Fälle tödlich ausgehen, ist vielleicht bekannt.

Die Kollegen, die überleben, berichten mir übereinstimmend, daß all diese Unfälle nicht deshalb passieren, weil sie so unvorsichtig sind, sondern weil die Arbeitshetze zunimmt und sie zu Überstunden gezwungen werden.

Vor kurzem starb ein Arbeiter, dem beim Entladen eines Schiffes eine Kiste in den Bauch geschlagen war, und dem ein Teil des Darms herausoperiert werden mußte. Als Todesursache kam hinzu eine Lungenkrankheit – Silikose –, die er sich während der Nachkriegszeit im Ruhrbergbau geholt hatte. Obwohl er mehrmals auf diese Krankheit hingewiesen hatte, wurde es nicht richtig ernst genommen und er wurde zu spät darauf behandelt.

Ein anderer Arbeiter war von einem Papierballen getroffen worden, der von der Hiewe fiel. Beide Arbeiter meinten: "Die meisten von uns arbeiten oft 2 Schichten am Tag, das ist noch gar nichts. Aber was soll man machen, die Familie will ja auch leben!" Durch die lange, anstrengende Schufterei im Hafen sind die Kollegen dann übermüdet und eine kleine Unachtsamkeit genügt, um schwere oder tödliche Verletzungen davonzutragen.

Mitten in eine Werbekampagne der Howaldt Werft ("HDW heißt Sicherheit") geschah vor einiger Zeit ein schweres Unglück. Auf dem Werk Ross explodierte ein Tank und 13 Arbeiter mußten ins Krankenhaus. Einer dieser Arbeiter, der dabei schwere Verletzungen erlitt und tagelang in Lebensgefahr schwebte, meinte zu der Ursache des Unglücks: "Von allen Seiten werden wir angetrieben: Das Schiff muß raus, das Schiff muß raus! Und dann wird geschweißt, obwohl die Farbe noch nicht trocken ist und schon ist es passiert. Ein Wunder, daß auf HDW nicht zweimal am Tag so ein Ding in die Luft fliegt!"

Vor kurzem habe ich gehört, daß die Arbeiter der Howaldt-Werft einen Neuen als erstes darin einweisen, wie man von einem abfallenden Gerüst möglichst geschickt abspringt!

Ich meine, daß diese Beispiele deutlich genug zeigen, daß das Gerede der Kapitalisten über die "leichtsinnigen Arbeiter" einfach eine Unverschämtheit ist!

Zu den Interessen der Ärzte wollte ich noch folgendes sagen: Nicht alle Ärzte haben "keine selbständigen Interessen außer Karriere- und Gewinnsucht", wie es R.S. in der KVZ Nr. 15 schrieb, obwohl es für einen großen Teil sicherlich zutrifft.

Viele gerade der jungen Ärzte gehen von dem Anspruch aus, irgendwie "ein guter Arzt" zu werden. Doch das können sie nur, wenn sie im Kranken nicht "den Schädel", "die Niere", "das Becken" usw. sehen, sondern sich mit der Arbeiterklasse gemeinsam einsetzen für Verhältnisse, in denen die Arbeiter nicht ständig um ihr Leben fürchten müssen. Bücher und Berichte über die Fortschritte der Medizin und der Volksgesundheit in China zeigen anschaulich, daß erst im Sozialismus die Wissenschaft wirklich im Interesse der Arbeiterklasse und des Volkes genutzt werden kann. Das Buch von Horn "Arzt in China" sowie die Broschüre des KBW zum Betriebsgesundheitswesen habe ich schon ein paarmal verliehen und mit meinen Kolleginnen diskutiert.

Heute müssen wir uns einsetzen für ein Verbot der Akkord- und Schichtarbeit, der Überstunden, was Schuld ist an den vielen Arbeitsunfällen und nur der Profitgier der Kapitalisten nützt.

S.G., SSG, Soz/Pol Zelle

Wer gut putzt, wird Krankenschwester

Eine der Voraussetzungen für den Eintritt in die Krankenpflegeschule ist die Vollendung des 17. Lebensjahres. Und da meist auch eine hauswirtschaftliche Tätigkeit oder Schule Vorbedingung ist, hat man an einigen Krankenhäusern Pflegevorschulen eingerichtet. Begründet wird das damit, daß zu junge Mädchen, d.h. die unter 17 Jahren alt sind, die Anforderungen auf den Stationen noch nicht verkraften könnten, also darauf vorbereitet werden müßten. Das Alice-Hospital hat sich hierbei etwas ganz Besonderes einfallen lassen:

Die Vorschülerinnen sind an verschiedenen Orten eingesetzt, wie z.B. Alice-Heim, Großküche und Schwesternhaus. Die Hauptarbeit besteht aus Putzen, womit das Alice-Hospital die besser bezahlten Putzfrauen einspart. So sieht ihre Vorbereitung auf den Pflegeberuf aus.

Die Arbeitszeit richtet sich je nach Einsatzort. Im Alice-Heim, dem Schwesternaltersheim, sieht es folgendermaßen aus:

Arbeitsbeginn ist um 7 Uhr und Feierabend um 18.30 Uhr, dazwischen liegen eine halbe Stunde Frühstückspause und 4 Stunden Mittagsruhe. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 42 Stunden, davon sind 7 Stunden Berufsschulunterricht. Manchmal müssen die Mädchen vor und nach der Schule arbeiten und bei besonderen Anlässen Überstunden bis 22 Uhr machen. Oft fällt der Vorschulunterricht auch in die Freistunden.

Das Taschengeld richtet sich nach Alter: 15-jährige erhalten 50 DM, 16-jährige 60 DM und 17-jährige, die noch nicht in der Krankenpflegeschule sind, 100 DM, und das alles im Monat.

An ihrem 17. Geburtstag bekommen die Mädchen eine Haube auf den Kopf gesetzt und werden auf die Patienten losgelassen.

Jetzt bekommen sie die 100 DM im Monat und verrichten die gleiche Arbeit wie Schwesterschülerinnen, also im Wesentlichen Putzen, sind aber noch nicht in die Krankenpflegeschule aufgenommen. Wenn der Pflegekurs beginnt und sie aus der Vorschule entlassen werden, bekommen die Mädchen ein Zeugnis ausgestellt, ob sie sich für den Krankenpflegeberuf eignen. Nach Ansicht der Pflegeleitung heißt das: Wer gut putzen kann, kann auch eine gute Krankenschwester werden.

– B. –

»Einstellungs-untersuchung«

Nachdem ich schon seit über einem halben Jahr bei der Texaco arbeite, wurde ich jetzt (schon!) zur Einstellungsuntersuchung gerufen.

Ich ging also zu Dr. Meyer. Aber nicht in seine Praxis, wie man meinen sollte, denn dort hat er ja seine Geräte und Apparaturen, sondern in unseren Vortragsraum. Vor den Tischen und Stühlen lief die Untersuchung so ab: eine (eine!) Kniebeuge machen, bei geschlossenen Augen mit dem Zeigefinger auf die Nase tippen, der Blutdruck wurde gemessen, die Lunge etwas ausgehorcht und der Reflex unterhalb der Kniescheibe getestet. Schluß.

Was hat der Arzt jetzt festgestellt? Daß sich meine Knie bewegen können, daß ich meine Nase auch im Dunkeln finde, daß sich meine Lungen auf wundersame Weise mit Luft füllen, denn nicht mal in den Hals hat er geguckt, daß der Blutdruck normal ist, meine Reflexe sind es nicht. Genial!

Soweit ich weiß, sind meine Kollegen auch nicht anders untersucht worden, wenn es überhaupt zu einer Untersuchung gekommen ist.

– G.Z., Hamburg –

Finger abgestanzt – Kollege als gesund gemeldet

In diesem Monat erlitt ein Kollege im Bosch-Betrieb Göttingen einen Unfall, bei dem er sich den vorderen Teil eines Fingers abstanzte. Der Unfall geschah, als der Kollege ein neues Teil in die dafür vorgesehene Halterung an einer Presse einlegen wollte. Dieses gelang ihm aus irgend einem Umstand nicht richtig. Als er versuchte, den Fehler zu korrigieren, kam er durch Zufall an den Fußschalter, der die Presse auslöste und ihm ein Glied seines Fingers abstanzte.

Unfälle dieser Art ereignen sich häufiger bei Bosch. Die Hauptursache dafür ist die steigende Arbeitshetze und die mangelhaften Sicherheitsvorkehrungen. So war es auch in diesem Fall nicht das persönliche Pech und auch nicht die Ungeschicklichkeit des Kollegen, die zu dem Unfall geführt haben. Die beiden Handschalter der Presse waren nämlich ausgeschaltet, so daß man sie nur mit dem Fußschalter betätigen konnte. Man macht das, um wertvolle Sekundenbruchteile sparen zu können. Sieht man sich die Vorgabezeiten in der Stanzerei an, so weiß man, wo die Ursachen für diese Maßnahmen liegen.

Besonders empörend ist jedoch, was nach dem Unfall geschah! Nachdem der Verunglückte in der Klinik behandelt worden war, kehrte er noch einmal zurück, um seine Sachen zu holen. In der Klinik hatte man ihn erst einmal für 4 Wochen krank geschrieben. Bei seiner Rückkehr in die Werkstatt sah ihn der Meister und sagte ihm, daß er am Freitag wiederkommen solle (am Dienstag ereignete sich der Unfall). Er solle nur seine Karte stempeln, brauche aber nicht zu arbeiten. Wie in allen ähnlich gelagerten Fällen bei Bosch stand hinter dieser Aufforderung eine offene Drohung. Denn niemand kommt freiwillig zur Arbeit, wenn er krankgeschrieben ist. Doch wenn man sich weigert zu kommen, hat man mit kleineren oder größeren Unannehmlichkeiten zu rechnen. Schon bei der Einstellung macht einen der Sicherheitsingenieur mit dieser bei Bosch üblichen Praxis "vertraut". So sieht man auch bei Bosch öfter Kollegen, die sich z.B. den Fuß verstaucht haben oder die Hand verletzt haben, keiner Arbeit nachgehen können, aber trotzdem im Werk herumlaufen.

Aus welchem Grund werden die Kollegen dazu gezwungen? Bei Unfällen, die zu mehr als 3 Tagen Arbeitsunfähigkeit führen, wird das Krankengeld von der Berufsgenossenschaft gezahlt. Je mehr die Berufsgenossenschaft jedoch zahlen muß, desto höhere Versicherungsprämien muß Bosch an die Berufsgenossenschaft zahlen. Außerdem fürchten die Kapitalisten sicherheitstechnische Untersuchungen durch die Berufsgenossenschaft. Dann nämlich müßten sie noch einen längeren Stillstand der betreffenden Maschine in Kauf nehmen.

Es ist also nichts dran an den Beteuerungen des Sicherheitsingenieurs, daß Bosch zu den Betrieben mit wenig Unfällen gehört. Das ist glatter Betrug, der auf die eben geschilderte Weise zustandekommt.

KBW-Zelle
Bosch Göttingen

für ist die steigende Arbeitshetze und die mangelhaften Sicherheitsvorkehrungen. So war es auch in diesem Fall nicht das persönliche Pech und auch nicht die Ungeschicklichkeit des Kollegen, die zu dem Unfall geführt haben. Die beiden Handschalter der Presse waren nämlich ausgeschaltet, so daß man sie nur mit dem Fußschalter betätigen konnte. Man macht das, um wertvolle Sekundenbruchteile sparen zu können. Sieht man sich die Vorgabezeiten in der Stanzerei

zu arbeiten. Wie in allen ähnlich gelagerten Fällen bei Bosch stand hinter dieser Aufforderung eine offene Drohung. Denn niemand kommt freiwillig zur Arbeit, wenn er krankgeschrieben ist. Doch wenn man sich weigert zu kommen, hat man mit kleineren oder größeren Unannehmlichkeiten zu rechnen. Schon bei der Einstellung macht einen der Sicherheitsingenieur mit dieser bei Bosch üblichen Praxis "vertraut". So sieht man auch bei Bosch öfter Kollegen, die sich z.B.

suchungen durch die Berufsgenossenschaft. Dann nämlich müßten sie noch einen längeren Stillstand der betreffenden Maschine in Kauf nehmen.

Es ist also nichts dran an den Beteuerungen des Sicherheitsingenieurs, daß Bosch zu den Betrieben mit wenig Unfällen gehört. Das ist glatter Betrug, der auf die eben geschilderte Weise zustandekommt.

KBW-Zelle
Bosch Göttingen

Arbeitsschinderei wegen Urlaub

Ich arbeite bei Robert Kling in Oberbiel (Wetzlar), einer Kugellagerfabrik. Zur Zeit müssen wir ganz schön Überstunden machen, was ein furchtbarer Schlauch ist. Ein großer Teil der Kollegen ist in Urlaub, Kling denkt gar nicht daran, deshalb Produktionseinbussen (und Profiteinbussen) hinzunehmen. Die "Übriggebliebenen" müssen halt um so mehr schaffen. Viele arbeiten von sechs bis sechs

zwölf Stunden ertragen.

Die meisten machen die Extraüberstunden, weil sie praktisch dazu gezwungen sind. Der normale Lohn reicht hinten und vorne nicht. Das nutzt Kling natürlich weidlich aus und da brauchen die Meister gar keinen großen Druck hinter das Überstundenangebot zu setzen. Dazu kommt noch, daß auch vom Geld her keiner gerne Überstunden macht.

Arbeitsschinderei wegen Urlaub

Ich arbeite bei Robert Kling in Oberbiel (Wetzlar), einer Kugellagerfabrik. Zur Zeit müssen wir ganz schön Überstunden machen, was ein furchtbarer Schlauch ist. Ein großer Teil der Kollegen ist in Urlaub, Kling denkt gar nicht daran, deshalb Produktionseinbussen (und Profiteinbussen) hinzunehmen. Die "Übriggebliebenen" müssen halt um so mehr schaffen. Viele arbeiten von sechs bis sechs oder von zehn bis zehn, viele auch am Samstag. Die Empörung unter den Kollegen ist groß, denn jeder merkt, daß er sich damit auf die Dauer kaputt macht. In der Ringschleiferei z. B. gibt es keine Absauganlagen. Dauernd hat man den Gestank vom Kühlwasser und der Schmierung in der Nase, vom Schleifstaub kriegt man auch seinen Teil ab, und wenn die Sonne ordentlich aufs Dach knallt, ist in der Halle eine ziemliche Hitze. Dazu kommt noch der ständige Lärm von den Schleifmaschinen. Das ganze müssen wir jetzt statt acht zwölf Stunden ertragen.

Die meisten machen die Extraüberstunden, weil sie praktisch dazu gezwungen sind. Der normale Lohn reicht hinten und vorne nicht. Das nutzt Kling natürlich weidlich aus und da brauchen die Meister gar keinen großen Druck hinter das Überstundenangebot zu setzen. Dazu kommt noch, daß auch vom Geld her keiner gerne Überstunden macht, denn die Steuern fressen einen Großteil des zusätzlichen Verdienstes gleich wieder auf. Wenn man das umrechnet, hat man mit Überstunden einen niedrigeren Nettostundenlohn als bei Normalstundenzahl.

Die Überstundenklopperei gehört verboten, denn daran verdienen nur die Kapitalisten und der Staat. Wir Arbeiter ruinieren nur unsere Gesundheit dabei. Dazu muß aber auch der Stundenlohn kräftig erhöht werden, damit man keine Überstunden mehr zu machen braucht.

AB., Wetzlar

Gegendarstellung

Brief der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Kreisverband Paderborn, Vorsitzender, an die Redaktion der Kommunistischen Volkszeitung

Betrifft: Ihren Artikel "GEW Paderborn" vom 24.7.74

Der Vorstand hat einstimmig die folgende Gegendarstellung beschlossen, die ich unter Hinweis auf die presserechtlichen Bestimmungen in Ihrer nächsten Ausgabe bitte zu veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Weh, Vorsitzender

Gegendarstellung
zum Artikel "GEW Paderborn" in der Kommunistischen Volkszeitung vom 24.7.74

Der Vorstand des Kreisverbandes Paderborn der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) distanziert sich von genanntem Artikel und erklärt:

1. **Es ist unwahr, daß es sich um einen Beschluß der Kreisversammlung der GEW Paderborn handelt. Richtig ist, daß dies die Meinungsäußerung von 9 Studenten der Gesamthochschule Paderborn darstellt.**
2. **Die Beschlußfassung einer solchen Erklärung ist satzungswidrig und daher ungültig.**
3. **Der Kreisverband Paderborn der GEW geht mit dem Kommunistischen Bund Westdeutschland in der Sache Routhier keinerlei Aktionsgemeinschaft ein.**
4. **Die Veröffentlichung des genannten Artikels geschah ohne Wissen und Billigung des Kreisvorstandes.**
5. **Nach den Unvereinbarkeitsbeschlüssen des DGB und der GEW wird sich der Kreisverband Paderborn von jeglicher Aktionseinheit mit dem KBW fernhalten.**
6. **Alle Mitglieder der GEW im Geltungsbereich des Kreisverbandes Paderborn, die dennoch Aktionseinheiten mit dem KBW eingehen, müssen mit einem Ausschlußverfahren rechnen.**

Der Vorstand des Kreisverbandes
Paderborn der GEW
i.A. Weh

Das Maß ist voll!

KOLLEGE STIRBT BEI KLÖCKNER-HUMBOLDT-DEUTZ

Köln. Wie rücksichtslos das Kapital auch über Leichen geht, wenn es der Profit erfordert, zeigt der Tod des Arbeiters Heinz Dreis, der bei Klöckner-Humboldt-Deutz (KHD) als Bohrer beschäftigt war. Er starb am 3.August im Krankenhaus an Herzinfarkt im Alter von 58 Jahren.

Heinz Dreis war ein älterer Kollege und machte trotzdem täglich seine 10 Stunden Akkord und arbeitete auch am Samstag. Dazu kam die Arbeitshetze bei KHD, die aufgrund der vollen Auftragsbücher ständig gesteigert wird. Er arbeitete 10 Stunden, weil er seinen Arbeitsplatz behalten wollte. Denn wer seinen Akkord nicht mehr schafft, der verliert seinen Arbeitsplatz, wird durch einen jüngeren ersetzt und bekommt eine schlechter bezahlte Arbeit zugewiesen. Das wußte auch Heinz Dreis und deshalb machte er trotz seines Alters noch so viele Stunden.

Am Dienstag, 26.7. ging Heinz Dreis zum Werksarzt, weil ihm schlecht war. Doch der meinte nur, er solle nicht mehr so viel rauchen, gab ihm ein paar Tabletten und schickte ihn wieder zur Arbeit.

Am Samstag morgen wurde ihm auf dem Weg zu seinem Arbeitsplatz wiederum schlecht. Er schleppte sich zum Sanitätsraum. Dort saß er auf der Wartebank und kein Sanitäter kümmerte sich um ihn. Weil ihm übel wurde, ging er zur Toilette. Dort fand ihn ein Kollege, zusammengebrochen. Der Kollege alarmierte sofort den Krankenwagen.

Zu diesem Zeitpunkt war noch immer kein Sanitäter aufzutreiben und der Fahrer des Krankenwagens hat keine medizinischen Kenntnisse. Der Krankenwagen besitzt zwar ein Sauerstoffgerät, aber der Fahrer kann es nicht anschließen. Im Krankenhaus angekommen, nimmt die Schwester zuerst die Personalien auf. Erst als Heinz Dreis blau angelaufen ist, alarmiert sie den Arzt. Doch es ist zu spät. Heinz Dreis ist tot.

Dieser Todesfall hat unter den Kollegen von Heinz Dreis große Empörung hervorgerufen. Diese Empörung ist völlig gerecht. Denn der Tod von Heinz Dreis geht auf zwei Konten: Einmal auf die Schinderei bei KHD, auf die Schinderei im kapitalistischen Arbeitsprozeß. Da zählt ein Leben nicht viel, der Profit ist alles. Zum anderen auf die miserable werksärztliche Versorgung bei KHD. Werksärzte sind im Kapitalismus dazu da, die Arbeiter wieder an die Arbeit zu schicken. Sie mit Pillen solange fit zu halten, wie es nur irgendwie geht. Erst wenn du auf Krücken ankommst, besteht die Chance, nach Hause geschickt zu werden. Genau so hat auch der verantwortliche Werksarzt gehandelt. Er schob am Dienstag voriger Woche alles aus das Rauchen ab und dagegen gibts ja Pillen. Am Samstag war der Werksarzt erst gar nicht da. Denn samstags hat er keinen Dienst. Keinen Dienst hat er auch in der Nacht und nach dem Feierabend der Angestellten. Alles Zeiten also, wo viele Kollegen noch arbeiten. Der Sanitäter war nicht aufzutreiben. Der Krankenwagenfahrer war nicht ausgebildet. Unter diesen Bedingungen wird es auch weiterhin bei KHD Tote geben. Heinz Dreis könnte noch leben, wenn die werksärztliche Versorgung an den Interessen der Arbeiter ausgerichtet wäre. Damit sie das aber ist, muß die werksärztliche Versorgung in die Hand der Arbeiter und Angestellten kommen. Deshalb fordert der KBW: "Übergabe der Kontrolle über die Sicherheit der Belegschaft und über das betriebliche Gesundheitswesen an den Betriebs- bzw. Personalrat. Überbetriebliche Überwachung des Arbeitsschutzes durch die Gewerkschaften und die selbstverwalteten Sozialversicherungen. Auswahl und Einstellung des gesamten Sicherheits- und Sanitätspersonals ausschließlich durch den Betriebs- bzw. Personalrat. Bestreitung der Kosten durch die Kapitalisten; sofern es sich um staatliche Betriebe oder Einrichtungen handelt, durch den Staat."

KHD-Zelle

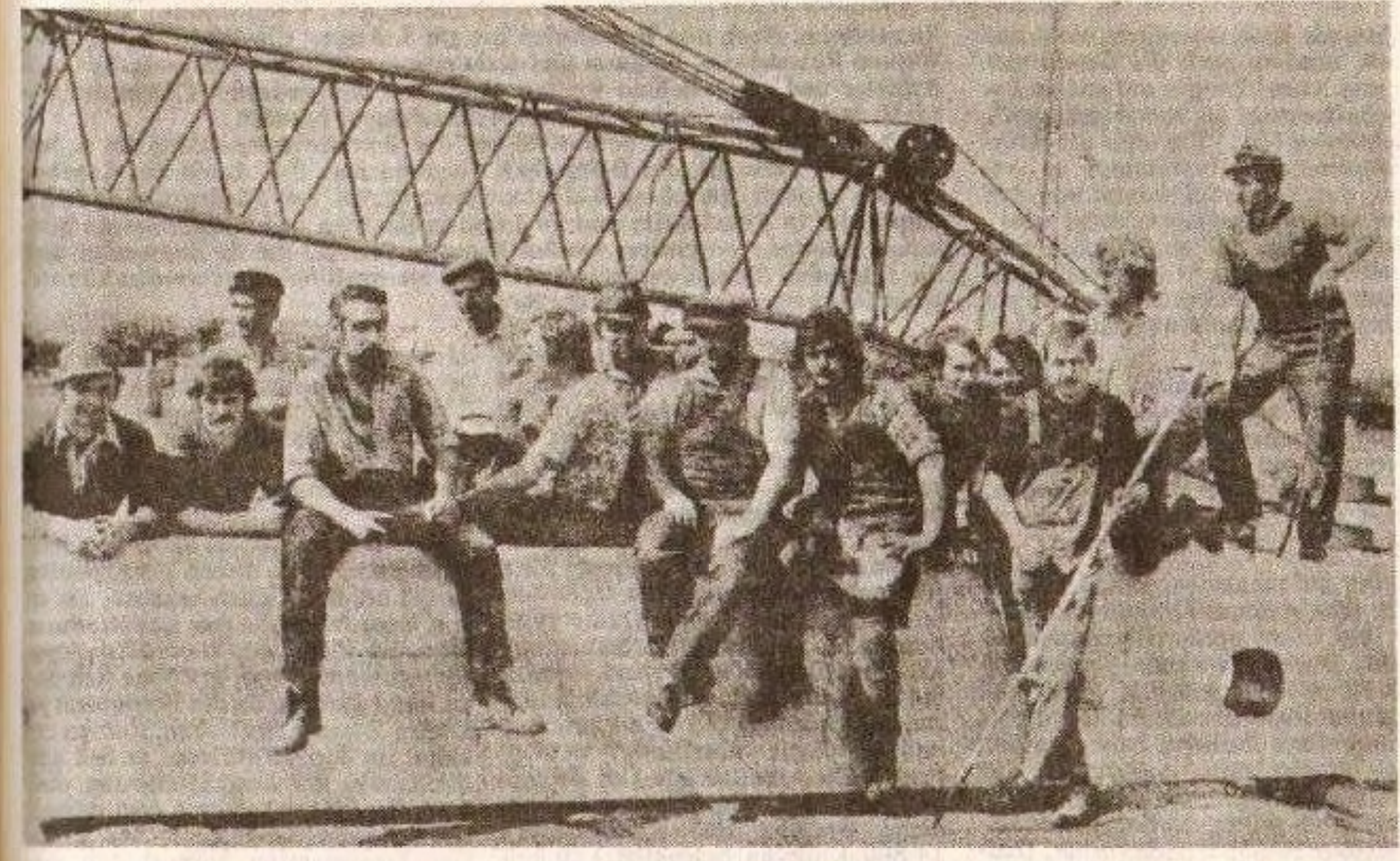
Kommentar

Laut Bericht von Paderborner GEW-Mitgliedern, die an der fraglichen Sitzung teilgenommen haben, ist die Sitzung am 19.7. ordnungsgemäß als Mitgliederversammlung einberufen worden. Nicht erschienen war dort freilich der Vorstand des Kreisverbandes Paderborn bis auf den Schriftführer, der als stimmberechtigtes Vorstandsmitglied das Recht hatte, die Mitgliederversammlung zu eröffnen und deren Beschlußfähigkeit festzustellen, was er auch getan hat. Angekündigtes Thema dieser Mitgliederversammlung war die Beratung der Beschlüsse der Mainzer Bundesdelegiertenversammlung der GEW. Die Beschlüsse auf dieser keineswegs nur von Studenten besuchten Sitzung sind einstimmig gefaßt worden. Es wurde nicht beschlossen, eine Aktionseinheit mit dem KBW zu schließen, sondern die anwesenden GEW-Mitglieder haben sich anläßlich eines konkreten Falles gegen die Einschränkung der Pressefreiheit ausgesprochen.

Reda ktion der KVZ

Bis hier her und nicht weiter

KOLLEGEN VERHINDERN AUSLIEFERUNG VON FERTIGTEILEN



Neermoor/Emden. Am 14.August verhinderten Arbeiter der Firma Elementbau in Neermoor die Auslieferung von Fertigteilen. Zu diesem Zweck bauten sie Betonbarrieren und legten den großen Kran der Firma um. Die Firma war kurz zuvor an einen neuen Besitzer verpachtet worden und der alte Inhaber hatte den Kollegen noch keinen Pfennig von den von Anfang Juli an ausstehenden Löhnen gezahlt. Ein Sprecher der Kollegen stellte klar, daß der alte Besitzer so versuche, die Anmeldung des Konkurses zu verzögern und auf diese Weise die Kollegen um ihren Lohn zu prellen. Denn bei Anmeldung eines Konkursverfahrens wird nur drei Monate nachgezahlt und diese Frist läuft am 31.August ab!

Nachdem am 14.8. auf Betreiben der Kollegen beim Amtsgericht Leer nachgefragt wurde, hieß es, es sei noch keine Entscheidung über diesen Fall getroffen worden.

Selbst die Lokalzeitung schaffte es zunächst nicht, die ehemaligen Geschäftsführer der Firma zu Gesicht zu bekommen. Derweil ging in Neermoor das Gerücht um, einer der ehemaligen drei Geschäftsführer sei dabei, nach Persien abzureisen. Schließlich meldete sich doch noch einer der drei und erklärte, die Geschäftsführer hätten ihr gesamtes Vermögen verloren und könnten also nicht zahlen. Während jetzt die Kollegen um ihren Lohn geprellt werden sollen, befinden sich auf der anderen Seite auf dem Kran und auf Lastwagen der Firma schon Aufkleber, die die Kreis- und Stadtsparkasse als neuen Besitzer ausweisen! Ein Kollege sagte dazu: "Die Kleinen sollen bluten!" Aber die Kollegen haben durch ihre Aktion gezeigt, daß sie nicht bereit sind, sich auf solche Weise ihren hartverdienten Lohn wegnehmen zu lassen.

Ein ähnlicher Fall war wenige Tage vorher in Leer passiert. Arbeiter der Möbelfirma Schulte hatten den Betrieb am 12.8. besetzt, nachdem der Besitzer am Wochenende versucht hatte, heimlich ohne Rechnung und Lieferschein Möbel zu verkaufen. Erst nachdem die Kollegen von sich aus aktiv geworden waren und den Betrieb besetzt hatten, schritt das Amtsgericht ein und erließ ein "allgemeines Veräußerungsverbot" gegen die Firma. Inzwischen haben die Kollegen die Betriebsbesetzung aufgegeben und sich arbeitslos gemeldet.

KG Emden

Doppelt macht teurer

ARBEITSHETZE FÜHRT ZU RAMSCHPRODUKTION

Osnabrück. Seit mehreren Wochen werden bei Karmann-Osnabrück 110 Sciroccos pro Schicht hergestellt. In nächster Zeit sollen 125 Sciroccos pro Schicht hergestellt werden. Da die Arbeitshetze so enorm gestiegen ist, haben die Kollegen Mühe, mit den geforderten Arbeiten mitzukommen. Treten zusätzliche Arbeiten auf (z. B. bei amerikanischen, italienischen oder schwedischen Typen), können die Kollegen diese zusätzlichen Arbeiten in der geforderten Zeit nicht mehr schaffen, und müssen um Hilfe bitten. Durch das schnelle Bandtempo werden hin und wieder einige Arbeiten am Scirocco ausgelassen, die anschließend am Reparaturband nachgeholt werden müssen.

Daß sich diese Arbeitshetze auch auf die Qualität der Arbeit auswirkt, dürfte wohl klar sein. Durch falsche Planung müssen Kollegen Teile einbauen, die anschließend wieder ausgebaut und durch andere neue Teile ersetzt werden. So wurden z. B. Türgummis ohne Profilstück eingebaut und anschließend von Kollegen, die Überstunden machten, durch Türgummis mit Profilstück ersetzt. Kabelanschlüsse werden eingebaut, um anschließend durch neue Stecker und Leitungen ersetzt zu werden. Bei amerikanischen Scirocco-Typen wurden Kühler eingebaut, die nachher wieder rausgerissen wurden, weil sie falsch und die dafür vorgesehenen Kühler nicht vorhanden sind. Daß diese an sich unnötigen Arbeiten den Scirocco teuerer werden lassen, ist klar. Darum ist es nicht verwunderlich, daß der Scirocco wieder um 5 % teuerer geworden ist. Die Kapitalisten wissen ganz genau, was bei uns im Akkord für Ramsch gebaut wird. Trotzdem verkaufen sie den Scirocco zum größtmöglichen Profit.

Bei den amerikanischen Scirocco-Typen fällt noch mehr Arbeit an als bei den anderen Typen. Diese zusätzlichen Arbeiten sind aber auf den Akkordplänen nicht berücksichtigt worden. Z. B. müssen in den amerikanischen Modellen zusätzlich auch hinten 2 Sicherheitsgurte eingebaut werden. Daß die Gurteeinbauer dadurch mehr Arbeit aufbringen müssen, ist klar. Bei diesen noch vereinzelt vorkommenden Scirocco-Typen laufen dann auch gleich alle Vorarbeiter und Meister zusammen und geben sich alle Mühe, damit der Wagen auch ja gut zusammengebaut wird. Da der Scirocco in Amerika groß auf den Markt kommen soll, ist es nicht verwunderlich, daß Karmann sich alle Mühe gibt, damit nur ja gute Wagen dorthin gehen.

Viele werden bestimmt schon die Werbung für den Scirocco gesehen haben. Die Kritiken über den Scirocco in den Motorzeitschriften sind recht gut, aber man muß wissen, daß die dort getesteten Autos besonders gut gefertige Einzelautos sind. Den großen Ramsch kaufen letztenendes wir, die Abnehmer.

Konkret heißt das: Wir Arbeiter in den Automobil-Werken sind gezwungen, durch die Arbeitshetze qualitativ schlechte Autos zu produzieren, und wenn wir uns dann ein Auto kaufen wollen (z. B. den Scirocco), müssen wir für diese qualitativ schlechten Autos unser hartverdientes Geld hergeben.

Betriebszelle Karmann
K.P./K.K.

Der neue Manteltarif - große Löcher für die Kapitalisten

In Nordrhein-Westfalen wird ein neuer Manteltarif für die Eisen-und Stahlindustrie ausgehandelt. Das Ergebnis könnte dem Mantel- bzw. Lohnrahmentarifvertrag II gleichen, wie er seit dem 1.11.1973 in Nordbaden/Nordwürttemberg gilt. Denn diese Verträge wurden auch schon in anderen Tarifbezirken übernommen. Es wird also für die Metallarbeiter in Nordrhein-Westfalen nützlich sein, zu erfahren, ob diese Verträge ein wirksamer Schutzwall gegen verschärftes Arbeitstempo, gegen wachsende Unsicherheit der Arbeitsplätze, gegen die Eintönigkeit der Arbeit sind.

KURZPAUSEN – KEIN ERSATZ FÜR DEN 7-STUNDEN-TAG

Einer der Kernpunkte des Lohnrahmen II ist die Einführung von zusätzlicher Erholzeit für Akkordarbeiter (mindestens 5 Minuten pro Stunde). Mit allerlei Tricks versuchen die Kapitalisten, die Verwirklichung dieser Regelung zu verhindern. Bis heute, ein 3/4 Jahr nach Inkrafttreten des Vertrages, ist diese Pausenregelung in ca. 30 Betrieben noch immer nicht durchgesetzt.

Aber mit Durchsetzung der Pausen hören die Schwierigkeiten nicht auf. BBC Mannheim z. B. will die Akkordarbeit abschaffen und ein Prämienlohnsystem einführen, denn die Kurzpausen gelten nur für Akkordarbeiter. Die betroffenen BBC-Arbeiter hätten dann alle Nachteile der Akkordarbeit, kämen aber nicht in den Genuß der tarifvertaglich geregelten 5 Minuten Pause pro Stunde.

Bei John Deere wird durch Verschärfung des Arbeitstempos die Erholzeit doppelt und dreifach wieder hereingeholt. Es gibt sogar einige, vor allem ausländische Kollegen, die während der Pausen weiterarbeiten müssen, weil sie sonst ihren Akkord nicht schaffen. Was nützt da die Einführung der Kurzpausen, wenn man anschließend umso schlimmer angetrieben wird?

Bei Benz wurde im Bau 3 nach Einführung der Kurzpausen das Motorenband für kurze Zeit auf 138 Motoren herabgefahren, ein paar Leute wurden an das sowieso zu enge Band gestellt und die Produktion auf 150 Motoren erhöht. Inzwischen werden 175 Motoren gefahren, eine Erhöhung auf 200 Motoren ist im Gespräch.

Man sieht, was die Kapitalisten mit der einen Hand geben, holen sie mit der anderen Hand doppelt wieder herein. Die Arbeitswissenschaftler haben nämlich herausgefunden, daß die Einführung von Kurzpausen eine stimulierende Wirkung auf die Arbeiter haben, für die gleiche Arbeit wird weniger Zeit gebraucht. Die Kurzpausen erzeugen im Arbeiter nämlich das Gefühl: "Endspurt, jetzt wird nochmal geklotzt". Dabei wird nicht nur der Pausenverlust wettgemacht, sondern sogar noch die Produktion erhöht.

Über die neue Pausenregelung wurde viel Lobendes gesagt. Zuviel! Die Arbeiter haben keineswegs ein Interesse daran, sich über Pausen noch mehr auspressen zu lassen. Natürlich sind Kurzpausen besser als gar keine Pausen. Aber sie sind kein Ersatz für die Einführung des 7-Stunden-Tages und schon gar kein Ersatz für das Verbot von Akkord und akkordähnlichen Lohnsystemen.

TAKTZEITREGELUNG – ANLASS FÜR AKKORDERHÖHUNG

Durch die Arbeitsteilung wird die Arbeit immer stumpfsinniger. Im Lohnrahmen II heißt es dazu, daß "die Abwechslungsarmut der Beschäftigung durch Aufgabenbereicherung und Aufgabenerweiterungen in ihren ungünstigen Auswirkungen auf den Menschen abzumildern" sei. Was machen daraus die Benz-Kapitalisten? Im Bau 3 haben sie am Motorenband die Zahl der Stationen verkleinert, und somit den Aufgabenbereich des Arbeiters in der jeweiligen Station vergrößert. Die Gesamtlänge des Bandes blieb gleich, so daß mehrere Kollegen vom Band wegversetzt wurden. Ergebnis: weniger Stationen, weniger Kollegen – die Zahl der Motoren blieb aber gleich, d. h. die Kollegen am Band müssen noch mehr als vorher arbeiten.

NOCH IMMER UMSTRITTEN – DIE ALTERSSICHERUNG

Immer wieder werden ältere Kollegen im Lohn herabgestuft. Der neue Manteltarif sieht nun folgendes vor: wer 55 Jahre oder älter ist, darf nicht mehr herabgestuft werden. Er hat Anspruch auf den Durchschnittsverdienst der letzten 12 vollgearbeiteten Monate.

Diese Klausel wollen die Kapitalisten nicht mehr anerkennen. Der Vorsitzende der Schiedsstelle Rappenecker leistet dabei Schützenhilfe. Er verweist auf ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts, nach dem eine "Effektivlohn- Garantieklausel" gegen das Prinzip der Gleichbehandlung verstoße und somit verfassungswidrig sei. Die Kapitalisten liebäugeln mittlerweile mit folgender Lösung: Der Manteltarif garantiert nur den Tariflohn; darüberhinaus können sich die Metallkapitalisten verpflichten, freiwillig die Spanne zwischen Tariflohn und Effektivlohn zu bezahlen. Eine solche Regelung wäre zwar für den Metallkapitalistenverband verpflichtend, nicht aber für seine Mitglieder. Geht es nach den Kapitalisten, bleibt die Alterssicherung Gnadenbrot. Schon jetzt drohen die Kapitalisten: "Wenn die Alterssicherung bleibt, wer wird dann, unter den gegenwärtigen konjunkturellen Bedingungen, noch ältere Leute einstellen? "

TROTZ EINDEUTIGER BESTIMMUNGEN – DIE KAPITALISTEN ZAHLEN NICHT

Bei Benz ist die Pausenregelung erst nach einer dreimonatigen Einführungsfrist am 1.2.1974 in Kraft getreten. Aber "geldliche Ansprüche aus diesem Tarifvertrag entstehen in jedem Fall vom 1.11.1973 an" (Lohnrahmen II, § 13,1). Trotz dieser eindeutigen Bestimmung haben zumindest die Benz-Kapitalisten bis heute das Geld für die während der Einführungsfrist nicht gemachten Kurzpausen verweigert; in anderen Betrieben wird es nicht anders aussehen. **Dabei verliert jeder Akkordarbeiter beim Benz das Geld für 44 Stunden,** eine erkleckliche Summe also.

Wo die Kapitalisten nicht anders können, treten die Anrechnungsklauseln in Kraft. Im § 25 des Manteltarifvertrages heißt es: "Soweit aufgrund dieses Tarifvertrages neue oder erhöhte Ansprüche geltend gemacht werden, können die bisher gewährten übertariflichen Leistungen angerechnet werden." Auf gut deutsch, wo was rausspringt für den Arbeiter wird am übertariflichen gespart. Ändern tut sich nichts. Ein Beispiel:

Nach dem Tarifvertrag wird für jede Spätarbeitsstunde zwischen 12 Uhr und 19 Uhr ein Zuschlag von 10 % gezahlt. Die Benz-Kapitalisten haben unter Hinweis auf die Anrechnungsklausel den Zuschlag nicht erhöht.

Ständig versuchen die Kapitalisten, sich auf Kosten der Arbeiter zu bereichern. Sei es durch Preistreiberei oder durch Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Dagegen wehren sich die Arbeiter natürlich. Dieser Kleinkrieg zwischen Kapitalisten und Arbeitern tobt täglich. Die Arbeiterbewegung versucht, durch gesetzliche Regelungen, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu erreichen und den Spielraum der Kapitalisten einzuengen.

Vor allem in den letzten Jahren haben die Arbeiter auch außerhalb der offiziellen Tarifrunden für Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen gekämpft. In diesen Kämpfen errichten die Arbeiter Linien und festigen Positionen, um jeden weiteren Schritt gegen die Kapitalisten von einem besseren Ausgangspunkt aus einleiten zu können.

DER KAMPF UM BESSERE ARBEITSBEDINGUNGEN UND DER KAMPF UM MEHR LOHN SIND ZWEI SEITEN EINER MEDAILLE

Wie aus den oben angeführten Beispielen ersichtlich ist, öffnet der in Nordbaden/Nordwürttemberg geltende Mantel- bzw. Lohnrahmentarifvertrag II den Kapitalisten Tür und Tor für allerlei Winkelzüge. Das lauthals als "Jahrhundertereignis" gepriesene Abkommen ist eine Bastion, die von den Kapitalisten leicht umgangen und ausgehöhlt werden kann. Deshalb ist der in Nordbaden/Nordwürttemberg geltende Mantel- bzw. Lohnrahmentarif vertrag II ungeeignet für den Schutz der Arbeiter vor zügelloser Auspowerung ihrer Arbeitskraft. Die Arbeiter in Nordrhein-Westfalen sollten sich daher von den Lobgesängen über das "Jahrhundertereignis" nicht beeindrucken lassen. Vielmehr müssen sie ausgehend von ihrem Interesse klare Forderungen aufstellen, an denen die Kapitalisten und ihr Juristenanhang nichts deuteln können; Forderungen, hinter die sich jeder Arbeiter stellen kann. Solche Forderungen sind: 7-Stunden-Tag, 8 Wochen Urlaub, Abschaffung von Akkordarbeit und aller akkordähnlichen Lohnsysteme, Verbot von Nacht- und Schichtarbeit. Unter klaren Forderungen konsequente Kämpfe um Manteltarifverträge zu führen, ist zugleich die beste Voraussetzung für ihre gesetzliche Verankerung.

In Nordbaden/Nordwürttemberg wurde der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen gegen den Kampf um mehr Lohn ausgespielt. Die Auseinandersetzungen fanden statt in einer Situation, wo die Arbeiter den Kampf an der Lohnfront aufgenommen hatten. Die IGM-Führung hat damals vertreten: "Halt, keine Lohnkämpfe mehr; jetzt kämpfen wir um bessere Arbeitsbedingungen; um mehr Lohn kämpfen wir dann im Frühjahr." Herausgekommen ist dann ein untauglicher Manteltarif und ein Lohnabkommen, das für viele Arbeiter Abbau des Reallohnes bedeutet.

Die Arbeiter leben aber vom Verkauf ihrer Arbeitskraft. Ist die Arbeitskraft erst einmal ruiniert, dann ist auch der Lohn gering. Umgekehrt: Ist der Lohn zu gering, kann der Arbeiter nach der täglichen Schufterei seine Arbeitskraft nicht wieder herstellen. Ausgeplünderte Arbeitskraft verdammt den Arbeiter genauso zu Elend wie Hungerlohn. Deshalb: An beiden Frontabschnitten des Kampfes gegen die Kapitalisten konsequent von den Interessen der Arbeiter ausgehen, an beiden Frontabschnitten zugleich die Kapitalisten angreifen.

DER BESTE TARIFVERTRAG ÄNDERT NICHTS AN DER LAGE DER ARBEITER ALS AUSGEBEUTETER KLASSE

Solange die Arbeiter ihre Arbeitskraft wie eine x-beliebige Ware verkaufen müssen, solange sind sie zwar die Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums, aber genau solange müssen die Arbeiter um den Lohn für ihre Arbeitskraft feilschen wie ein arabischer Teppichhändler um den Preis eines Teppichs. Die ganze Qual der Arbeit, die kleinliche, gehässige Tyrannei, der die Arbeiter unterworfen sind, das alles hat seine Ursache darin, daß die Kapitalisten den Produktionsprozeß und die Gesellschaft beherrschen. Ihre Herrschaft verstümmelt den Arbeiter zum Teilmenschen, zum Anhängsel von Maschinen. Das ist unwürdig. Die Arbeiter sind die Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums, die Kapitalisten aber sind Schmarotzer.

Die Herrschaft der Kapitalisten ist untrennbar verbunden mit dem Lohnsystem, das den Arbeiter zwingt, seine Arbeitskraft zu verkaufen wie andere Leute Milch. Die Arbeiter dürfen deshalb nicht nur fordern: Mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen. Die Arbeiterklasse muß auf ihr Panier schreiben: Nieder mit dem Lohnsystem.

K, Mannheim

Die neuen Arbeitskampfrichtlinien geben mehr Spielraum

Die seit 25 Jahren bestehenden Arbeitskampfrichtlinien des DGB, die 1949 auf dem Gründungskongreß des DGB verabschiedet wurden, sind jetzt gemäß dem Auftrag des Bundeskongresses von 1972 durch neue Richtlinien ersetzt worden.

Die wesentlichen Punkte, die geändert wurden, sind:
1. Die bisher gültigen Richtlinien waren bindend für die Einzelgewerkschaften, die jetzigen dienen als Empfehlung.
2. Der Zweck des Streiks war bisher festgelegt auf Lohnforderung und Arbeitsbedingung, jetzt auf die "Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen".
3. Bisher hieß es, "sind alle Verhandlungsmöglichkeiten auszuschöpfen" und wurde der Arbeitskampf ausdrücklich als "das letzte Mittel" bestimmt, so ist es jetzt formuliert, daß Verhandlungsmöglichkeiten wahrgenommen werden sollen, "soweit dies den Gewerkschaften sinnvoll" erscheint.
4. Ist in den Richtlinien von 1949 noch ausdrücklich festgehalten: "Bei der Entscheidung über die Genehmigung von Arbeitskämpfen haben die Hauptvorstände nicht nur das Abstimmungsergebnis, sondern auch die Gesamtumstände, wie Konjunktur und Auswirkungen auf andere Betriebe und andere Wirtschaftszweige zu berücksichtigen". So stellen die neuen Richtlinien fest: "Ein ohne die erforderliche Zustimmung begonnener Arbeitskampf ist verbandswidrig, es sei denn, daß der Arbeitskampf von den zuständigen Organen der Gewerkschaft genehmigt wird'. Die alte Bestimmung entfällt ganz, und ausdrücklich wird festgehalten, daß die Urabstimmung nicht zwingende Voraussetzung für den Beginn eines Streikes ist, und wo sie durchgeführt wird, keine Arbeitskampfmaßnahme darstellt.
5. Waren "Notstandsarbeiten" bisher bindend, so heißt es jetzt: "Sie (die Satzungen der Einzelgewerkschaften) sollen Bestimmungen darüber enthalten, daß Notstandsarbeiten für den Fall von Aussperrungen nicht geleistet werden.
6. Bislang konnte ein Mitglied ausgeschlossen werden, wenn es im Arbeitskampf den Anweisungen der Leitung nicht folgt, diese Bestimmung ist ganz herausgefallen.

Wie man an den Veränderungen sehen kann, wird der Rahmen für gewerkschaftliche Streiks breiter gesteckt. So sind die innerorganisatorischen Bedingungen gefallen, nach denen die Gewerkschaften in spontanen Streiks nicht eingreifen dürfen. Jedes Gewerkschaftsmitglied, das sich an einem spontanen Streik beteiligt, weiß, wie schnell die Gewerkschaftsführung Anträge auf Übernahme des Streik mit dem Hinweis auf die Richtlinien abgeschmettert hat. Das wird ihnen in Zukunft nicht mehr so leicht gelingen können; 1. entfällt der Zwang der Urabstimmung, 2. können die zuständigen Organe einen Streik nachträglich genehmigen.
Ebenso werden sich die Vorstände in Zukunft nicht mehr auf die Richtlinien beziehen können, wenn sie durch eine lange Prozedur bei den Tarifverhandlungen den Beginn von Kampfmaßnahmen hinauszögern wollen. Durch die Feststellung, daß die Urabstimmung nicht zwingend ist und dort, wo sie durchgeführt wird, nicht zum Arbeitskampf gehört, wird die zügige Abwicklung der Tarifverhandlungen erleichtert. Gleichzeitig stellt sich der DGB-Bundesvorstand eindeutig gegen die herrschende "Rechtsprechung", auf deren Grundlage die IGM nach dem Streik in Schleswig-Holstein zu 40 Millionen DM Schadensersatz verurteilt wurde. Diese Feststellung in den Richtlinien gibt die Möglichkeit, die Gewerkschaftsmitglieder zum Kampf gegen dieses reaktionäre Urteil zusammenzufassen.

glieder zum Kampf gegen dieses reaktionäre Urteil zusammenzufassen.

Die Kapitalistenverbände und die bürgerlichen Zeitungen sind durch diese neuen Richtlinien aufgeschreckt. So beklagt sich ein FAZ-Kommentator über die nicht mehr notwendigen Urabstimmungen und stellt fest, daß das eine Entdemokratisierung der Gewerkschaften sei. Von ihm kann man natürlich auch nicht verlangen zu verstehen, was es heißt, einen Streik zu führen. Denn wenn die Arbeiter stark genug sind, einen Streik aufzubauen, der nur Erfolg haben kann, wenn sich die übergroße Mehrheit des Betriebes oder der Branche daran beteiligt, dann in der Tat ist dies die höchste Form der Demokratie. Weiter vermutet die FAZ, daß durch die neue Bestimmung des Zwecks eines Arbeitskampfes, die Gewerkschaften einen Streik für die Mitbestimmung einplanen. Das mag wohl stimmen, aber genauso ist es auf Grundlage dieser neuen Regelung möglich, gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen zur Erkämpfung des gesetzlichen 7-Stunden-Normalarbeitstages durchzuführen.
Wie kommt es, daß der DGB-Bundesausschuß diese Richtlinien erlassen hat, wo doch die Gewerkschaftsvorstände in den letzten Jahren sich bei fast jedem selbständigen Streik gegen diesen ausgesprochen haben, die Tarifverhandlungen nach Gutdünken lange hinausgezögert haben. Der DGB-Bundesausschuß hat natürlich in den letzten Jahren auch dazu gelernt. Bei spontanen Streiks konnten die Vorstände nur auffordern, die Arbeit wieder aufzunehmen, selten mit Erfolg. Direkt eingreifen konnten sie aber durch ihre eigenen Bestimmungen nicht. Durch die neuen Bestimmungen ist es ihnen möglich, direkt und organisatorisch in selbständige Streiks einzugreifen. Dadurch haben sie sich die Möglichkeiten geschaffen, in Streikbewegungen, die ihnen aus den Händen zu gleiten drohen, besser eingreifen zu können als vorher. Dauerten den Arbeitern die Tarifverhandlungen zu lange und stellen sie die Maschinen ab, so war die Gewerkschaftsführung meist in ihrer eigenen Taktik und ihren eigenen Bestimmungen verstrickt, konnte in die Streiks nicht direkt eingreifen und verlor somit ihren Einfluß. Mit den neuen Richtlinien hat sie jetzt bessere Möglichkeiten, sie kann den Streik genehmigen, erklärt ihn zum gewerkschaftlichen Streik, wird sofort ihre Streikleitung einsetzen usw. und kann somit leichter die Führung in dem Streik gewinnen und ihn für ihre Ziele benutzen.
Es ist ein zweischneidiges Schwert, was der DGB-Bundesausschuß mit den neuen Richtlinien da geschaffen hat. Die Zukunft und insbesondere die nächsten Tarifrunden werden zeigen müssen, ob es den Gewerkschaftsmitgliedern gelingt, diese Richtlinien im Kampf zu benutzen oder ob die Gewerkschaftsführung ihre Vorstellungen mit den neuen Richtlinien durchsetzen kann, um die Kontrolle über die selbständigen Kämpfe der Arbeiter nicht zu verlieren. –db–

Bei spontanen Streiks konnten die Vorstände nur auffordern, die Arbeit
über die selbständigen Kämpfe der Arbeiter nicht zu verlieren. –db–

OPEL RÜSSELSHEIM:

Doch Massenentlassungen

Rüsselsheim. Nach den Werksferien hat am 5. August die Arbeit in den Opel-Werken Rüsselsheim, Bochum und Kaiserslautern wieder begonnen; die Opel-Arbeiter und -Angestellten wurden gleich mit den neuesten Plänen der Geschäftsleitung zum "Abbau des Personalüberhangs" begrüßt.
Hatte Vorstandsmitglied Schlotfeld auf der Betriebsversammlung am 4. Juli 1974 noch versucht, der Belegschaft vorzumachen, daß durch das Angebot der ach so sozial gerechten Aufhebungsverträge an 1 400 Lohn- und Gehaltsempfänger in Rüsselsheim und an 1 080 in Bochum und Kaiserslautern Massenentlassungen vermieden werden könnten, ja sogar die für September und die folgenden Monate geplante Kurzarbeit eventuell reduziert werden könnte, so ist heute davon nicht mehr die Rede.

Denn jetzt ist die Situation so, daß die Opel-Kapitalisten Vorbereitungen treffen für die Entlassung von 7 000 Kollegen aus dem Bereich der Instandhaltung in allen drei Opel-Werken. Bekannt wurden diese Pläne durch den Bericht einer Berliner Zeitschrift, nach dem vom General-Motors-Management in Detroit allen Hauptabteilungsleitern der Opel-Werke in Deutschland eine Studie zugegangen sei, die die Aufforderung enthält, pro Beschäftigtem und Arbeitstag die Leistungen im Bereich der Instandhaltung um 50 % zu erhöhen und die damit "überflüssig" werdenden 7 000 Arbeitskräfte (im Bereich der Instandhaltung sind in Rüsselsheim, Bochum und Kaiserslautern 14 000 Kollegen beschäftigt) zu entlassen.

Ein Kollege, der in Rüsselsheim in der Instandhaltung arbeitet, wußte allerdings noch Genaueres über die heimtückischen Pläne der Geschäftsleitung zu berichten: Man wird 50 % der Betriebsschlosser, Betriebselektriker usw. vor die Wahl stellen, entweder ans Band, d.h. in niedrigere Lohngruppen, größere Arbeitshetze, nervtötende Arbeit, zu gehen, oder das Werk alsbald zu verlassen. Die Arbeitsplätze an den Bändern macht man dadurch frei, daß die Ungelernten, Ausländer und Frauen wegen Produktionsrückgang von 20 % und 6 Monaten Kurzarbeit (die für Massenentlassungen gesetzlich vorgeschrieben sind) kurzerhand entlassen werden. Für die "Instandhalter", die in ihrem Bereich verbleiben, heißt es dann 50 % mehr Arbeit bei gleichem Geld und dauernder Angst vor Entlassung oder Rückstufung zum Hilfsarbeiter.

Man sieht, die Opel-Kapitalisten wollen unter Ausnutzung der Angst und Unsicherheit der Kollegen ihre geschickten Spaltungsmanöver durchführen, um auf dem Rücken der Arbeiter ihre Profite zu halten.

Unterstützt werden sie dabei von dem Opel Betriebsrat, dessen Vorsitzender Paul Lorenz lediglich erklärte, als er von einer Rüsselsheimer Lokalzeitung über die Pläne der Geschäftsleitung befragt worden war, er könne sich dazu nicht äußern, da der Betriebsrat ja keinen Zugang zu solchen Studien erhalte. Im übrigen vertraue er fest auf die Zusage der Geschäftsleitung, daß man die Belegschaft mit dem derzeitigen Beschäftigtenstand "ins Frühjahr hinüberretten könne". Mit seinem Vertrauen in die soziale Gnade und Gerechtigkeit der Opel-Kapitalisten steht Betriebsratsvorsitzender Lorenz nicht alleine im Opel, im Gegenteil, er befindet sich, wenn auch außerhalb des Betriebs, in der erlauchten Gesellschaft des hessischen Regierungschefs Albert Osswald, der am 9.Juli nach seinem Besuch in Rüsselsheim erklärte: "Die Geschäftsleitung hat in Abstimmung mit dem Betriebsrat eine Linie eingehalten, die uns vor größeren Überraschungen bewahrt hat. Der Personalstand hat sich durch normale (!) Abgänge so entwickelt, daß mit dem Abbau durch die Aufhebungsverträge der Stand auf das Produktionsvolumen eingespielt ist und sich weitere Probleme im Moment nicht stellen. Mittelfristige Perspektive: durchaus optimistisch beim jetzigen Personalstand." (Main-Spitze vom 10.7.1974)

KBW-Sympathisantengruppe Rüsselsheim

"Gefahren im Dunkel

"Gefahren im Dunkel"

ARBEITSZEITÄNDERUNG ERFOLGREICH ABGEWEHRT

Hattingen. Vor einem Jahr hat der Arbeitsdirektor Heese von der Henrichshütte Hattingen vorgeschlagen, die Arbeitszeit in der Lehrwerkstatt von 7.30 bis 16.00 Uhr zu verlegen. Vorher war sie von 6.00 bis 14.30 Uhr. Es wurde von der Jugendvertretung und dem Betriebsrat abgelehnt. Vor einigen Wochen war eine Sitzung mit Arbeitsdirektor Heese, Esser, dem Chef der Lehrwerkstatt, und der Jugendvertretung, auf der der Punkt: Arbeitszeit wieder zum Vorschein kam. Dieses Mal stellte Esser den Antrag, in den Wintermonaten die Arbeitszeit nur versuchsweise auf 7.30 bis 16.00 Uhr zu ändern. Die Jugendvertretung erhob Einspruch: Sie wollten die Lehrlinge erst fragen.
Von der Sitzung wurde ein Protokoll geschrieben, das von Betriebsrat Unteregge unterschrieben wurde. Vorher ging dieses Protokoll noch durch die Hände der Arbeitgeber. Als die Jugendvertretung nach einiger Zeit das Protokoll zugeschickt bekam, stand darin, daß Essers Antrag für die neue Arbeitszeit ohne Einspruch der Jugendvertretung angenommen war. Obwohl Esser genau wußte, daß das nicht stimmte, versuchte er, ohne die Jugendvertretung und ohne Einstimmung der Lehrlinge, die Arbeitszeit zu ändern.
Als die Jugendvertretung dies erfuhr, leitete sie eine Vertrauenssitzung ein. Anwesend waren auch Alfons Unteregge und zwei Betriebsratsmitglieder. Dann wurde Unteregge zur Rede gestellt. Und nun kam etwas Unglaubliches: "Das Protokoll wäre richtig." Alfons sagte dann auch, er wäre für die neue Arbeitszeit. Bei einer langen Diskussion hörte man sich Alfons Argumente an: er hätte auch Kinder und er wüßte, wie anstrengend es für sie wäre, um 5.00 Uhr aufzustehen. Außerdem wäre es eine Gefahr für die Jugendlichen, im Dunklen zur Arbeit zu gehen. Einspruch der Jugendvertretung: "Herr Alfons, dabei haben Sie wohl nicht bedacht, daß es in den Wintermonaten um 7.30 Uhr genauso dunkel ist wie um 5.00 Uhr. Und wenn wir dann von der Arbeit um 16.00 Uhr kommen, ist es schon wieder dunkel. Also stehen die Lehrlinge nach Alfons Meinung dann zweimal in Gefahr, morgens und abends. Ein sehr gefahrvolles Leben! Außerdem sind wir um 5.00 Uhr genauso müde wie um 7.30 Uhr."
Ebenso bekommen die Jugendlichen kein warmes Mittagessen; aber die Bosse können ja zwischendurch nach Hause fahren zum Essen. Und einige Jugendliche haben eine sehr schlechte Verbindung, so daß sie erst um 18.00 Uhr zu Hause wären, z. B. nach Niederwenigern geht jede Stunde nur ein Bus, obwohl es nicht weit ist. An den nächsten Tagen wurden gegen die Arbeitszeit in der Lehrwerkstatt Unterschriften gesammelt und den Bossen vorgelegt. Dann wurde diese angehende Änderung abgeschlossen. Die Arbeitszeitänderung wurde nicht vorgenommen.

XY
Henrichshütte Hattingen

Der Kündigungsgrund war vorgeschoben

POLITISCHE ENTLASSUNG BEI PHYWE GÖTTINGEN

Göttingen. Am 1. März 1974 habe ich bei der Phywe AG in Göttingen als Elektromechaniker angefangen. Nun bin ich zum 30. August gekündigt worden.
Am Beispiel dieser Kündigung läßt sich gut die Zusammenarbeit von Kapitalisten und bestimmten "Arbeitervertretern" im Betriebsrat aufzeigen. Meine Kündigung ist begründet worden: Produktionsverlagerung der elektronischen Geräte in eine Tochterfirma, deswegen fällt auch mein Arbeitsplatz in der Reparaturabteilung weg. Doch in Wirklichkeit ist die Produktionsverlagerung erst in Planung und der Anteil elektronischer Geräte an der Gesamtproduktion gering. Die alten Serien dieser Geräte, die noch in Göttingen gebaut wurden, werden hier auch noch repariert. Also wird diese Produktionsverlagerung, wenn sie irgendwann mal in Kraft tritt, auf Jahre hinaus keine Auswirkungen im Arbeitsanfall in meiner Abteilung haben.

Was ist nun der Grand für diese Entlassung? Nach meiner Meinung und der Auffassung fast aller Kollegen klar ein politischer. Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß ich die Anschauungen des Kommunistischen Bundes Westdeutschland für richtig halte und seine Forderungen vertrete. Auf der Betriebsversammlung im Juli habe ich mehrmals das Wort ergriffen. Unter anderem zu den Drohbriefen, die verschickt wurden, um kranke Kollegen zur Arbeit zu treiben; zur ständig steigenden Arbeitshetze und zum Geschäftsbericht des Vorstandes. Dafür habe ich dort den Beifall der Kollegen bekommen.

Schon auf der Betriebsversammlung fiel auf, daß ein Betriebsrats- und ein Vorstandsmitglied immer angeregt miteinander tuschelten, wenn ein neuer Redner aus den Reihen der Belegschaft auftrat.

Nachdem mir die Kündigung mit "Begründung" bereits Ende Juli angedeutet wurde, ging ich sofort zum Betriebsrat, um zu fragen, was er zu tun gedenke und um ihm mitzuteilen, daß ich diese Kündigung für unbegründet und willkürlich halte. Schmidt und Meineke, die beiden Betriebsräte, mit denen ich sprach, sagten, das würde am Montag auf der Betriebsratssitzung verhandelt; wenn die Sitzung wäre, würde man mir Bescheid sagen.
Als sich am Montagmorgen nichts rührte, ging ich gegen Mittag ins Betriebsratszimmer, um nachzufragen. Es war nur einer da, der erklärte, "es wäre schon alles gelaufen, das hätte man gleich morgens erledigt", der Betriebsrat hatte der Kündigung zugestimmt.

So hat der Betriebsrat – ohne sich zumindest meine Argumente und Stellungnahme anzuhören – diensteifrig die Geschäfte der Kapitalisten übernommen. Obwohl im Betriebsverfassungsgesetz eindeutig steht, daß der Betriebsrat den betroffenen Arbeitnehmer zur geplanten Kündigung hören soll. Weiter steht dort, wann der Betriebsrat der Kündigung widersprechen kann: zum Beispiel dann, wenn der Arbeiter im selben Betrieb oder einem anderen Betrieb des Unternehmens beschäftigt werden kann. So wurden in der Holzabteilung bei der Phywe laufend Elektriker aus anderen Abteilungen eingesetzt, damit man dort überhaupt die Arbeit schafft (ich war auch für 2 Wochen dort). Zur Zeit sind 3 Kollegen von Fremdfirmen ausgeliehen und sollen noch (unbefristet) länger dort bleiben. Und all dies ist dem Betriebsrat wohl bekannt.

Meine Kündigung und das Verhalten des Betriebsrats sind im ganzen Betrieb rum. Alle sind empört.
Es wurde viel überlegt, wie man mich unterstützen und die Kündigung rückgängig machen kann.
Doch nach dem bürgerlichen Arbeitsrecht ist die Kündigung tadellos. Denn ich falle noch nicht unter das Kündigungsschutzgesetz. Dieses Gesetz, so unzureichend es auch ist, hätte es zumindest ermöglicht, einen Prozeß zu führen. Doch unter das Kündigungsschutzgesetz fällt nur, wer zum Zeitpunkt der Kündigung bereits ein halbes Jahr im Betrieb ist. So ist der Unterschied zwischen der Probezeit (die ersten 4 Wochen) und dem ersten halben Jahr nur, daß man in der Probezeit fristlos fliegen kann.
Unterstützung von der Gewerkschaft kann ich ebenfalls nicht erwarten. Im August 1973 bin ich aus der IG Metall wegen Mitgliedschaft im Kommunistischen Bund Westdeutschland ausgeschlossen worden.
So werden ich zwar fliegen, doch diese unmittelbare Niederlage der Belegschaft wird nicht von Dauer sein. Es gibt noch andere und wird immer mehr geben, die ihre Meinung auf Betriebsversammlungen sagen werden und den Widerstand organisieren. Die verräterischen Betriebsräte wird man sich merken für die Wahlen im Frühjahr. Dort wird man diese und viele andere Schandtaten mit ihnen abrechnen.
Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb!
– Thomas Klingeberg, Göttingen –

"Mindestens eine Miete!"

KOLLEGEN VON KLÖCKNER 'GEORGSMARIENHÜTTE' HASPE FORDERN 200 DM

In den letzten Tagen diskutierten wir in unserer Schicht, welche Forderung wir zur anstehenden Tarifrunde aufstellen sollen. Ein Kollege meinte sofort, 15 % mindestens 140 DM; diese Forderung würde immer noch vom letzten Jahr ausstehen. Damals gab es den berüchtigten 8,5 %-Abschluß. Er sagte aber auch weiter, daß nicht nur wir damals die Beschissenen gewesen sind, sondern daß wir, indem wir diesen Abschluß anerkannt haben, Vorreiter für die miesen Abschlüsse in den anderen Tarifbereichen gewesen sind. Nach kurzer Diskussion wurde ihm in diesem Punkte recht gegeben, aber auch gleich gesagt, daß erstens %-Forderungen Scheiße sind und zweitens 15 % heute schon viel zu wenig sind. Es kam dann heraus, daß wir sagten: Wir brauchen mindestens eine Miete, das heißt 200 Mark, für alle gleich, für jeden Arbeiter und jeden Angestellten. Denn nur so können wir eine Front herstellen, hinter der sich alle vereinigen können. Die Stimmung in der Abteilung ist ganz gut, denn in den letzten Tagen konnten wir fast jeden zweiten Tag in der Presse nachlesen, wie erfolgreich wir für Klöckner unsere Knochen hingestreckt haben. Es geht nun aber erstmal darum, der Tarifkommission klar zu machen, wie unsere Forderung diesmal steht, noch einmal 8,5 % werden wir nicht mehr durchlassen.

P.H., Aufbauzelle Klöckner
der KG Hagen

Nicht nach Sonnenaufgang

Frankfurt. Zum ersten Mal nach der Räumung und Zerstörung von fünf großen, guterhaltenen Wohnhäusern im Februar sind am 4.August im Frankfurter Westend wieder 4 Bewohner aus einem Haus in der Schubertstraße mit massiver Polizeiunterstützung vertrieben worden.

Morgens um 7 Uhr hatten sich einige Freunde und Bekannte der Bewohner vor dem Haus versammelt. Auf der anderen Straßenseite wartete schon ein halbes Dutzend Reporter und Fotografen, die wohl erwartet hatten, daß es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei kommen würde. Auch Polizeichef Müller schien nicht so recht zu wissen, was ihn erwarten würde, denn er rückte persönlich mit einem Trupp von 20 Zivilbeamten und rund 25 Uniformierten an. Drei Bewohner wurden vorläufig festgenommen, weil sie sich weigerten, das Haus zu verlassen. Einen Tag später kam Kritik von der hessischen Polizeiführung des Innenministeriums am Zeitpunkt der Räumung. "Der Auftritt der Polizei am hellichten Tag wird als nicht gerade glückliche Zeitwahl angesehen. Um diese Zeit bemühen sich viele Bürger zu ihrer Arbeitsstätte", konnte man in der Frankfurter Rundschau lesen. Solche Aktionen müssen natürlich das Licht der Öffentlichkeit scheuen, weil sie den Menschen klar zeigen, welch' gute Zusammenarbeit es zwischen den bürgerlichen Politikern, der Polizei und den Spekulanten gibt, wenn es darum geht, die Stadt an die Geldsäcke zu verschachern. Vorläufig hat die Polizei das Haus unter Objektschutz genommen, um eine erneute Besetzung zu verhindern und um ihre Macht zu demonstrieren. Doch schon bald wird es vermutlich abgerissen und an seine Stelle ein Hochhaus mit einer Bank im Erdgeschoß und einem Kindergarten auf dem Dach – so die Pläne des Spekulanten Stawski – gestellt.

Ka, KSB Frankfurt

Kein Erfolg für Dregger

DIE CDU UND DREGGER WURDEN IN BENSHEIM ZUR DISKUSSION GEZWUNGEN / IHRE DEMAGOGIE ZOG NICHT

Am 12. August führte die CDU in Bensheim eine "Kundgebung" mit Alfred Dregger, "dem Landesvorsitzenden der CDU", durch (Dregger war z.B. früher Funktionär im Bundesverband der Deutschen Industrie und Aufsichtsratsvorsitzender der Fuldaer Ueberladwerke AG). Die CDU ist in Bensheim die stärkste Partei, hat die Mehrheit im Stadtparlament usw. Zur Veranstaltung im Hof der Josef-Heckler-Schule kamen nur rund 300 Menschen. Davon mindestens hundert, die nicht für, sondern gegen das Geschwätz der CDU waren. Dregger versuchte sich als Sprecher des, wie er es nannte, "kleinen Mannes" aufzuspielen. Er war gegen die Arbeitslosigkeit, die angeblich von der SPD verschuldet ist und nicht in der kapitalistischen Produktionsweise begründet ist. Er sprach sich gegen die "Verschwendung" im Öffentlichen Dienst aus, aber damit meinte er z.B. nicht die Diätenerhöhung für Abgeordnete – sondern die "Aufblähung" der Löhne und die Verkürzung der Arbeitszeit von 42 auf 40 Stunden. Das Ganze war dann noch umgeben von einer wilden Hetze gegen alles "Linke", insbesondere gegen die Kommunisten. Erfolg hatte er damit bloß bei den CDU-Mitgliedern und noch nicht einmal bei allen. Statt dessen nahm die Zahl der Zwischenrufe immer mehr zu, die sich auf konkrete Fragen bezogen und in denen die Ablehnung der Politik der CDU immer deutlicher zum Ausdruck kam. Und gegen Ende wurden die Sprechchöre immer lauter, die eine Diskussion forderten, was dann durchgesetzt wurde (ein Stadtverordneter der CDU hatte vor der Veranstaltung laut erklärt, so was käme überhaupt nicht in Frage).

Sprecher der Sympathisanten des KBW in Bensheim nahmen Stellung zur Arbeitslosigkeit, die gerade in Bensheim rapide steigt und legten die Forderung nach Erhöhung des Arbeitslosengeldes dar. Dregger versuchte sich herauszuwinden mit Sprüchen wie "Es geht nicht um eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes, sondern um die Abschaffung der Arbeitslosigkeit". Aber damit konnte er keinen Blumentopf gewinnen, und auch eine Reihe CDU-ler machten lange Gesichter. Genauso war es bei allen anderen Punkten: der Wohnungsmangel, wo gleichzeitig in Bensheim zig Neubauwohnungen leer stehen, die Forderung nach einem Jugendzentrum in Selbstverwaltung. Entweder versuchte er sich drumherumzudrücken, oder er ging gar nicht darauf ein, ließ die altbekannte Hetze gegen Kommunisten los, schwätzte über Solschenizyn usw. Zum Schluß versuchten sie es noch mit Mitteln wie dem, daß dem Sprecher der KBW-Sympathisanten das Mikrofon abgedreht wurde. Es half aber nicht: unter lautem Beifall von sehr vielen Anwesenden setzte er seine Rede bis zum Ende fort und auch als die Veranstaltung dann beendet wurde, bildeten sich um unsere Transparente und die KVZ-Verkäufer große Diskussionsgruppen. Noch über eine Stunde nach Schluß gab es heftige Debatten, und einige CDU-Funktionäre sprangen von einer Gruppe zur anderen, um nicht ganz weg vom Fenster zu sein.

Sympathisanten des KBW in Bensheim

Täglicher Schulraumwechsel

ALLENDORFER FORDERN ERHALT UND AUSBAU DER GRUNDSCHULE

In einer Unterschriftensammlung forderten 637 Eltern aus dem Gießener Stadtteil Allendorf einen 4. Schulsaal für ihre 4-klassige Grundschule. Bisher müssen 2 der 4 Klassen täglich den Schulraum wechseln, weil nur 3 Räume zur Verfügung stehen, was das Lernen der Schüler erheblich beeinträchtigt.

Ortsbeirat und Gießener Stadtverordnete ließen sich jedoch dadurch von ihrem Beschluß, keine weiteren Gelder in die Allendorfer Grundschule zu stecken, nicht abbringen. Diese "Volksvertreter" handeln damit gegen den erklärten Willen der Allendorfer Bürger. Die Entscheidung, die Grundschule Allendorf nicht weiter auszubauen und sie bis 1978 bis auf die 2-klassige Eingangsstufe ganz aufzulösen, ist bereits in dem jetzt veröffentlichten Gießener Schulentwicklungsplan vorweggenommen. Danach sollen die Allendorfer Schüler mit Bussen in die Gesamtschule des Nachbarorts Klein-Linden gefahren werden. Auch in anderen Ortsteilen Gießens soll ähnliches geschehen. Das 3. und 4. Schuljahr aus Rödgen soll an die 10 km entfernte Ostschule gefahren werden.

Diese Entscheidungen werden von der SPD im Gießener Schulentwicklungsplan folgendermaßen angepriesen: "Beschulung in einer voll ausgebauten und differenzierten Schule mit optimalem Lehrereinsatz bei aufgelockertem Unterrichtsbetrieb und individueller Lernförderung" werde dadurch ermöglicht. Wie aber sehen die Folgen dieser SPD-Planung wirklich aus?

Für die Schüler verlängert sich der Schultag durch die Busfahrten und Wartezeiten. Die Eltern können nicht mehr verfolgen, was mit ihren Kindern in der Schule geschieht, direkte Kontakte zu den Lehrern sind nicht mehr möglich. "Individuelle Lernförderung" wird dadurch gerade erschwert. Der wahre Grund für den Abbau der örtlichen Grundschulen ist ein anderer: Es soll gespart werden. Dies geht auch aus dem Gießener Schulentwicklungsplan hervor. Dort wird behauptet, daß eine räumliche Erweiterung der Schule "aus pädagogischen Gründen nicht ratsam" sei, weil es angeblich nach 1978 nur 20 Schüler pro Jahrgang geben wird. Nach der Richtzahl des Hessischen Kultusministers soll ein Grundschullehrer aber Klassen von 31 Schülern im Schnitt unterrichten. Für kleinere Klassen müßten mehr Lehrer eingestellt werden. Das aber will die Landesregierung nicht. In ihrem vor kurzem vorgelegten Personalentwicklungsplan geht sie von einem Lehrerüberschuß und dem "Einfrieren" der Lehrerstellenzahl aus. Die Pläne der Landesregierung, die sich im Gießener Schulentwicklungsplan widerspiegeln, sind also nichts weiter als "pädagogisch" verbrämte Rationalisierungsmaßnahmen, die gegen die Interessen von Eltern, Schülern und Lehrern gerichtet sind. Die Forderung der Allendorfer Bürger nach Erhaltung und Ausbau ihrer Grundschule – auch bei sinkender Schülerzahl – ist berechtigt. Die Zentralisierung des Schulwesens in Hessen (44 Schulen wurden seit 1966 im Raum Gießen aufgelöst) bedeutet keinen pädagogischen Fortschritt, wie man den Betroffenen weismachen will.

D.P., Lehrerin in Gießen

Im Kapitalismus gibt es kein Recht auf Arbeit

geschoß und einem Kindergarten auf dem Dach – so die Pläne des Spekulanten Stawski – gestellt.

Ka, KSB Frankfurt

Im Kapitalismus gibt es kein Recht auf Arbeit

Zentrale Versammlung des KBW zu den Wahlen in Hessen
Ort: Wiesbaden, Großer Kurhaussaal
Zeit: 10. September, 19.30 Uhr

UNVERSCHÄMTE LÜGE

Im Hessischen Rundfunk erklärte Kultusminister von Friedeburg am 12. August, daß in Hessen jeder in den Schuldienst übernommen wird, "der die entsprechenden Prüfungen erfolgreich abgelegt hat". Daß es sich hierbei um eine unverschämte Lüge handelt, haben inzwischen mehrere Lehramtsanwärter erfahren müssen, die bisher nicht eingestellt wurden (Vgl. KVZ Nr. 16). Außerdem wurde die Bremer Lehrerin U. Ehlert zurückgeschickt nach Bremen, als sie ihren Dienst jetzt in Hessen antreten wollte. Sie hatte vorher einen Anstellungsbescheid zum 1. August erhalten und war aufgrund dessen bereits umgezogen.

SPENDENEINGÄNGE FÜR DEN LANDTAGSWAHLKAMPF IN HESSEN

Kontostand am 1. August 1974: 17 505,41 DM

Lehrer aus Neuss: 154,50 DM – J.W., Baierbrunn: 20 DM – H.Ga., Frankfurt: 70,02 DM – J.Tr., Wilhelmshaven: 15 DM – H.Kr., Köln: 208,50 DM – Sammlung der Zelle Pädagogik, Kommunistische Hochschulgruppe Heidelberg: 80 DM – Sympathisanten des KBW, Neuss: 93 DM – KSG Neuss: 377 DM – Basisgruppe Zweiter Bildungsweg Neuss: 110 DM – Sammlung der KBW-Versicherungszelle, Köln: 148 DM – Sammlung der Zelle Politologie, KSO Gießen: 125 DM – Sammlung der Kommunistischen Gruppe Herne: 158,25 DM – R.A.Do., Vorsfelde: 108 DM – H.O., Kiel: 200 DM – Sammlung der KHI Bochum: 1 055 DM – Zelle Gesellschaftswissenschaften, KSO Gießen: 50 DM – Kl.Va., Göttingen: 1 000 DM – Sammlung im Buchladen, Hamburg: 490 DM – U.Schm., Augsburg: 50 DM – C.S., Göttingen: 50 DM – Sammlung auf der Mitgliederversammlung der Roten Zellen Kiel: 340 DM – Sammlung der Institutszelle Freiburg: 100 DM.

Abgebucht wurden seit dem 1. August für Materialbeschaffung für das Wahlkampfbüro in Frankfurt: Zeitungsabonnements: Wiesbadener Kurier 27,50 DM; Wiesbadener Tageblatt 27,50 DM; Gießener Anzeiger 35,70 DM; Frankfurter Rundschau (9mal ein Monatsabonnement) 466,20 DM.

Kontostand am 12. August 1974: 21 870,78 DM.

Spenden, die zur Unterstützung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland im Landtagswahlkampf Hessen bestimmt sind, bitte auf das Konto:

Volksbank Mannheim
Konto Nr. 10.683.18
"Landtagswahlkampf Hessen"

Auf dem Landesparteitag der hessischen Sozialdemokratie am 16.8. hat der Landesvorsitzende und Ministerpräsident Osswald, der "Geissel der Arbeitslosigkeit" den Kampf angesagt. Die "Sicherung der Arbeitsplätze" ist das zentrale Thema, mit dem die SPD den hessischen Wahlkampf führen will. Noch im Juni hatte Osswald versucht, dieses Problem herunterzuspielen, wahrscheinlich in der Hoffnung auf einen baldigen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Daraus ist nichts geworden. Die Zahl von 44 500 Arbeitslosen in Hessen im Monat Juli (FR, 9.8.) führt den Lohnabhängigen Hessens anschaulich die Unsicherheit ihrer Existenz in den Verhältnissen der "freien Marktwirtschaft" vor Augen. Zugleich zwingt sie die SPD, sich zu dieser Frage zu äußern.

44 500 Arbeiter und Angestellte sind arbeitslos im Land Hessen, in Arbeitsamtbezirken wie Offenbach, Kassel und Wetzlar betragen die Arbeitslosenquoten bereits 3,1 bzw. 3,2 % (FR, 9.8.). Um diese Tatsachen kann man sich nicht mehr herumdrücken. Laut "Frankfurter Allgemeiner Zeitung" vom 10.8. hat Osswald folgenden Vorschlag gemacht: *"Die hessische SPD will in den kommenden Landtagswahlkampf mit der Zusicherung gehen, daß sie schrittweise verfassungsmässigen Anspruch auf einen gesicherten Arbeitsplatz durchsetzen werde."* Weiter rechnet er damit, *"daß die Unternehmer bei der Verwirklichung dieses Zieles als Partner mitwirken, eingedenk der ihnen bisher gewährten staatlichen Hilfen. Auf einen unkündbaren Arbeitsplatz (entsprechend der Entwicklung im Wohnungsrecht) könnten die Betriebe zwar nicht gesetzlich verpflichtet werden, er denke jedoch an eine staatliche Arbeitsplatzgarantie. Dadurch müsse dem Arbeitnehmer garantiert werden, daß er auf jeden Fall, notfalls durch Umschulung, einen Arbeitsplatz entsprechend dem Stand seiner Ausbildung erhalte."*

Das Recht auf Arbeit ist eine gute Sache. Diese Forderung Osswalds ist jedoch keineswegs neu, sondern bereits in der hessischen Verfassung von 1946 enthalten. Im Artikel 28 heißt es: "Die menschliche Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutz des Staates. Jeder hat nach seinen Fähigkeiten ein Recht auf Arbeit und, unbeschadet seiner persönlichen Freiheit, die sittliche Pflicht zur Arbeit." Die fast dreißig Jahre, die seit ihrem Inkrafttreten vergangen sind, haben jedoch gezeigt, daß es dieses Recht auf Arbeit in dieser Wirtschaftsordnung nicht gibt und nicht geben kann. Dieser Verfassungsartikel hat bisher noch keinen Kapitalisten gehindert, Arbeiter auf die Straße zu setzen. Das kann auch nicht anders sein in einer Gesellschaftsordnung, in der die Fabriken und Maschinen, alle Produktionsmittel im Besitz weniger Privateigentümer, der Kapitalisten, sind, die Arbeiter hingegen nichts haben außer ihrer Arbeitskraft, die sie an die Kapitalisten verkaufen müssen, um leben zu können. Für die Erlaubnis, in der Fabrik zu arbeiten, gibt der Arbeiter alles, was er erzeugt, umsonst ab und erhält selber nur soviel Lohn, der ihn befähigt, seine Arbeitskraft zu erhalten. Für die Arbeiter bedeuten diese Verhältnisse ein Leben voller Arbeitsqual, Entrechtung und Bevormundung, für die Reichen bedeuten sie eine angenehme und luxuriöse Existenz auf Kosten der Arbeiter. Wo also die sachlichen Mittel zur Produktion in den Händen weniger Privateigentümer konzentriert sind und die Masse der Proletarier getrennt von diesen ist, da gibt es ausschließlich das **Recht für die Kapitalisten, die Arbeiter auszubeuten und das Recht für die Arbeiter, ausgebeutet zu werden.** Mit denjenigen, die die ganze Gesellschaft durch ihre produktive Arbeit ernähren, wird in dieser Wirtschaftsordnung Schindluder getrieben. In Zeiten der Konjunktur werden sie ausgepresst bis aufs Blut und in der Flaute aufs Pflaster geworfen. Gerade die Krise führt der Arbeiterklasse vor Augen, daß ihre Arbeitskraft unter den herrschenden Verhältnissen nichts ist als eine Ware, die gehandelt wird auf dem Markt und in Zeiten der Flaute billig ist, weil reichlich vorhanden. Dann wird die Überarbeitung der einen die Voraussetzung der Arbeitslosigkeit der anderen und umgekehrt, dann arbeiten diejenigen, die Arbeit haben, mehr als sie aushalten können, während diejenigen, die arbeitslos sind und arbeiten wollen, nicht arbeiten dürfen. Das sind die Erfahrungen der Arbeiter in dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und sie zeigen ihnen, daß sie sich gegen diese Verhältnisse auflehnen müssen, in denen die Kapitalisten eine ungeheure Macht haben, weil sie über die Produktionsmittel verfügen. Das Eigentum an den Produktionsmitteln ist die Schlüsselfrage und sie muß von den Arbeitern radikal beantwortet werden. Beantwortet werden dadurch, daß sie diese in ihrer Revolution den Kapitalisten entreißen. Die soziale Revolution hebt das Privateigentum an Produktionsmitteln auf, "überführt" sie in gesellschaftliches Eigentum und schreitet fort zur Ablösung der Warenproduktion durch die unmittelbar gesellschaftliche Produktion von Gebrauchsgütern, die mit Willen und Bewußtsein von dem frei assoziierten Arbeitervolk vollzogen wird (Programm des KBW). Nur dann, wenn die Arbeiterklasse die Staatsmacht ergreift und die Produktion im Interesse und durch die ungeheure Mehrheit organisiert, kann es ein Recht auf Arbeit geben für jedes Mitglied der Gesellschaft. Und eine Pflicht zur Arbeit für alle Müßiggänger und Nutzniesser der alten Gesellschaft.

Wenn also Osswald für das Recht auf Arbeit eintritt, aber alle diese Tatsachen verschweigt, dann müssen wir die politische Absicht untersuchen, mit der dieser Vorschlag von Osswald vorgebracht wurde. Sie besteht in folgendem: Die Arbeitslosigkeit ist Anschauungsunterricht über die Lage der Arbeiter im Kapitalismus, wie ihn hundert Agitatoren oder kommunistische "Hetzredner" nicht besser geben können. Gegenwärtig werden viele Arbeiter aufs Abstellgleis geschoben und können dort unter elenden Bedingungen schmoren, bis sich das Kapital erholt, um sie wiederum in die Fabrik zu holen und dort auszupressen. Wovor die Kapitalisten sich fürchten, ist, daß der Arbeiter sich fragt, ob eine Wirtschaftsweise, die so mit den Menschen verfährt, wirklich schutzwürdig und verteidigenswert ist oder ob sie nicht besser abgeschafft wird. Um solchen Gedanken die in Zeiten der Krise ganz unvermeidlich sich in den Köpfen der Arbeiter ausbreiten, die Spitze zu brechen, macht Ministerpräsident Osswald diese Vorschläge nach einer Arbeitsplatzgarantie durch den Staat und verschweigt zugleich, welche Klasse die Schuld für die Arbeitslosigkeit trägt. Im Gegenteil, er setzt sogar auf die Kapitalisten als Partner. Wenn da nicht der Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben werden soll.

Osswalds Vorschlag hat noch mehr Nachteile. Nach den Vorstellungen von Osswald soll sich der Staat der von den Kapitalisten abgestossenen Arbeiter annehmen. Der Staat soll ebenfalls beurteilen, ob Umschulung nötig ist oder der neue Arbeitsplatz dem Stand der Ausbildung der Arbeiter entspricht. Für jeden, der mit den entsprechenden staatlichen Ämtern schon zu tun gehabt hat, ist offensichtlich, daß hier einem Strudel von bürokratischer Schikane Tür und Tor geöffnet wird. Denn nicht genug damit, daß der Kapitalist den Arbeiter taxiert und ihn als unbrauchbar aufs Pflaster geworfen hat, soll nun der Arbeiter nochmals taxiert werden, wozu er fähig ist. Ob man ihn vielleicht umschulen muß, ihn zurechtstutzen, ihn herumschubsen oder ihm schließlich irgendeine Arbeit geben soll. Dies nach der Art der heutigen Berufsberatung, die ja bekanntlich so funktioniert, da der Junge oder das Mädchen plötzlich die unerwartetsten und merkwürdigsten Fähigkeiten und Neigungen aufweist, je nachdem, was der Markt gerade verlangt. Und für nicht wenige Arbeiter wird sich nach all diesen Prozeduren herausstellen, daß sie trotzdem keinen Kapitalisten finden, der bereit ist, sie auszubeuten.

Die Vorschläge Osswalds taugen also nicht viel zur Sicherung der Arbeitsplätze, sondern die Arbeiterklasse muß es erlernen, diese Gesellschaftsordnung, in der Schindluder getrieben wird mit der Arbeitskraft und in der der Profit heilig ist, umzuwälzen.

Um sich vor den Folgen der kapitalistischen Wirtschaft zu schützen und ihre Lage zu bessern, muß sie bereits heute für solche Forderungen eintreten wie Zahlung eines Arbeitslosengeldes von mindestens 80 % des Lohns für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit, Bezahlung der Arbeitslosenversicherung durch die Kapitalisten und die Verwaltung der Versicherung ausschließlich durch die Arbeiter selber. Bezahlung durch die Kapitalisten deswegen, weil das Elend eine Sache ist, die ausschließlich auf das Konto der "freien Marktwirtschaft" geht, als der Wirtschaftsordnung, die das Lebenselement der Profitmacher darstellt. Deshalb sollen die Kapitalisten auch bezahlen, was sie verursachen. Andererseits wird die Arbeitslosigkeit ausschließlich von den Arbeitern ertragen, denn die Kapitalisten, die nicht arbeiten, können auch nicht arbeitslos werden. Daher müssen die Arbeiter, um sich als Klasse vor dem drückendsten Elend zu schützen, auch die Verfügungsgewalt besitzen über die Arbeitslosenversicherung. Die Kapitalistenklasse soll bezahlen und soll haftbar gemacht werden für den Schaden, den sie anrichtet und die Arbeiterklasse soll selbständig die Maßnahmen ergreifen, die sie zum Schutz ihrer Arbeitskraft für richtig und nötig hält. Diese Forderungen haben aber einen weiterreichenden Vorteil für die Arbeiter und einen weiterreichenden Nachteil für die Kapitalisten und das wird auch der Grund sein, weshalb Osswald als Sozialdemokrat nicht für diese Forderungen zu gewinnen sein wird. Wenn klargestellt wird, daß die Kapitalisten die Schuld tragen für diese Zustände, wird zugleich die Frage aufgeworfen, ob man diese Zustände ertragen muß oder nicht besser aufhört, die Herrschaft einer Klasse zu erdulden, die nichts als Elend über die Arbeiter bringt. Gegen das Elend der Arbeitslosigkeit mit solchen Forderungen einzutreten, das stärkt die Selbständigkeit der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse. Im Kampf für diese Forderungen schließt sie ihre Reihen und stellt ihre Einheit her im Klassenkampf. An diesen Forderungen kann auch jeder Arbeiter gut die Politiker daraufhin prüfen, ob sie auf seiner Seite stehen oder nur aus seinem Elend Kapital für die Wahlen schlagen wollen.

Hans-Jörg Hager

Antwort an die vorgesetzte Dienststelle: Wie und warum Atommüllskandal an die Öffentlichkeit kam

"An die Verwaltung
des Deutschen Krebsforschungszentrums
69 Heidelberg
Neuenheimer Feld

Aufgrund eines Erlasses des Kultusministeriums Baden-Württemberg vom 8.8.74 wurde ich von der Verwaltung des Deutschen Krebsforschungszentrums (DKFZ) aufgefordert, unverzüglich einen umfassenden Bericht über meine Aktivitäten im Zusammenhang mit der Auffindung von radioaktiven Stoffen auf dem Müllplatz in Obrigheim zu erstellen. Dieser soll dann zusammen mit meiner Personalakte dem Kultusministerium vorgelegt werden. Mit der gleichen Post erhielt ich ein Schreiben des Verwaltungsratsvorsitzenden des DKFZ, Dr. Grieser, in dem ich für mein Verhalten in diesem Skandal gemaßregelt wurde und in dem mir bei Nichtbeachtung der Belehrung dienstrechtliche Maßnahmen angedroht wurden. Da ich der Meinung bin, daß es von öffentlichem Interesse ist, wenn Wissenschaftler sich gegen die Zerstörung unserer Umwelt und der Lebensbedingungen des Volkes wenden und dafür mit dienstrechtlichen Maßnahmen bedroht werden, werde ich diesen Bericht nicht heimlich dem Kultusministerium zuschicken. Da ähnliches auch, wie man hören kann, einen weiteren Wissenschaftler aus dem Max-Planck-Institut für Kernphysik in Heidelberg erwartet, der auch an der Auffindung des radioaktiven Abfalls beteiligt war, liegt die Vermutung nahe, daß ein solches Vorgehen von Ministerien und Leitungen wissenschaftlicher Institute modellhaft ist, um Äußerungen von Wissenschaftlern, die Mißstände aufdecken und die Bevölkerung aufklären, zu unterbinden.

Ich habe deshalb die maßregelnden Briefe und meinen Bericht der Presse zur Veröffentlichung übergeben, und zwar an die Heidelberger und Mosbacher Lokalpresse, den "Spiegel", den "stern", die "Heilbronner Stimme", die Deutsche Presseagentur, die "Frankfurter Rundschau", die "Süddeutsche Zeitung", die "Stuttgarter Zeitung", an den "Kölner Express", an die "Kommunistische Volkszeitung", an die "UZ". Weiterhin werde ich diesen Bericht der Belegschaft des DKFZ zur Kenntnis geben, sowie der Gewerkschaft ÖTV und dem ÖTV-Magazin, wie auch den Gewerkschaftsgruppen anderer Forschungsbetriebe, die mir bekannt sind.

Hier mein Bericht:
Am 4.7.74 sind zwei Reporter des Nachrichtenmagazins "Der Spiegel" im Institut auf mich getroffen, die ein Bleigefäß suchten zum Abtransport radioaktiven Materials, das sie auf der Müllkippe in Obrigheim gefunden hatten. Die gesamte Presse sowie Rundfunk und Fernsehen haben ausführlich über diesen Fund berichtet. Bevor die Spiegel-Reporter auf mich trafen, hatten sie vergeblich in einem anderen Institut des DKFZ versucht, ein solches Behältnis zu finden. Dort war aber an diesem Tag Betriebsausflug. Da ich am DKFZ momentan kein solches Gefäß finden konnte, fuhr ich mit den beiden Reporten zum Max-Planck-Institut für Kernphysik in Heidelberg. Dort war zwar ein Bleigefäß, der Sicherheitsbeauftragte für Radioaktivität war aber nicht zu finden. Darauf fuhren wir mit einem weiteren Wissenschaftler aus dem Max-Planck-Institut, Dr. Peter Horn, ohne weitere Verzögerung auf die Müllkippe nach Obrigheim.

Dr. Horn und mir erschien es notwendig, dorthin mitzufahren, weil wir gewohnt waren, mit radioaktivem Material umzugehen, und die geschilderten Messungen der Spiegel-Reporter auf eine gefährlich hohe Aktivität hinwiesen.

Dies haben dann auch unsere Messungen dort bestätigt. Wir packten das Material sofort in das mitgebrachte Bleigefäß. Da auch trotz Bleigefäß wir noch das 150-fache des zulässigen Höchstwertes für speziell für den Umgang mit Radioaktivität ausgestattete Arbeitsplätze gemessen hatten, lehnte ich den Abtransport des Materials in meinem PKW ab. Wir haben dann unverzüglich die Polizei in Mosbach verständigt. Nur kurze Zeit später erschienen auf der Müllkippe Bürgermeister Ertl aus Obrigheim und leitende Angestellte des Kernkraftwerks Obrigheim (KWO). Bürgermeister Ertl wollte gegen die Finder des radioaktiven Materials sofort Anzeige erstatten, weil sie unbefugt den Müllplatz betreten hätten. Er war sehr erregt, nicht etwa, weil auf der Müllkippe hochradioaktives Material abgelagert war, sondern weil es dort gefunden wurde. Er versuchte mit vielen Worten, die ganze Sache zu vertuschen und zu vermeiden, daß die Öffentlichkeit davon erfuhr. Die KWO-Vertreter behaupteten, daß das Material keinesfalls aus dem KWO stamme und gänzlich ungefährlich sei. Das Landesamt für Emmissionsschutz hat dann das Material mit einem Spezialfahrzeug abtransportiert. Inzwischen mußte das KWO zugeben, daß das Material aus dem Werk stammt und daß die Radioaktivität weit über der zulässigen Höchstgrenze liegt. In den darauf folgenden Tagen gab es zahlreiche Diskussionen mit Bekannten, Freunden, Kollegen und vielen Menschen, die in der Umgebung von Obrigheim wohnen, sowie eine Pressekonferenz in Mosbach, zu der der Vorsitzende der Mosbacher Bürgerinitiative gegen den Ausbau des KWO eingeladen hatte, ein Fernsehinterview des Südwestfunks und zahlreiche Anfragen von Pressevertretern. Ich habe mich immer und überall bereit erklärt, zu Fragen im Zusammenhang mit dem Atommüllskandal in Obrigheim öffentlich Stellung zu nehmen. Allein die Kommunisten sind es gewesen, die zu diesem Skandal eine öffentliche Informationsveranstaltung in Mosbach durchgeführt haben.

Als die Sympathisantengruppe Mosbach des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) mich bat, auf einer Veranstaltung in einer Mosbacher Gaststätte über die Ereignisse in Obrigheim auf der Müllkippe zu berichten und zu Fragen der gesundheitlichen Schädigung der Bevölkerung durch die Umweltverschmutzung und die mögliche Gefährdung durch Kernkraftwerke Stellung zu nehmen, bin ich dem selbstverständlich nachgekommen, zumal es in Mosbach und Umgebung eine recht umfangreiche Bewegung gegen den geplanten Ausbau des KWO von 390 auf 1 200 Megawatt gibt. Die Veranstaltung wurde durch Plakate in Mosbach angekündigt. Hier wie überall habe ich von den Ereignissen auf der Müllkippe wahrheitsgetreu berichtet, nichts beschönigt und auf alle gestellten Fragen geantwortet. Ich habe scharf Bürgermeister Ertl kritisiert, dessen größte Sorge es war, diesen Skandal zu vertuschen und mit Hilfe der Gerichte zu versuchen, die volle Information der Mosbacher Bevölkerung durch Flugblätter der Sympathisantengruppe des KBW zu unterbinden, weil er mit Recht annehmen mußte, daß dieser Skandal die Bürger im Kampf gegen die Erweiterung des KWO bestärken wird, was ihn um Millionen DM von Gewerbesteuern bringt. Die Gefährdung des Bevölkerung durch radioaktive Ablagerungen u.ä. schien ihn überhaupt nicht zu kümmern. Ich habe auch erklärt, daß ich die Geschichte, das radioaktive Material sei von "übereifrigen Umweltschützern" gestohlen worden, nur als ein Ablenkungsmanöver von der mangelnden Sicherheit solcher Kernkraftwerke verstehen kann. Trotz umfangreicher Nachforschungen der Behörden wurde bis heute kein Dieb gefunden. Ich habe zu Fragen der Gefährdung der Bevölkerung durch Kernkraftwerke Stellung genommen und z.B. mich hinter die auf der Mosbacher KBW-Veranstaltung aufgestellte Forderung gestellt: Kein Kernkraftwerk in besiedelten Gebieten, weil Schäden für die Bevölkerung nicht auszuschließen sind (z.B. wird in der "Rundschau", Heft 4/74, von Untersuchungen amerikanischer Wissenschaftler berichtet, daß in der Nähe des Kernkraftwerkes Big Rock-Point am Michigan-See die Häufigkeit von Blutkrebssterbefällen um 400 %, die Häufigkeit angeborener Mißbildungen um 230 % höher liegen als im Gesamtdurchschnitt des Staates Michigan / USA, ganz abgesehen von möglichen Großkatastrophen in einem Atomkraftwerk, sog. GAU = "größter anzunehmender Unfall).

Ich habe auch z.B. Pressevertretern und der Mosbacher Bevölkerung erklärt, daß man das in Obrigheim gefundene radioaktive Material eben nicht ohne gesundheitliche Schäden eineinhalb Jahre mit sich in der Hosentasche herumtragen kann, wie KWO-"Fachleute" behauptet haben. Schon nach wenigen Stunden wäre die maximal zulässige Jahresdosis einer in radioaktiven Bereichen arbeitenden Person überschritten gewesen, Krebsentstehung und Schädigungen des Erbmaterials wären die möglichen Folgen gewesen. Ich bin offen gegen die zunehmende Zerstörung unserer Umwelt durch die zunehmende Umweltverschmutzung aufgetreten, die verursacht wird durch die Profitinteressen der Unternehmer, denen die entstehenden Kosten bei der Vermeidung solcher Schäden viel, die Gesundheit der Bevölkerung aber offensichtlich wenig bedeutet.

Ich halte es geradezu für meine Pflicht als Wissenschaftler, meine Kenntnisse auf dem Gebiet der medizinischen Wissenschaft in den Dienst des Volkes zu stellen, Gefahren für die Gesundheit der Bevölkerung beim Namen zu nennen, und die Erkenntnisse darüber zu verbreiten. Ich halte es auch für meine Pflicht, zu sagen, daß Umweltschutz nicht dort aufhört, wo Schulklassen mit Ministerpräsident Filbinger in den Wald geschickt werden, um Papierreste aufzusammeln, sondern daß er dort anfängt, wo die Unternehmer, um Kosten zu sparen, um dadurch ihre Profite noch weiter zu vergrößern, den ganzen Dreck, sei es Schwefel, krebserzeugende Abfallstoffe in die Luft blasen, giftige Abfälle oder radioaktiven Müll am nächstbesten Platz abladen und damit die Gesundheit der Bevölkerung rücksichtslos aufs Spiel setzen. Ich halte es weiter für meine Pflicht, von den Volksvertretern, die solches zulassen und z.B. der geplanten Vergrößerung des KWO zustimmen (wie z.B. Bürgermeister Ertl), obwohl Schäden nicht auszuschließen sind, Rechenschaft zu fordern und mich aktiv am Kampf des Volkes gegen die Zerstörung seiner Lebensbedingungen zu beteiligen. Ich meine, dies ist die Pflicht eines jeden Wissenschaftlers, der seine Kenntnisse in den Dienst des Volkes stellt. Dies habe ich auch in der Vergangenheit getan. Auch bei den empörenden Experimenten an schwangeren Frauen im DKFZ, denen ohne ihr Wissen radioaktives Material eingespritzt wurde, habe ich wie auch andere Wissenschaftler des DKFZ die Kenntnisse in dieser Weise eingesetzt zum Schutz der betroffenen Frauen. Das Strafverfahren von drei betroffenen Frauen gegen die ausführenden Wissenschaftler läuft noch. Die Kritik der Wissenschaftler gegen diese Experimente war der DKFZ-Leitung ein Dorn im Auge. Im inhaltlichen Zusammenhang damit wurde in dieser Zeit mit Unterstützung der DKFZ-Leitung ein Verfahren zum Ausschluß aus dem Personalrat gegen mich eingeleitet, dem ich angehöre. Als gewählter Belegschaftsvertreter sollte ich mundtot gemacht werden.

Die jetzigen gemeinsamen Aktivitäten des Kultusministeriums und der DKFZ-Leitung wegen meines Verhaltens im Atommüllskandal in Obrigheim kann ich nur als den Versuch ansehen, Wissenschaftler, die sich öffentlich gegen die Zerstörung unserer Umwelt wenden, die Bevölkerung informieren und konkret über die Ausmaße der Gefährdung berichten, zu maßregeln und zu versuchen, sie zum Schweigen zu bringen. Was mir dabei besonders befremdend erscheint, ist die Tatsache, daß ausgerechnet das DKFZ zu Disziplinarmaßnahmen seiner Wissenschaftler greift, wenn sie gegen die jahrzehntelange Vertuschung und Verharmlosung von Umweltschäden öffentlich auftreten, insbesondere, da ja bekannt ist, daß radioaktive Strahlung die Krebsentstehung fördern kann. Es wirft ein bezeichnendes Licht auf die Leitung des DKFZ, die eigentlich immer von der Krebsbekämpfung redet, wenn aber ein Wissenschaftler konkret auf die bekannten Ursachen der Krebsentstehung eingeht und gegen Verharmlosung auftritt, nichts Eiligeres zu tun hat, als in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Ministerien Verweise zu erteilen. Damit handelt das Kultusministerium und die DKFZ-Leitung auf der Seite der Unternehmer, die, um Kosten zu sparen, alles tun, um mögliche Folgeschäden für die Bevölkerung zu vertuschen.

Mir ist sehr wohl der § 8 des Bundesangestelltentarifs bekannt, wo die Pflichten der Angestellten im öffentlichen Dienst genannt sind. Es steht dort im ersten Satz: "Der Angestellte hat sich so zu verhalten, wie es von Angehörigen des öffentlichen Dienstes erwartet wird." Gespräche mit vielen Kollegen und Bekannten sowie auch der Mosbacher Bevölkerung haben mir bestätigt, daß sie wahrheitsgemäße Aufklärung über Gefahren durch radioaktive Abfälle u.ä. von Wissenschaftlern gerade erwarten und sie fanden es richtig, wenn sich Wissenschaftler für die Interessen der Bevölkerung von Obrigheim und Umgebung einsetzen. Diesem Druck des Kultusministeriums und der DKFZ-Leitung werde ich niemals nachgeben, sondern mich immer klar auf die Seite des Volkes stellen und am Kampf zur Abwendung von Schäden für die Bevölkerung aktiv teilnehmen.

Dr. Walter Samsel"

Millionengeschäft für Reynolds

DER ORIGINELLE WEG DES HAMBURGER SENATS BEI DER INDUSTRIEANSIEDLUNG

Immer mehr Industriekapitalisten besonders der Chemie haben sich in den letzten Jahren an der Nordseeküstenregion und im Unterelberaum angesiedelt. So z. B. Dow Chemical und die Vereinigten Aluminiumwerke, das Hamburger Stahlwerk und auch Reynolds. Die Kapitalisten nützen hierbei die günstigen Standortbedingungen an der Küste und an den Unterläufen der Flüsse, wo sie unmittelbar kostengünstige Transportbedingungen vorfinden.
Die Länderregierungen in der Küstenregion unterstützen das Profitstreben der Kapitalisten nach besten Kräften. So hat Hamburgs Wirtschaftssenator Kern ein Modell entwickelt "für die wirtschaftliche Entwicklung der Region Unterelbe", welches die Schaffung von sieben Industrieachsen ausgehend von Hamburg vorsieht.
Der Hamburger Senat verwendet Milliarden von Steuergeldern darauf, um diesen Plan in die Tat umzusetzen. Autobahnen, Elbtunnel und eine Hochbrücke über die Südelbe und ein Elbe-Seiten-Kanal zur Verbindung mit dem Ruhrgebiet werden gebaut, um den Kapitalisten diese Gebiete schmackhaft zu machen.
Riesige Investionen werden vom Hamburger Senat vorgenommen, um die für die Industrie notwendige Energie zu erzeugen. So sind z. B. im Gebiet der Unterelbe schon etwa 10 Kernkraftwerke geplant oder schon fertig. Zur gleichen Zeit soll die Hamburger Bevölkerung etwa ab Oktober 1974 20 % höhere Strompreise bezahlen. Hand in Hand damit wird die Zerstörung des Wohnraums und der natürlichen Lebensbedingungen der Bevölkerung durch die Chemieindustrie gehen.
Um Industrieunternehmen nach Hamburg zu locken, hat der Hamburger Senat in den letzten Jahren einen originellen Weg beschritten, der sich in erster Linie durch seine Kostspieligkeit auszeichnet. Ein Musterbeispiel dafür ist die Ansiedlung des Aluminiumwerks des US-Konzerns Reynolds.

Um die Standortwahl dieses Unternehmens in seinem Sinne zu beeinflussen, hielt der Senat mittelbare und unmittelbare finanzielle Zuwendungen in einer Gesamthöhe von ca. 114 Mio DM für angemessen und notwendig (Stern Nr. 26 vom 20.6.74). Diese Summe wurde für die Grundstücksaufbereitung, für Infrastrukturmaßnahmen und als Investitionshilfe aufgewendet. Um die finanzielle Verknüpfung und damit verbundene Abhängigkeit von Stadtstaat und Unternehmen noch auszubauen, spendierte der Senat weitere 16 Mio DM für eine 10 %ige Beteiligung am Unternehmen. Außerdem wurde Reynolds als besonderer Leckerbissen ein Strompreis von 2,5 Pf/kwh gewährt – das ist 1/4 dessen, was andere Firmen aufwenden müssen. (Zum Vergleich: Für die Bevölkerung will der Senat den Strompreis gerade um 22 % erhöhen.) Die Differenz zahlt der Staat – für Hamburg bedeutet das eine Belastung von 83 Mio DM innerhalb der nächsten 20 Jahre.

Der Vertrag vom 28.5.1969 zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und Reynolds International sieht auch eine Gegenleistung vor:
"Reynolds International übernimmt für sich und als Gesellschafter von Reynolds Hamburg die Verpflichtung, bei der Verfolgung der wirtschaftlichen Ziele von Reynolds Hamburg die Interessen Hamburgs in einer Weise zu beachten, die der Bedeutung der hamburgischen Förderungsmaßnahmen angemessen ist. Es besteht Einverständnis darüber, daß die von Hamburg zu erbringenden Leistungen den Zweck haben, einen größeren Industriekomplex zu entwickeln, der Arbeitsplätze schaffen, die Entwicklung einer ergänzenden Industrie fördern, den Umschlag im Hamburger Hafen steigern, die Einnahmen Hamburgs aus Steuern und sonstigen Abgaben erhöhen und in sonstiger Weise die wirtschaftlichen, sozialen und die den Arbeitsmarkt betreffenden Interessen Hamburgs fördern wird."
Das klingt so, als ob die Ansiedlung von Reynolds eine soziale Großtat gewesen wäre. Allerdings sind die Anwohner in der Umgebung des Werkes eher der Meinung, daß Reynolds ganz andere Sachen fördert als "die wirtschaftlichen, sozialen und die den Arbeitsmarkt betreffenden Interessen Hamburgs": zum Beispiel die Verpestung der Umwelt mit hochgiftigem Fluor. Einige Anwohner haben sich hiergegen zur Wehr gesetzt und kürzlich Klage gegen die Stadt erhoben. In dem Verfahren kam in vielen Punkten ans Licht, was Reynolds und der Senat in Wirklichkeit von den Interessen des Volkes halten.

1969 wurde der Vertrag über die Ansiedlung geschlossen. Obwohl damals schon feststand, daß der Betrieb eine Gefährdung der Umwelt bedeuten würde und einem besonderen Genehmigungsverfahren unterliegt, kümmerte sich niemand um diese Genehmigung. Die dafür zuständige Behörde erfuhr von dem ganzen Vorhaben aus der Presse – wenige Wochen vor dem ersten Spatenstich. Auch die schriftlichen Hinweise, die die zuständige Behörde daraufhin den beteiligten Stellen zukommen ließen, konnten weder Reynolds noch den Senat dazu bewegen, die Genehmigung zu beantragen. Erst ein Jahr später glaubte Reynolds wohl, den Antrag nicht mehr vermeiden zu können und beantragte die Genehmigung – natürlich ohne irgendwelche Unterlagen beizufügen, aus denen etwas über die Umweltgefährdung hervorgegangen wäre. Das eigentlich vorgeschriebene Verfahren mit öffentlicher Auslegung der Unterlagen (natürlich werktags, wenn kein Arbeiter Zeit hat – und nach damaligem Recht nur 14 Tage lang) wollte der Konzern lieber vermeiden. Er beantragte deshalb, die Genehmigung ohne langes Verfahren zu erteilen. Ganz so auffällig wollte der Staat die Bevölkerung aber doch nicht brüskieren. So lagen denn die Unterlagen im Januar 1973 14 Tage zur Einsicht aus. Über das Ergebnis des Verfahrens machte sich Reynolds keine Sorgen. Man ließ sich von einer unzuständigen Behörde erst einmal eine Baugenehmigung geben und baute drauflos. Zwar gingen 448 Einwendungen gegen das Unternehmen ein, aber nach 3 Tagen Erörterung erließ die Behörde im Dezember 1973 den begehrten Genehmigungsbescheid.

Allerdings machte die Behörde dem Unternehmen insgesamt 219 Auflagen, insbesondere für den Arbeits- und Umweltschutz. Reynolds-Geschäftsführer Donald W.Johnson ließ keine Zweifel daran aufkommen, was er von diesen Themen hielt: Die Auflagen bezeichnete er als "lächerlich". Für ihn sei "nur das Senats-okay bindend". Schließlich könne man Reynolds nicht zumuten, die Luft in Hamburg zu verbessern, nachdem das Unternehmen mit so großen Versprechungen dorthin gelockt worden sei (Reynolds persönlich hierzu: "So eine gute Zusammenarbeit wie in Hamburg habe ich noch nie 'gefunden." – Stern, 20.6.74).

Das Verwaltungsgericht Hamburg fand in diesen Vorgängen Grund genug, die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs der Anwohner wiederherzustellen, d. h. anzuordnen, daß Reynolds nicht produzieren darf, bevor über den Widerspruch entschieden ist. Allerdings hat dieser Beschluß inzwischen keine Rechtswirksamkeit mehr, weil die Sache nicht mehr bei der Behörde, sondern beim Gericht liegt. Über die aufschiebende Wirkung der Klage muß nun neu entschieden werden. Der Beschluß des Verwaltungsgerichts hatte allerdings schon einige Wirkung auf die Volksvertreter: Senator Kern nannte ihn "weltfremd" und brachte noch das schlagende Argument vor, daß mit diesen Maßstäben die meisten Betriebe in und um Hamburg dichtmachen müßten.
Das Beispiel zeigt, daß die Genehmigungsverfahren nicht im geringsten geeignet sind, die Bevölkerung vor der Profitgier der Kapitalisten zu schützen. Dieses Genehmigungsverfahren ist lediglich geeignet, die Bevölkerung vom Kampf um ihre Rechte abzuhalten und sie vom Ergreifen wirksamerer Maßnahmen abzulenken.

N., Hamburg

Bauern gegen Erdölraffinerie

KASSEL: "HIER PLANT MAN KEINE ARBEITSSTELLEN, SONDERN ERNEUT VERGIFTUNGSQUELLEN"

Mit 60 Treckern protestierten am 6. August Bauern gegen den von der hessischen Landesregierung geplanten Bau einer Erdölraffinerie in Nordhessen, 30 km südlich von Kassel. Die Bauern zeigten mit ihrer Demonstration, was sie von dem Bau der Raffinerie halten. Sie führten Transparente mit, auf denen u.a. zu lesen war: "Die Ölraffinerie ist eine Geisterstätte ohne Arbeitsplätze" – "Wo dicke Luft ist, wächst kein Gras mehr" – "Hier plant man keine Arbeitsstätten, sondern erneut Vergiftungsquellen". Der Kreisbauernverband mußte sich auf Druck der Bauern öffentlich gegen den Bau der Raffinerie aussprechen.

Der Protest der Bauern zeigt, daß sie sich nicht von den schönen Worten der Landesregierung haben einwikkeln lassen. "Die Landesregierung verspricht sich von der Raffinerie entscheidende Impulse für die gesamte nordhessische Wirtschaft." (Hessische Allgemeine Zeitung vom 25. Juli) Die Bauern haben klar erkannt, wem der Bau einer Raffinerie Vorteile bringt – nämlich den Kapitalisten und ihren Helfershelfern, und wem er nur Nachteile bringt – nämlich der Bevölkerung und hier besonders den Bauern. Um diese Ölraffinerie gehen gegenwärtig die Verhandlungen der hessischen Landesregierung u.a. mit dem VEBA-Konzern und der norwegischen Statöl. Die Vorteile der Kapitalisten bestehen hier darin, daß einmal das Gebiet verkehrs- und kostengünstig über Pipelines vom Rhein-Main-Gebiet ebenso wie von der Nordsee und vom Osten versorgt werden kann. Zum anderen gehört es zum Zonenrandgebiet, und die Kapitalisten können mit hohen Investitionszuschüssen von Seiten der Landesregierung und besonders günstigen Abschreibungsbedingungen rechnen. Wie stellt sich dagegen der Bau der Raffinerie für die Bevölkerung dar?

In diesem Gebiet sind neben der Raffinerie in allernächster Zeit der Bau eines Kernkraftwerkes und die Anlage einer Zentralen Mülldeponie geplant. So können sich die Menschen hier ausrechnen, wie lange sie noch saubere Luft einatmen können. Zudem werden der Raffinerie Kunststoff- und andere chemische Fabriken folgen.

Für die Errichtung der Raffinerie werden 350 bis 400 Hektar Boden benötigt, d.h. daß ungefähr 15 bis 20 Bauern ihre Existenzgrundlage verlieren. Die Höfe in dieser Gegend sind rund 20 Hektar groß, und da der Boden überdurchschnittlich gut ist, können die Bauern davon einigermaßen leben. Die Landesregierung spricht von 500 neuen Arbeitsplätzen, doch es ist schon mehr als fraglich, ob in einer vollautomatisierten Raffinerie mit wenigen, aber hochqualifizierten Arbeitsplätzen Platz ist für einfache Arbeiter und Bauern.

Man sieht: das Interesse der Kapitalisten, unter günstigen Bedingungen viel Profit zu machen, steht im Gegensatz zu den Bedürfnissen und den Interessen der Arbeiter und Bauern. Die hessische Landesregierung versuchte mit allen möglichen lauwarmen Sprüchen diesen Widerspruch zu überdecken, indem sie sagt, daß die Vorteile der Kapitalisten auch die Vorteile der Arbeiter und Bauern sind. Daß dies nicht der Fall ist, haben die Bauern ganz klar erkannt und sie haben auch erkannt, daß sie zur Wahrung und Durchsetzung ihrer Interessen selbständig aktiv werden müssen.

U.B., Frielendorf



350 bis 400 ha für eine Ölraffinerie – das bedeutet, daß 15 bis 20 Bauern dichtmachen müssen. Dagegen haben die Bauern in Nordhessen den Kampf aufgenommen.

Preistreiberei

DIE NAHRUNGSMITTELKONZERNE SIND DER LACHENDE DRITTE

In einem Artikel im "Hessenbauer" (Nr. 29 vom 20.7.74) wird davon gesprochen, daß das landwirtschaftliche Preisniveau, also das, was die Bauern für ihre Waren an Geld erhalten, im Mai 1974 um 9,6 % niedriger lag als im Vorjahr. Weiter ist dort zu lesen: "Pflanzliche Erzeugnisse waren im Durchschnitt um 18,9 % billiger (Kartoffeln 47,2 %, Obst 39,5 %), Schlachtschweine sanken im Preis um 15,9 % und liegen inzwischen unter dem Stand des Jahres 1950, Schlachtrinder um 6,9 % und Eier um 13,1 %."

Wenn ich solche Zahlen lese, muß ich daran denken, wie die Preise für Obst, Fleisch und Eier in den Geschäften sich verändert haben. Sie sind nicht gefallen, sondern gestiegen.

Offensichtlich gibt es bei diesem Geschäft einen lachenden Dritten, der sich sowohl an den kleinen Bauern bereichert, indem er die Preise drückt, um sich anschließend an den Arbeitern und Angestellten zu bereichern, indem er die Preise weiter in die Höhe treibt.

Wer der lachende Dritte ist, liegt auf der Hand: die Kapitalisten, in diesem Fall vor allem die Nahrungsmittelkonzerne und Handelsketten. Mit dem Ansteigen des Kampfes der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes wird ihnen das Lachen noch vergehen.

M.Dr.

Wahr bleibt wahr

Wir verkaufen immer samstags auf dem Wochenmarkt die Kommunistische Volkszeitung und machen dazu eine Wandzeitung. Letztes Mal hatten wir auf der Wandzeitung die KVZ-Artikel zur Lage und dem Kampf der Bauern aufgeklebt.

Daraufhin blieben viele Bauern am Stand und bei den Verkäufern stehen, erklärten ihre miserable Lage, empörten sich über die Regierung und die EWG. Sie waren auch sehr über ihren Bauernverband verärgert, und versprachen sich nichts von ihm. Sie hatten alle klar erkannt, daß sie die Sache selbst in die Hand nehmen und für ihre Interessenauf die Straße gehen müssen. Sie merkten jedoch, daß sich das schlecht ohne einen Verband organisieren läßt, was ihre Wut auf die Bauernverbandsführer noch vertiefte.

Alle Bauern, die bei uns stehen blieben, stimmten dem Artikel in der Kommunistischen Volkszeitung zu, hatten jedoch noch Bedenken gegenüber der Perspektive des Sozialismus. Als ein Bauer gerade bei einer Genossin die KVZ kaufte, kam ein Reaktionär auf ihn zu und meinte: "Was, Sie wollen auch noch diese Kommunistenbande unterstützen!" Da drehte sich ein anderer Bauer, der gerade die Wandzeitung gelesen hatte, um und sagte: "Was wahr ist, muß wahr bleiben, ich kauf mir jetzt auch die Zeitung."

Sympathisantengruppe Ravensburg/Weingarten

Obstanbau wird zerstört BAUERNVERSAMMLUNG IM ALTEN LAND

Am 8.August fand in Hamburg-Neuenfelde eine Bauernversammlung statt. Neuenfelde gehört zum sogenannten Alten Land, dem größten geschlossenen Obstanbaugebiet Europas. Die Existenzbedingungen der meisten dieser Bauern sind in Gefahr. Nicht nur die Folgen der EG-Agrarpolitik bekommen sie verstärkt zu spüren. Dazu kommt, daß in diesem Jahr die Obsternte durch späten Frost, häufiger Platzregen und Vogel-

selbe Redner an den hohen Strompreisen für die Bevölkerung auf, während Reynolds ungeheuer viel Strom ganz billig bekommt. Zunehmend richtete sich die Empörung der Versammlung gegen den Senat und insbesondere gegen den Wirtschaftssenator Kern. Und das obwohl der Justitiar des Bauernverbands, der SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Weiland, die Versammlung immer wieder zur "Sachlichkeit" ermahnte. Er for-



350 bis 400 ha für eine Ölraffinerie – das bedeutet, daß 15 bis 20 Bauern dichtmachen müssen. Dagegen haben die Bauern in Nordhessen den Kampf aufgenommen.

Durch Beispiele überzeugen

LAGE DER KLEINBAUERN: "ARBEITSKRAFT UND ARBEITSZEIT ZÄHLT NICHT"

In der letzten Zeit mehren sich die Protestaktionen der Bauern gegen die Bundesregierung, die ihrer Meinung nach nicht genug Gelder zur Unterstützung der Landwirtschaft freisetzt. Andererseits betonen die Führer des Bauernverbandes immer wieder, "daß sie weder das System verändern, noch radikalen Gruppen Vorschub leisten wollen" (Sönke Paulsen, 2. Vorsitzender des Bauernverbandes auf der Protestaktion in Flensburg, zit.n. Bauernblatt vom 13.7.74).

Doch was für Interessen kann die Masse der Kleinbauern noch an diesem Staat haben? Schauen wir uns die Entwicklung der Höfe in den letzten Jahren an, wie sie im Agrarbericht der Bundesregierung für 1974 veröffentlicht wurde:

Zahl der Betriebe in 1 000

	1960	1972	1973
1 bis 9 ha	961	561	540
10 bis 19 ha	287	243	231
20 bis 49 ha	122	170	174
50 und mehr	16	22	24

An diesen Zahlen wird ganz deutlich, wohin der Hase läuft. Immer mehr Kleinbetriebe gehen kaputt, einzig und allein die großen gutsähnlichen Höfe können existieren. Denn nur diese großen Höfe sind in der Lage, die Vorteile, die die landwirtschaftlichen Maschinen wie Mähdrescher, Hackmaschinen, große Traktoren usw. mit sich bringen, voll auszunutzen. Für die kleinen Betriebe sind sie 1. unrentabel, weil sie nicht ausgelastet werden und 2. können die Bauern sie sich auch meistens gar nicht leisten, weil billige Kredite durch die Bundesregierung entweder an Mindestbetriebsgrößen oder an Mindestsummen gebunden sind.

Mein Vater wollte z. B. im Rahmen des Grünen Plans Maschinen im Wert von 5 000 Mark anschaffen, konnte dann aber die billigen Gelder nicht in Anspruch nehmen, weil die unterste Grenze für so einen Kredit bei 10 000 DM lag.

Die nächsten Nachteile für die Kleinbauern zeigen sich in den bestehenden Genossenschaften. Wir hatten einen 20 ha Mischbetrieb, d. h. Gemüse-, Kornanbau und Viehwirtschaft. Um diese Produkte verkaufen zu können, mußten wir allein drei Genossenschaften beitreten: der Hansa Meierei Hamburg, der Veiling Hamburg und der Raiffeisen-Genossenschaft. Der Beitritt bedeutet jedesmal eine Einlage zwischen 2 000 und 3 000 Mark.

Aufrechterhalten konnten wir diesen Betrieb auch nur unter dem Motto: "Arbeitskraft und Arbeitszeit zählt nicht."

Wenn man sich diese Bedingungen vor Augen hält und den Bauern dann die Frage stellt: Was hält euch noch, warum tretet ihr für diesen Staat ein? kommt immer wieder ein Argument: "Ich habe eigenen Grund und Boden, ich bin mein eigener Herr, ich kann machen und tun, was ich will und brauche niemanden zu fragen." Doch wie sieht diese Freiheit heute in Wirklichkeit aus? Viele Bauern sind schon Angestellte der Banken und ihr ehemals eigener Grund und Boden gehört diesen Banken. Er mußte verpfändet werden, um Maschinen, Düngemittel und die Futtermittel für das Vieh zu kaufen. Bezahlt werden sollten diese Produktionsmittel dann im Herbst mit dem Erlös der Ernte. Doch bei den ständig fallenden Erzeugerpreisen und der sich ständig verschärfenden Konkurrenz wird das immer unmöglicher.

Angesichts dieser Tatsachen müssen auch die Bauern einsehen, daß die einzige Lösung für ihre schlechte Lage im Sozialismus liegt. Demgegenüber sagen viele Bauern: "Sozialismus, das ist ja Zwangsenteignung. Und außerdem, soll ich vielleicht mein Land mit dem meines Nachbarn zusammenwerfen, der doch viel schlechteren Boden und viel weniger Vieh hat als ich. Und wenn er zu faul ist und sich fünf Kinder anschafft, dann soll ich für ihn mitarbeiten, und der bekommt genausoviel wie ich.

Das sind aber völlig falsche Vorstellungen, die häufig darauf beruhen, daß die DDR für ein sozialistisches Land gehalten wird und als Beispiel gesehen wird. Das ist es aber gerade nicht! Im Sozialismus bildet die Landwirtschaft die Grundlage der Wirtschaft, und ihrer Entwicklung hat dementsprechend Bedeutung

Die Kommunisten unterscheiden Klein- und Mittelbauern von den Großgrundbesitzern. Letztere werden allerdings enteignet, weil sie genau wie Kapitalisten von der Ausbeutung der Arbeit anderer leben.

Gegenüber den anderen Bauern verfolgen die Kommunisten aber das Ziel, "ihre Privatbetriebe und Privatbesitze in einen genossenschaftlichen Besitz überzuleiten, nicht mit Gewalt sondern durch Beispiel und Darbietung gesellschaftlicher Hilfe zu diesem Zweck" (Engels: Zur Bauernfrage in Frankreich und Deutschland). Selbst wenn sich einige Bauern nicht entschließen können, diesen Genossenschaften beizutreten, werden die Kommunisten sie nicht zwingen, sondern versuchen, sie einfach durch Beispiele bestehender Genossenschaften davon zu überzeugen, "daß wir (die Kommunisten) ihnen ihren Haus- und Feldbesitz nur retten, nur erhalten können durch Verwandlung in genossenschaftlichen Besitz und Betrieb. Es ist gerade die durch den Einzelbesitz bedingte Einzelwirtschaft, die den Bauern dem Untergang zutreibt. Beharren sie auf dem Einzelbetrieb, so werden sie unvermeidlich von Haus und Hof verjagt, ihre veraltete Produktionsweise durch kapitalistische Großbetriebe verdrängt. So liegt die Sache; und da kommen wir und bieten den Bauern die Möglichkeit, den Großbetrieb selbst einzuführen, nicht für kapitalistische, sondern für ihre eigene gemeinsame Rechnung. Daß dies in ihrem eigenen Interesse, daß es ihr einziges Rettungsmittel ist, das sollte den Bauern nicht begreiflich zu machen sein? (Engels: Zur Bauernfrage in Frankreich und Deutschland)"

R.V., Harburg

Obstanbau wird zerstört

BAUERNVERSAMMLUNG IM ALTEN LAND

Am 8.August fand in Hamburg-Neuenfelde eine Bauernversammlung statt. Neuenfelde gehört zum sogenannten Alten Land, dem größten geschlossenen Obstanbaugebiet Europas. Die Existenzbedingungen der meisten dieser Bauern sind in Gefahr. Nicht nur die Folgen der EG-Agrarpolitik bekommen sie verstärkt zu spüren. Dazu kommt, daß in diesem Jahr die Obsternte durch späten Frost, häufiger Platzregen und Vogelinvasionen sehr schlecht ausfällt. Damit nicht genug, stellt sich die Industrieansiedlung an der Elbe immer deutlicher als entscheidende Bedrohung für den Obstanbau im Alten Land heraus. Vor einigen Wochen hatte der Botanikprofessor und Fluor-Experte Gordon das Alte Land besucht und vorausgesagt: "In schätzungsweise zehn bis zwölf Jahren wird der Obstanbau nicht mehr wirtschaftlich sein, weil die Bäume von Fluor zerstört worden sind." Fluor ist ein heimtückisches Gift für die Vegetation.

Der Leiter der Obstbauversuchsanstalt Jork, Diplom-Biologe Tiemann, informierte die Versammlung über die bisherigen diesbezüglichen Untersuchungsergebnisse im Alten Land. Anhand von Dias wies er Schäden bei Blättern und Früchten von Obstbäumen nach, die im Umkreis von über einem Kilometer um die Vereinigten Aluminium-Werke bei Stade entstanden sind.

Die Bauern verfolgten die Beweisführung des Referenten ungeheuer aufmerksam. Denn sie brauchen diese Beweise, um sich der massiven Diffamierungen zu erwehren, denen sie von Seiten des Reynolds-Konzerns, der Behörden und der Presse ausgesetzt sind. Fast jeden Tag findet man nämlich in der Lokalpresse Artikel und Stellungnahmen, mit denen die Obstbauern isoliert werden sollen. Die Fluor-Werte seien doch sehr niedrig, die Behauptungen der Bauern plump und unwissenschaftlich, sie wollten damit ja nur die Grundstückspreise in die Höhe treiben, sie würden die Arbeitsplätze bei Reynolds gefährden etc.

In der Diskussion widerlegten die Bauern jedes dieser "Argumente" treffend. Daß es z. B. absurd ist, wenn so getan wird, als hätte der Senat das Aluminiumwerk wegen der Arbeiter angesiedelt, drückte ein Bauer so aus: "Unsere Steuergelder, die Reynolds erhält, hätte man genausogut den Arbeitern geben können. Dann könnten die sich ihr ganzes Leben lang an den Strand legen."

Daß der Senat eben nicht das schaffende Volk vertritt, zeigte derselbe Redner an den hohen Strompreisen für die Bevölkerung auf, während Reynolds ungeheuer viel Strom ganz billig bekommt. Zunehmend richtete sich die Empörung der Versammlung gegen den Senat und insbesondere gegen den Wirtschaftssenator Kern. Und das obwohl der Justitiar des Bauernverbands, der SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Weiland, die Versammlung immer wieder zur "Sachlichkeit" ermahnte. Er forderte vor allem, die Politiker und die Verwaltung aus dem Spiel zu lassen, "auch wenn da sicher einiges kraus gelaufen ist". Es ginge lediglich um Schadensersatzansprüche und um entsprechende juristische Schritte. Nicht feindselig, aber sehr bestimmt, entgegnete ihm ein Bauer: "Sie sind dafür vielleicht noch zu jung und gutgläubig." Er selbst wolle jetzt ganz sachlich sein und extra keine Namen nennen. Er rede nur von einem gewissen Senator, der Reynolds mit finanziellen Zuwendungen hierher gelockt hat und dafür einen kostenlosen 14-tägigen Urlaub in dessen Villa verbringen durfte. Und jeder wisse, wer gemeint ist. "Wenn dieser Senator nicht gewußt hat, was durch das Profitdenken dieses Unternehmers auf uns Obstbauern zukommt, dann ist er nicht wert, Senator zu sein", sagte der Redner unter donnerndem Beifall. "Wenn er es aber gewußt hat – und er mußte es wissen –, dann ist er gemeingefährlich und gehört bestraft. Solche Herren müssen endlich zur Rechenschaft gezogen werden." Die Stimmung im Saal war auf dem Siedepunkt. Auch andere Redner bekräftigten diese Auffassung. Und niemand wagte es, sich offen dagegen auszusprechen. Ein alter Bauer propagierte die Unterstützung einer Notgemeinschaft und machte klar, daß man sich auf einen langandauernden Widerstand einrichten müsse. Der Bürgerschaftsabgeordnete und der Präsident des Hamburger Bauernverbandes, der in der Diskussion sich lieber rausgehalten hatte, fanden mit viel Mühe noch einige fade Abschlußworte.

Diese Versammlung hat gezeigt, daß ein Großteil der anwesenden Bauern politisch stark in Bewegung gekommen ist, während ihre Führer sich mit Appellen an die Regierung wenden bzw. auf den juristischen Weg verweisen. Ausgelöst wurde diese Bewegung durch die Erfahrung, daß sich der Staat im Interesse der Kapitalisten gegen sie stellt. Unsere Aufgabe als Kommunisten wird es sein, die fortgeschrittensten Bauern für die soziale Revolution zu gewinnen, damit eine kontinuierliche und umfassende Politik in der Bauernschaft bald aufgenommen werden kann.

–c, OG Hamburg–

Neue Mißhandlungen aufgedeckt

MANNHEIMER GEFÄNGNISDIREKTOR TRITT KRANKHEITSURLAUB AN / MEHRERE WÄRTER VERHAFTET

An Pfingsten 1974 wurden im Landesgefängnis Mannheim Gefangene von Aufsehern geschlagen. Ein Amerikaner bekam außerdem eine Zigarette ins Gesicht gedrückt.

Schon im Dezember 1973 wurde der Häftling Vast von Aufsehern erschlagen.

Am 17. Juli 1974 wurde wiederum ein Häftling gefoltert. Am nächsten Tag wurde ein lebloser Körper aus der Anstalt abtransportiert. Das berichteten wir in der letzten Ausgabe der Kommunistischen Volkszeitung. Insbesondere den letzten Fall bestreitet Anstaltsleiter Recher. Der Abtransportierte habe Selbstmord begangen aus familiären Gründen. Im übrigen meint Recher, die einzelnen Beamten seien überlastet. "Da ist es durchaus erklärlich, daß mal solche Dinge passieren." (Mannheimer Morgen, 14. August 1974) Das Justizministerium "klärt" die Vorfälle auf seine Art: Einige der niederen Dienstgrade sollen verhaftet worden sein. Drei Beamte wurden wegen der Mißhandlungen an Pfingsten mit Hausverbot belegt. Sie verrichten ihren Dienst jetzt im Heidelberger Gefängnis.

Der Leiter des Mannheimer Gefängnisses, Recher, fühlt sich plötzlich krank und tritt einen Krankheitsurlaub an. Der bisherige Aufsichtsdienstleiter Erbrechte übernimmt eine andere Funktion – im Mannheimer Strafvollzug.

Im übrigen meint Justizminister Bender, die Vorgänge im Mannheimer Landesgefängnis seien polemisch aufgenommen worden. Sein ständiger Vertreter Dr. Rebmann sekundiert: 99,9 % aller Beschuldigungen seien meist haltlos. Inzwischen hat uns ein Brief eines ehemaligen Häftlings erreicht. Daraus wird ersichtlich, warum Vorwürfe dieser Art meist im Sand verlaufen. Anzeigen und Beschwerden der Häftlinge über Mißhandlungen werden einfach ignoriert.

Der Schreiber des Briefes hatte – nach eigenen Angaben – im kriminalpolizeilichen Protokoll eidesstattlich erklärt, daß am 17. Juli 1974 ein Gefangener gefoltert und dabei lebensgefährlich verletzt worden sei. Am 18. Juli vor 6 Uhr sei dieser Häftling in das Krankenrevier gebracht und dann mit einem Krankenwagen abtransportiert worden. Später habe er erfahren, daß der Häftling an seinen Verletzungen gestorben sei.

Trotz dieser eidesstattlichen Aussage, von der Recher als Anstaltsleiter wissen muß, behauptet Recher: Selbstmord aus familiären Gründen. Im übrigen erhärtet der Briefschreiber die Vorwürfe und fügt neue hinzu. So soll der Taxifahrer U.W. so schwer mißhandelt worden sein, daß er jetzt eine Gesichtsplastik tragen muß. Obwohl ihm 10 000 DM Schadensersatz angeboten wurden – ein klares Schuldbekenntnis – blieben die namentlich bekannten Beamten strafrechtlich unbehelligt.

– K., Mannheim –



Militär- und Polizeiangehörige der reaktionären Regimes in Südkorea, Brasilien und aus den USA waren "Gäste" dieser Übung der westdeutschen Polizei, in der die Zerschlagung der Rebellion der Arbeiterklasse und des Volkes geübt wurde. "Bei ihrer Aktion wurden die Polizeibeamten mit lauten Buhrufen und dem Schlachtruf 'Zick Zack Bullen Pack' von ihren eigenen Kollegen bedacht. Diese standen nämlich auf der Gegenseite und hatten die 'gefährlichen Demonstranten' darzustellen (nach Kölner Rundschau vom 11.7.74)." Wie bei der westdeutschen Polizei werden auch bei der Bundeswehr Polizisten und Armeeoffiziere für die bürgerlichen Regimes in aller Welt ausgebildet. Über einen Besuch 23 türkischer Stabsoffiziere bei der Bundeswehr, die sich über das Waffensystem HAWK informierten, schreibt die Zeitschrift "Luftwaffe" Nr.5/74: "Ein schmackhaftes Hammelessen – eine kleine Konzession an die verwöhnten Gaumen der Gäste aus dem äußersten Südosten Europas – fand ungeteilte Anerkennung. Ein Film über den 'Beweglichen Einsatz' rundete das Bild ab!"

Miete bis ins Jenseits

Im nachfolgenden Schreiben eines Hausbesitzers aus Laatzen an seine Mieterin in Bevensen drückt sich das Verhältnis zwischen Vermieter und Mieter ganz nackt und offen aus. Profit ist das einzige Interesse des Vermieters. Deshalb ist es für ihn ganz selbstverständlich, die ältere Mieterin mit finanziellen Forderungen, die erst nach ihrem Tode eintreten können, schon jetzt zu belasten. Und diese Wohnungskapitalisten scheuen sich nicht, falls es zur Sicherstellung ihres Profits notwendig ist, gerade den älteren Mietern gegenüber zu jeglicher Schikane zu greifen.

Sehr geehrte Frau M.!
In Anbetracht des langjährigen Mietverhältnisses werden Sie auch inzwischen gewisse Vorsorge für die Zukunft getroffen haben.
Ich bitte Sie daher höfl., mir nachstehende Fragen zu beantworten, die sich auf die Situation nach ihrem Ableben beziehen und für deren Klarheit ich ein berechtigtes Interesse in Anspruch nehme.
1. Wer ist für die Weiterzahlung der Miete nach Ihrem ableben und bis zur Wiedervermietung zuständig?
Name: Anschrift:
Ist die genannte Person verständigt? Ja/Nein, Bem.:
2. Wer ist für die Räumung der Wohnung und Abtransport der Möbel verantwortlich?
3. Wer läßt nach Ihrem Ableben die Renovierungsarbeiten ausführen, für die Sie lt. Mietvertrag verantwortlich sind?
In welcher Höhe haben Sie hierfür Rücklagen geschaffen? DM . . .
Ist dieser Betrag bei einem Geldinstitut hinterlegt? Ja/Nein
Bei welchem:
4. Welche Personen sind Ihre Erben? Geben Sie bitte nachstehend die Namen und Anschriften an:
Senden Sie mir bitte die Zweitschrift alsbald ausführlich beantwortet zurück. Sicher haben Sie Verständnis dafür, daß aus unserem Mietvertrag in Ihrem fortgeschrittenen Lebensalter gewisse Klarheiten zu schaffen sind.
Ich wünsche Ihnen weiterhin noch einen schönen Lebensabend und verbleibe mit freundlichem Gruß

gez.: Vermieter

J.O., Hamburg

Horror-Ausstellung

POLIZEIAUSSTELLUNG IN AUGSBURG

Im Augsburger Rathaus zeigt das bayerische Innenministerium gemeinsam mit der Hans-Seidel-Stiftung eine Ausstellung mit dem Titel "Angriff auf unsere Demokratie!". Augsburg ist die 12. bayerische Stadt, in der diese Ausstellung gezeigt wird.
Zu sehen sind in der Ausstellung hauptsächlich Flugschriften aus der Studentenbewegung und solche von anarchistischen und spontaneistischen Gruppen. Die Aussteller schaffen es, von der DKP bis zur RAF alles in einen "linksradikalen Topf" zu werfen. Zu alledem wird dem Besucher auch das Gruseln vor allen "Linksextremisten" gelehrt: Ein "Politrocker" mit Tarnkleidung und Schlagstock wird durch eine lebensgroße Puppe in einem Glaskasten dargestellt. Auch kann man einige selbstgebastelte Bomben bewundern.
Damit haben wir schon ein Ziel, das mit dieser CSU-Ausstellung im SPD-Rathaus verfolgt wird, nämlich die Kriminalisierung der ganzen kommunistischen Bewegung und die Isolierung aller fortschrittlichen Menschen von der Bevölkerung.

Die Herren Aussteller werden ihr Ziel nicht erreichen, immer mehr Menschen werden sich außerhalb dieser Ordnung stellen, werden für mehr Lohn und mehr Rechte eintreten und kämpfen. Sie werden sich von keiner Horror-Ausstellung davon abbringen lassen, aber auch nicht durch die Drohung, verfolgt zu werden.

–U.G.–

Bürger bilden Untersuchungsausschuss

DIE MANNHEIMER NEHMEN DIE AUFKLÄRUNG ÜBER DIE POLIZEISCHIESSEREI IN KÄFERTAL IN DIE EIGENE HAND

Mannheim. Am 17.Juni wurde ein Arbeiter von einer Polizeistreife in Zivil erschossen. Zwei weitere wurden schwer verletzt. Wir berichteten darüber in der letzten KVZ. Inzwischen wurde von Mannheimer Bürgern ein Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der Polizeischießerei in Mannheim-Käfertal gebildet. Obwohl Polizei und Staatsanwaltschaft alles unternahmen, um die Aufklärung zu verhindern, Zeugen verhafteten, gegen eine Dokumentation und gegen die KVZ Beschlagnahmeverfügungen erliessen, Verkäufer dieser Dokumentation und der KVZ auf offener Straße festnahmen, konnten sie nicht verhindern, daß auf den Aufruf des Ausschusses über 600 Menschen sich versammelten. Diese Versammlung beschloß mit großer Mehrheit nach einer breiten Debatte und ausführlichen Prüfung der Tatsachen eine Bekanntmachung, die von 400 Menschen mit ihrer Unterschrift namentlich gezeichnet im ganzen Stadtgebiet auf Plakaten veröffentlicht wird. In dieser Bekanntmachung heißt es: "Aufgrund dieser Tatsachen sind wir zu der Überzeugung gekommen, daß die 'Sonderstreife' und diejenigen, die solche Streifen einsetzen und kommandieren, des Totschlags schuldig sind. Sie haben weiter alles unternommen, die Tatsachen zu-unterdrücken."

Knapp eine Woche nach dieser Veranstaltung erklärt die Staatsanwaltschaft jetzt, sie werde das "Ergebnis ihrer Ermittlungen" Ende August in einer Pressekonferenz vorlegen, nachdem für sie der Fall schon als "Notwehr der Polizisten" zu den Akten gelegt war. 400 Ankläger, die öffentlich mit ihrer Unterschrift ihre Anklage vertreten, lassen sich nicht mehr mit strafrechtlichen Mitteln zum Schweigen bringen. Und auch die bürgerliche Lokalpresse, die wochenlang die aufgedeckten Tatsachen totgeschwiegen hatte und nur die Stellungnahmen von Staatsanwaltschaft und Polizeiführung gebracht hatte, muß nun nach dem Erfolg der öffentlichen Veranstaltung zumindest Leserbriefe abdrucken.

Einen verhafteten Zeugen mußte die Polizei inzwischen freilassen. Und auch Teile des Stadtrats mußten Zusagen für eine Untersuchung machen.

DIE DECKUNG DER VERANTWORTLICHEN WIRD DÜNNER. DIE WAHRHEIT LÄSST SICH NICHT ZUDECKEN.

Aber noch immer wird ein junger Mann in Haft gehalten und wird damit versucht, einerseits die Schuld an der Schiesserei den Betroffenen selbst anzuhängen und zugleich lästige Zeugen auszuschalten. Weiterhin versucht die Polizei, Zeugen durch alle Arten von Druckmitteln und Vernehmungstricks zu Aussagen zu zwingen. Weiter geht sie mit Beschlagnahmungen gegen Veröffentlichungen vor. Nachdem sie die ersten Beschlagnahmeverfügungen wegen allzu offensichtlicher Rechtsverstöße wieder aufheben mußte, hat die Justiz sowohl gegen die Dokumentation als auch gegen die KVZ eine rechtlich geschicktere Verfügung erlassen, und gleich noch eine polizeiliche Durchsuchung der Ortsdruckerei des KBW durchführen lassen. Insgesamt aber ist der Versuch von Staatsanwaltschaft, Justiz, Polizei und Stadtverwaltung, die Polizeischiesserei zu vertuschen, gescheitert.. Die Verantwortlichen werden sich weiterhin gegenseitig decken, aber ihre Deckung ist dünn gegenüber der wachsenden Öffentlichkeit.
Zu der Veranstaltung waren sie alle geladen, die Verantwortlichen von Polizei und Stadtverwaltung, die Fraktionsvorsitzenden der Parteien im Stadtrat. Doch keiner war erschienen. Der stellvertretende Polizeipräsident Thomas meinte, noch gäbe es eine Demokratie und da könne er so nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Kripochef Müller weigerte sich, sich einem "Volkstribunal" zu stellen. Hartung (CDU), der die Beschlagnahmung der Dokumentation für richtig hielt, weigerte sich ebenso wie sein Kollege von der SPD-Fraktion, Müller, sich zur Rechenschaft zu stellen, und auch die DKP wollte sich nicht "vorladen lassen". Die Versammlung nahm dieses Lehrstück bürgerlicher Demokratie zur Kenntnis und nahm ihre Aufgabe der öffentlichen Untersuchung, Urteilsfindung und Anklageerhebung unter breiter Beteiligung aller Anwesenden wahr.

DER RICHTIGE WEG AN DIE ÖFFENTLICHKEIT UND DIE SACKGASSEN DER SEKTIERER

Dabei waren die Anstrengungen, die unternommen wurden, um die Rechte der Betroffenen öffentlich geltend zu machen, keineswegs von Anfang an erfolgreich. Es kam zunächst entscheidend darauf an, eine richtige öffentliche Meinung über die Polizeischiesserei herzustellen und der Meinungsmache von Polizei und Presse entgegenzutreten. Bevor überhaupt mit dieser Arbeit ernsthaft begonnen worden war, hatte die Gruppe Rote Fahne (KPD) schon ihren Vorschlag für eine sofortige Demonstration durchgesetzt, an der dann nur 150 Menschen teilnahmen. Diese Demonstration hatte faktisch ohne vorherige Überzeugungsarbeit stattgefunden und war deshalb überhaupt nicht geeignet, den von Polizei und Presse geschürten Vorurteilen gegen Jugendliche, Rocker und gegen die Bewohner der Obdachlosensiedlung der Benz-Baracken entgegenzutreten.
Da die KBW-Ortsgruppe sich zunächst auf das Gerangel mit dem Freundeskreis der Gruppe Rote Fahne (KPD) um die Gewinnung von Teilen der betroffenen Jugendlichen eingelassen hatte, war sie nicht in der Lage, rechtzeitig die richtigen Vorschläge zu machenund in die Tat umzusetzen. Es kam zunächst darauf an, mit dem öffentlichen Verkauf der Dokumentation in der Stadt viele Menschen direkt anzusprechen, die öffentliche Debatte zu organisieren und damit die Veranstaltung vorzubereiten, auf der die Verantwortlichen öffentlich zur Rechenschaft gezogen werden sollten. Daß diese Öffentlichkeit geschaffen wurde und daß die Polizei mit ihren Übergriffen das öffentliche Auftreten nicht verhindern konnte, dafür war entscheidend, daß auch der Aufruf zu der Veranstaltung mit der Forderung nach Rechenschaft der Verantwortlichen von 150 Menschen mit ihrer Unterschrift auf Plakaten bekannt gemacht wurde. Die Forderung nach Rechenschaft gab den Debatten ein praktisches Ziel und machte die bestehenden Fronten zwischen der Bevölkerung und den Staatsorganen deutlich. Dadurch wurde erst möglich, daß sich breitere Teile der Bevölkerung an der Aufklärung und Verbreitung der Wahrheit praktisch beteiligen konnten.

Dagegen war für die Gruppe Rote Fahne (KPD) die Sache offensichtlich mit der mißglückten "Demonstration der 150" gelaufen, und sie fand auch gar kein Verständnis dafür, daß die Betroffenen zusammen mit allen Teilen der Bevölkerung, die dafür gewonnen werden können, ihr Recht gegenüber der für die Schiesserei verantwortlichen Staatsmacht praktisch zur Geltung bringen. So jammerten sie auf der Veranstaltung, daß diese gar nicht ihren Vorstellungen entspräche, obwohl sie doch den Fall als erste entdeckt hätten und beschimpften die ganze Versammlung. Vor der Versammlung hatten sie ein Flugblatt herausgegeben, in dem sie schrieben: "Wir wissen, daß wir noch keine Möglichkeit haben, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen", obwohl doch die Versammelten gerade zur Durchsetzung dieses Rechts praktische Schritte unternahmen. Stattdessen empfahl die Gruppe Rote Fahne (KPD), auf den Tag der Abrechnung zu warten. Sie schrieben: "Wir wissen aber auch, daß dieser Tag kommen wird. so sicher wie das Jahr 1933 das Jahr 1945 nach sich gezogen hat. Diesmal wird jedoch ernst mit der Entnazifizierung gemacht. Halbheiten wie damals wird es keine mehr geben. Deshalb setzen wir uns schon heute mit den Mördern nicht an einen Tisch." Die Versammelten, die jetzt die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen wollten, beschimpften sie als "Opportunisten". Dabei wurden sie von der Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) unterstützt, deren Vertreterin sagte: "Wenn sie, die Versammelten, das nicht sehen wollten, dann sind sie keine Kommunisten, sondern nur einfache Menschen."
Die Versammlung wies diese dummen Belehrungen empört zurück, und ließ sich nicht davon abhalten, Anklage zu erheben und zu diskutieren, wie man die Verantwortlichen stellen kann.

"WIR WERDEN UNS MIT DIESEN ZUSTÄNDEN NICHT ABFINDEN"

Die Versammlung blieb in ihrer Untersuchung nicht nur bei der Verurteilung des Vorgehens der Staatsgewalt stehen, sondern legte auch die sozialen Ursachen für die Rechtlosigkeit in dieser Gesellschaft offen. In der beschlossenen Bekanntmachung heißt es: "Aufgrund der uns vorliegenden Tatsachen und der Erfahrungen mit der Haltung der verantwortlichen Stellen kommen wir zu der Schlußfolgerung: Es ist für einen Arbeiter in dieser Gesellschaft nicht möglich, zu seinem Recht zu kommen. Eine Polizeischiesserei wie in Käfertal ist in den Villenvierteln und vor den Hotels der Reichen undenkbar. Mit derartiger Rücksichtslosigkeit bewegt sich die Polizei nur in den Wohnvierteln der Arbeiter und Angestellten und vor Lokalen, die von Arbeitern und Angestellten besucht werden. Und noch unvorstellbarer ist, daß die offiziellen Stellen dem zufälligen Übergriff von Polizeibeamten gegen einen bedeutenden Kapitalisten genauso gleichgültig gegenüberstehen würden, wie sie es tun angesichts der willkürlichen Erschießung eines jungen Arbeiters. Solche Zustände sind unerträglich, wir werden uns mit ihnen nicht abfinden."
In den anstehenden Prozessen wird es darauf ankommen, nicht nur die Täter und Verantwortlichen anzuklagen. Mit jedem Beweis ihrer Schuld wird das Mißtrauen in den Staat und seinen Gewaltapparat größer und es wird klarer, daß solche Willkür erst beendet sein wird, wenn die Arbeiter die Macht im Staat haben.
Ein nächster Schritt des Untersuchungsausschusses, um die Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit fortzusetzen, war die Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse in einer zweiten Dokumentation. Am Ende der Bekanntmachung, die auf der Versammlung verabschiedet wurde, heißt es: "Wir werden weiterhin eintreten für die vollständige Aufklärung der Polizeischiesserei in Käfertal. Wir verlangen von den Verantwortlichen, daß sie öffentlich zu den erhobenen Vorwürfen Stellung nehmen, und damit aufhören, die Vorwürfe zu vertuschen. Überall, wo wir arbeiten, in Betrieben und Gewerkschaften, in Schulen und Universitäten, werden wir weiterhin die Wahrheit über die Vorfälle in Käfertal verbreiten. Unsere Forderungen sind:
Freilassung aller inhaftierten Zeugen!
Veröffentlichung der polizeilichen Untersuchungsergebnisse!
Sofortige Einstellung aller Zivilstreifen!
Öffentliche Stellungnahme der Repräsentanten des Staates!
Aufhebung aller Beschlagnahmungsverfügungen im Zusammenhang mit dem Totschlag in Käfertal!"
Mit diesen Forderungen wird es jetzt darauf ankommen, die begrenzte Öffentlichkeit, die die Behörden herstellen mußten, zu vergrößern und so die tatsächlichen Verantwortlichen vor die Bevölkerung zu zerren.

D.R., OG Mannheim

BASF: Ausbeutung weltweit

SCHRANKENLOSE AUSPLÜNDERUNG UND AUSBEUTUNG – DAS IST DIE DEVISE

In Lateinamerika ist die BASF mit 25 Tochter- und Beteiligungsgesellschaften mit etwa 4 000 einheimischen Mitarbeitern in 29 Ländern Lateinamerikas tätig. In Afrika ist sie mit 15 eigenen Gesellschaften, 20 Fremdvertretungen in 31 Ländern dieser Region vertreten. In Asien hat die BASF 16 Beteiligungsgesellschaften.

Auf allen Kontinenten hat sie hohe Umsatzsteigerungen zu verzeichnen. Abgesehen davon, daß sie in diesen Ländern Produktionsstätten hat und viele Waren dorthin verkauft, bezieht sie direkt oder indirekt Unmassen von Rohstoffen aus diesen Ländern, die dann im Stammwerk in Ludwigshafen oder in Tochter- und Beteiligungsgesellschaften verarbeitet werden.

Besonders hervorzuheben ist die Tatsache, daß in Ländern der Dritten Welt mit den reaktionärsten Regierungen die Umsatzsteigerungen oder die Investitionstätigkeit am größten ist. So steht im Geschäftsbericht für das Jahr 1973: Die höchsten Umsätze erzielten wir in der Türkei, im Iran und in Südafrika. In Südamerika sind es Brasilien und Argentinien.

Dieses Jahr brachte die BASF wieder einen Film heraus. Diesmal mit dem Titel: "Schauplatz BASF: Lateinamerika: Impressionen von den Aktivitäten eines Chemieunternehmens zwischen Mexiko und Argentinien." In diesem Film scheint es, daß die BASF ein wohltätiges Unternehmen sei, das nichts anderes will, als "helfen".

Sieht man sich die Sache nun genauer an, erkennt man, daß dies gar nicht so ist. Da werden Fabrikationsanlagen gebaut mit einer für dortige Verhältnisse sehr hoch entwickelten Technologie. Die Länder werden abhängig von Spezialisten aus den entwickelten Industrieländern. Produkte werden hergestellt, die in erster Linie in den Ländern nicht benötigt werden, sondern in die Industrieländer oder in andere Länder exportiert werden. Der BASF kommt es vor allem auf die billigen Arbeitskräfte an. Einschränkungen bezüglich des Umweltschutzes sind dort nicht so groß wie bei uns, weil der Raubbau an der Natur dort noch nicht so weit fortgeschritten ist.

Um ihre Interessen durchzusetzen, unterstützt die BASF z. B. Portugal mit Lieferungen von Pflanzenvernichtungsmitteln, die von den portugiesischen Söldnern gegen die afrikanischen Völker und ihre Befreiungsorganisationen eingesetzt werden, indem Ernten vernichtet werden.

Oder sie liefert über eine Tochtergesellschaft Rückstände aus der Styroldestillation (Styrol ist ein Vorprodukt für Kunststoffe) an amerikanische Firmen, die sie als Benzineindicker zur Brandbombenherstellung benutzen. Früher diente übrigens das viel teuerere Natriumpalmitat als Eindicker.)

D.R., BASF Aufbauzelle

"10 DOLLAR OHNE QUITTUNG – 20 DOLLAR MIT QUITTUNG

Wenn man nach Amerika kommt, lernt man sehr schnell, was ein Polizeistaat ist: Die Polizei ist allmächtig, sie wird von niemandem kontrolliert und ist deshalb korrupt, brutal und unberechenbar. Als ich 1965 zum ersten Mal in den USA war und mich mit den Geschwindigkeitsvorschriften in geschlossenen Ortschaften noch nicht so genau auskannte, wurde ich von einem Streifenwagen gestoppt. Ich war 20 Kilometer zu schnell gefahren. Der Polizist, in knarrenden Lederstiefeln, mit baumelnder Pistole, die Daumen hinter dem Koppel, kam auf mich zu, wie man es im Fernsehen immer sieht, wenn der Sheriff aus seinem Büro kommt, und sagte nur: "10 Dollar ohne Quittung oder 20 Dollar mit Quittung". Es dauerte etwas, bis ich begriff, was das heißen sollte: Entweder 20 Dollar, ordentlich quittiert, an den Staat, oder 10 Dollar in die Tasche des Polizisten. Natürlich bezahlte ich lieber 10 Dollar als 20.

RADIO PEKING

Die zum Teil neuen Frequenzen

täglich 19 bis 20 Uhr
auf
7010 kHz (= 42,8 m)
7780 kHz (= 38,5 m)
und
11445 kHz (= 26,2 m)
Wiederholung der Sendung jeweils von 21 bis 22 Uhr

»Demokratische Junta«

IN SPANIEN WILL DIE BOURGEOISIE EINE REGIERUNG NACH DEM PORTUGIESISCHEN MODELL

Am 30.Juli wurde auf Pressekonferenzen in Madrid und Paris die Öffentlichkeit über die Bildung einer "Demokratischen Junta Spaniens" und ihr Programm in Kenntnis gesetzt. Die Junta ist ein Bündnis von zahlreichen Organisationen und Verbänden der spanischen Bourgeoisie, die mit der Statthalterschaft Francos nicht mehr zufrieden sind, und den spanischen Revisionisten von der PCE sowie den Gewerkschaftsorganisationen wie den "Arbeiterkommissionen" (CC.OO.). Die PSOE (sozialdemokratisch) und die Christdemokraten um Ruiz Jimenez sind der Junta noch nicht beigetreten, ihr Beitritt wird aber nicht lange auf sich warten lassen.

Die Junta ist ein Regierungsbündnis für die Übergangszeit zur Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie – ähnlich wie in Portugal. Das Programm der Junta ist das folgende: Bildung einer provisorischen Regierung; sofortige Amnestie aller politischen Gefangenen; ausnahmslose Zulassung von Parteien; Gewerkschaftsfreiheit und Übergabe des Vermögens der Zwangssyndikate an die Arbeiterbewegung; Streikrecht; Versammlungs-, Presse- und Demonstrationsfreiheit; Anerkennung der politischen Persönlichkeit im Rahmen eines spanischen Einheitsstaates für das katalanische, baskische und galizische Volk und aller regionalen Gemeinschaften, die dies demokratisch wünschen; Trennung von Kirche und Staat; Volksbefragung über die Staatsform innerhalb von 12 bis 18 Monaten; Eintritt in die Europäische Gemeinschaft.

Seit 1969 betreiben die Revisionisten von der PCE unter dem Schlagwort 'Freiheitspakt' (Pacto para la Libertad) den Zusammenschluß aller irgendwie in Opposition zum Franco-Regime stehenden Kräfte in Spanien auf der Grundlage eines "Minimalprogramms", das fast wörtlich seinen Niederschlag im Programm der Junta gefunden hat. Auf regionaler Ebene konnten solche Zusammenschlüsse bereits erzielt werden, zuerst in Katalonien. In Madrid – und infolgedessen auf nationaler Ebene – gelang dies trotz zäher Verhandlungen während der ganzen Jahre nicht. Trotz aller Angebote und Beteuerungen der PCE, den gesteckten Rahmen zu respektieren, fürchteten die Bourgeois-Politiker bisher um ihre Führung in einem solchen Pakt und um ihre Herrschaft über die spanische Arbeiterklasse und das spanische Volk. Jetzt ist dieser Pakt für die spanische Bourgeoisie aber direkt notwendig geworden. Die demokratische Massenbewegung in Spanien und die nicht abbrechenden Kämpfe der spanischen Arbeiterklasse haben einen großen Aufschwung genommen.

Das Franco-Regime ist angeschlagen und stark gezeichnet. Die Bourgeoisie und der Imperialismus in Spanien haben keine Ruhe mehr, sie fürchten um ihre Sicherheit und ihre Herrschaft. Mit Bekanntwerden der schweren Krankheit Francos brachen die Diadochenkämpfe mit ganzer Wucht offen aus.

Angesichts dieser Verhältnisse, wo das herrschende Regime total zerschlissen ist, greift die Bourgeoisie auf die Revisionisten von der PCE zurück, die über einen breiten Einfluß in der Arbeiterklasse und unter den Volksmassen verfügen. Die PCE läßt keinen Zweifel daran, daß sie diesen Einfluß zur Sicherung der bürgerlichen Herrschaft in das Regierungsbündnis einbringen wird. Der Revisionistenführer Carillo hat das zuletzt am 23.6. auf dem Kongreß von Genf, an dem sich 20 000 Spanier aus allen Teilen Westeuropas beteiligten, ganz unzweideutig erklärt. (Wir berichteten darüber in der KVZ Nr. 14.) Ziel der Revisionisten von der PCE ist die Unterordnung der Interessen der spanischen Arbeiterklasse und des Volkes unter die Interessen der Bourgeoisie und des Imperialismus. Ob das ihr gelingen wird, hängt von den Volksmassen und der Arbeiterklasse ab.

K.S.

Zeitungsverbote in Portugal
DIE TATEN DER PORTUGIESISCHEN REGIERUNG / REISEBERICHT
Am 30.Juli fand auf einem der größten Plätze der Innenstadt Lissabons, dem Rossio, eine von ca. 6 000 Menschen besuchte antikolonialistische Kundgebung der MRPP (Bewegung zum Wiederaufbau der Partei des Proletariats) statt. Ein Soldat der portugiesischen Streitkräfte
Faschismus' und 'In Worten Freiheit, in Taten Faschismus'.
Inzwischen standen tausende von Menschen in den Seitenstraßen zusammengedrängt. Viel heftiger als am Nachmittag wurden die Maßnahmen der Regierung diskutiert und immer wieder die Frage gestellt, ob sich die
Meinungen gegen das Militär und seinen Einsatz in den Kolonien durch den portugiesischen Staat gewaltsam unterdrückt werden. Es wird immer deutlicher, daß die neue portugiesische Regierung nicht die umfassende Demokratie für das Volk fördert und unterstützt, sondern die Unterdrü-
gramms", das fast wörtlich seinen Niederschlag im Programm der Junta gefunden hat. Auf regionaler Ebene konnten solche Zusammenschlüsse bereits erzielt werden, zuerst in Katalonien. In Madrid – und infolgedessen auf nationaler Ebene – gelang dies trotz zäher Verhandlungen während der ganzen Jahre nicht. Trotz aller Angebote und Beteuerungen der PCE, den gesteckten Rahmen zu respektieren, fürchteten die Bourgeois-Politiker bisher um ihre Füh-
am 23.6. auf dem Kongreß von Genf, an dem sich 20 000 Spanier aus allen Teilen Westeuropas beteiligten, ganz unzweideutig erklärt. (Wir berichteten darüber in der KVZ Nr. 14.) Ziel der Revisionisten von der PCE ist die Unterordnung der Interessen der spanischen Arbeiterklasse und des Volkes unter die Interessen der Bourgeoisie und des Imperialismus. Ob das ihr gelingen wird, hängt von den Volksmassen und der Arbeiterklasse ab.
K.S.

Zeitungsverbote in Portugal

DIE TATEN DER PORTUGIESISCHEN REGIERUNG / REISEBERICHT

Am 30.Juli fand auf einem der größten Plätze der Innenstadt Lissabons, dem Rossio, eine von ca. 6 000 Menschen besuchte antikolonialistische Kundgebung der MRPP (Bewegung zum Wiederaufbau der Partei des Proletariats) statt. Ein Soldat der portugiesischen Streitkräfte hielt eine Rede, in der er die portugiesischen Kolonialkriege anprangerte. Er forderte vollständige Unabhängigkeit für die Völker der Kolonien und den sofortigen Abzug aller Truppen. Seine Kameraden in den portugiesischen Kolonien rief er auf, zu desertieren.

Daraufhin wurden am nächsten Tag vier Zeitungen, die darüber berichtet hatten, darunter die 'Luta Popular' (Zeitung der MRPP), verboten. Drei Mitglieder und Redakteure der 'Luta Popular' wurden verhaftet. Von der portugiesischen Regierung wurde "eine rigorose Bestrafung (. . .) angekündigt gegen Fälle von konkreter ideologischer Aggression gegen den Geist und das Programm der 'Bewegung der Streitkräfte' sowie gegen Verletzungen der staatsbürgerlichen Freiheiten und der Demokratie". Die Warnung richtet sich gegen "Elemente, die in extrem-linken Gruppen organisiert sind, oder als Einzelgänger handeln . . ." Als strafwürdig wird die Agitation durch das geschriebene Wort, in Sitzungen oder in öffentlichen Demonstrationen bezeichnet (Süddeutsche Zeitung vom 6.8.74). Inzwischen wurde das Zeitungsverbot für die drei regierungstreuen Zeitungen wieder aufgehoben. Für den 7.8. um 19.30 Uhr war von der vom Zeitungsverbot und den Verhaftungen betroffenen kommunistischen Organisation eine Protestkundgebung auf dem Rossio-Platz angekündigt. An diesem Tag waren wir Augenzeugen folgender Ereignisse:

Schon am frühen Nachmittag waren auf dem Rossio viele Diskussionsgruppen anzutreffen, große Plakate waren aufgehängt, politische Broschüren und die verbotene Zeitung 'Luta Popular' wurden verkauft. Immer mehr Menschen versammelten sich auf dem Platz, diskutierten oder hörten aufmerksam zu.

Kurz vor 18 Uhr lief auf einmal eine Horde von etwa 8 bis 12 jährigen Jungen auf die Plakate zu und rissen systematisch eines nach dem anderen ab. Keine 10 Minuten später rollten ca. 12 Schützenpanzer des portugiesischen Militärs mit aufgepflanzten Maschinengewehren auf den Platz und kreisten ihn ein. Die versammelten Menschen wurden von einem großen Polizeiaufgebot vom Platz in Seitenstraßen abgedrängt. Die Polizeieinheiten riegelten den Platz hermetisch ab, wobei sie von schwer bewaffneter Militärpolizei und Sondereinheiten unterstützt wurden. Das Ganze dauerte nur wenige Minuten.

Das Militär wurde beim Aufmarsch von einem Teil der versammelten Menge mit Applaus begrüßt, die Masse der Menschen verhielt sich abwartend und ließ sich abdrängen. Vereinzelt wurden Rufe laut wie: 'Das ist Faschismus' und 'In Worten Freiheit, in Taten Faschismus'.

Inzwischen standen tausende von Menschen in den Seitenstraßen zusammengedrängt. Viel heftiger als am Nachmittag wurden die Maßnahmen der Regierung diskutiert und immer wieder die Frage gestellt, ob sich die Lage nach dem Putsch verbessert habe. Diejenigen, die sich in den Diskussionen offen gegen das Militär und die Kolonialpolitik aussprachen, wurden systematisch von Greiftrupps der Militärpolizei aus den Diskussionsgruppen herausgeholt und verhaftet. Unbewaffnete Uniformierte dienten der Militärpolizei dabei als Spitzel, die in den Diskussionen oppositionelle Meinungen herausforderten. Dabei wurden regelrechte Menschenjagden über die Plätze und Straßen veranstaltet, da sich die gesamte Diskussionsgruppe beim Nahen der Polizei auflöste, wegrannte und andere Menschen mitriß. In ein bis zwei Stunden hatte die Militärpolizei in dieser Weise etwa 20 Menschen verhaftet. Doch dann änderte sich langsam das Bild. Die Menschentrauben wurden immer größer und dichter, so daß für die Polizei keine Möglichkeit mehr bestand, an den Kern der Diskutierenden heranzukommen. Die Greiftrupps blieben nun oft in der riesigen Menschenmenge stecken und mußten nach kurzer Zeit erfolglos abziehen. Bis in die Nacht hinein hielten die Armeekommandos den Rossio besetzt, denn die Menschenansammlungen in den Straßen und den umliegenden Plätzen hatten sich kaum verringert.

Kurz bevor wir an diesem Abend aus Lissabon abreisen mußten, trafen wir einen deutschsprachigen Portugiesen, der uns erklärte, daß die Armee noch überwiegend vom Volk als Garant der Demokratisierung nach dem Putsch gegen das faschistische Regime angesehen würde, daß sich aber heute Unmut gegen die Aktion des Militärs breitgemacht habe. Wenn sich derartige Maßnahmen häuften, würde sich dieser Unmut sehr bald gegen das Militär selbst wenden.

Noch in derselben Nacht lasen wir beim Verlassen Lissabons in der 'Süddeutschen Zeitung' vom 6.8.74 eine Erklärung des außenpolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion, Bruno Friedrich, in der er sich vor der westdeutschen Öffentlichkeit dafür aussprach, "Portugal in der schwierigen Übergangsphase zur Demokratie besondere Hilfe zu leisten". Friedrichs betonte: "Es sei jetzt besonders wichtig, daß dem portugiesischen Volk beim Aufbau demokratischer Parteien Hilfe angeboten werde" und gab weiter bekannt, "Die Regierung in Lissabon werde Firmen aus der Bundesrepublik einladen, in Portugal zu investieren".

Am 7.August konnten wir mit eigenen Augen sehen, daß das portugiesische Volk unter dieser Regierung und der sie stellenden 'demokratischen Parteien' nicht einmal das demokratische Recht der Versammlungs-, Presse-, Meinungs- und Organisationsfreiheit genießt, sondern oppositionelle Meinungen gegen das Militär und seinen Einsatz in den Kolonien durch den portugiesischen Staat gewaltsam unterdrückt werden. Es wird immer deutlicher, daß die neue portugiesische Regierung nicht die umfassende Demokratie für das Volk fördert und unterstützt, sondern die Unterdrückung organisiert und darüberhinaus ausländischen Konzernen billige Arbeitskräfte zur Ausbeutung feilhält.

i.A. J.Sch.,Göttingen

In der vergangenen Woche wurde in Lissabon eine erneute Demonstration für die Unabhängigkeit der Kolonien wiederum von der Regierung verboten. Als die Teilnehmer sich trotzdem sammelten, weil sie von dem Verbot nicht mehr in Kenntnis gesetzt werden konnten, wurde die Versammlung durch brutalen Einsatz von Polizei und Militär aufgelöst. Die Polizei schoß wild in die Menge. Ein Demonstrant wurde getötet, mehrere verletzt.

Die portugiesischen Revisionisten der Kommunistischen Partei Portugals und die Sozialdemokraten haben die Schießerei verurteilt und Provokateure dafür verantwortlich gemacht. Darum aber geht es nicht, es geht vielmehr um die Politik der Regierung, in der beide Parteien Minister haben. Die Regierung beteuert immer wieder, daß sie den Kolonien die Unabhängigkeit geben will. Ihre Taten aber sind solchen öffentlichen Beteuerungen direkt entgegengesetzt.



Rom Die italienische Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen führten Streiks und große Demonstrationen durch gegen die Faschisten nach deren Anschlag auf den Schnellzug Italicus, bei dem 12 Menschen getötet wurden. Auf vielen Transparenten wurden Parolen mitgeführt, die zum Ausdruck brachten, daß nur die Arbeiterklasse geeint auf dem Boden des Klassenkampfes dem Faschismus wirksam begegnen kann.

Breite Aktionen der französischen Bauern

Straßensperren von empörten Bauern in ganz Frankreich wurden überall durch Presse und Fernsehen bekannt. Allein zwischen dem 20. Juli und dem 27. Juli waren es über 60, davon die meisten auf Hauptverkehrsstraßen.
Hinzu kamen großangelegte Verkäufe "vom Erzeuger direkt an den Verbraucher", wobei die Bauern bis zu 20 % teurer als die üblichen Erzeugerpreise verkauften, die Käufer das Fleisch z.B. aber noch 30 % billiger als im Geschäft bekamen.
Was die bürgerliche Presse aber am meisten in Unruhe versetzt hat, das war die zunehmende Abkehr der Bauern vom Staat, die sich in zahlreichen Aktionen ausdrückte.

Im Departement l'Aisne warfen die Bauern den Präfekten (höchster Beamter des Departements) in Laon, die Unterpräfekten in Venins und St. Quentin zur gleichen Zeit aus dem Bett: um 3 Uhr nachts. Sie nannten das "Operation Schlaflosigkeit für die Behörden".

Um gegen die drückende Steuerlast zu demonstrieren, schütteten Bauern im Departement Jura 5 000 Liter Jauche vor das Bezirksfinanzamt.

Im Departement Lot wurde der Unterpräfekt von einer Menge aufgebrachter Bauern auf den Kühler eines Traktors gesetzt und an der Spitze eines Demonstrationszuges durch das Städtchen Saint-Cere gefahren.

An mehreren Präfekturen wurden Schweinsköpfe auf die Eisengitter gesteckt und statt der Trikolore Kuhfladen gehißt.

Auch die großen Zwischenhändler bekamen die Wut der Bauern zu spüren.

Zum Beispiel besetzten hunderte von Bauern am 24. Juli die Markthallen von Bordeaux und hielten sie so lange besetzt, bis sie sämtliche preisbrechenden Billigimporte entfernt hatten. Die Polizei wagte nicht einzugreifen.

DIE FRANZÖSISCHEN BAUERN WENDEN SICH AN DIE ARBEITERKLASSE UND AN DAS VOLK

Was die französischen Bauern taten und tun, waren aber keineswegs engstirnige Racheaktionen. Vielmehr suchten sie nach Bundesgenossen und sie stellten ihre Probleme deswegen vor der Arbeiterklasse und den übrigen Volksmassen dar. Damit wollten sie auch verhindern, daß ein Keil zwischen die Erzeuger auf dem Lande und den Verbrauchern in den Städten getrieben wird.

Denn die Kapitalisten sind in der letzten Zeit immer sehr schnell bei der Hand gewesen, die Bauern zum Sündenbock für die Steigerung der Lebenshaltungskosten zu stempeln. Und die Regierung haut kräftig in dieselbe Kerbe.

Deshalb haben die Bauern die Urlaubszeit gut genutzt. Durch die Straßensperren erreichten sie während des Ferienreiseverkehrs in die ländlichen Gebiete zehntausende von Arbeitern, Angestellten und Beamten aus den Städten. Sie verteilten Flugblätter und informierten durch Spruchbänder und Lautsprecher die Touristen über ihre Lage und ihre Ziele. Durch die "direkten Verkäufe" machten sie klar, daß nun wirklich nicht die Bauern für die hohen Lebensmittelpreise verantwortlich sind. Insgesamt konnte man feststellen, daß das übrige Volk den Kampf der Bauern für berechtigt hält und damit sympathisiert. Die Taktik, die Bauern als Subventionsempfänger darzustellen, denen es blendend geht und die auch noch an den hohen Preisen ungeheuer verdienen, scheint nach dem, was ich mitbekommen habe, ziemlich fehlgeschlagen. Das ist ein wichtiger Schritt hin zur Einheit des französischen Volkes unter Führung der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten und ihren Staat.

– H.S., Ortsaufbaugruppe Opladen –

Hungersnot auf den Kapverden

AUFRUF DER AFRIKANISCHEN PARTEI FÜR DIE UNABHÄNGIGKEIT VON GUINEA – BISSAU UND DEN KAPVERDISCHEN INSELN (PAIGC)

Die Republik Guinea-Bissau wird im September von der UNO-Vollversammlung die Mitgliedschaft erhalten. Die BRD und die anderen EG-Staaten haben die Republik Guinea-Bissau letzte Woche anerkannt. Die Imperialisten vollziehen aber die Anerkennung mit Haken und Ösen. Sie wollen nicht anerkennen, daß die Kapverdischen Inseln Bestandteil der Republik Guinea-Bissau werden. Sie versuchen, die Kontrolle über die Kapverdischen Inseln zu behalten. Dabei haben die Imperialisten nur Unglück über das Volk auf den Kapverdischen Inseln gebracht und nichts getan, seine materielle Versorgung zu sichern, so daß die Menschen von einer Hungersnot bedroht sind. Wir veröffentlichen im folgenden einen Aufruf der PAIGC (Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Guinea-Bissau und den Kapverdischen Inseln) zu helfen, die Hungerkatastrophe abzuwenden:

Im April 1971 gab unser unvergessener Generalsekretär Amilcar Cabral, der bedeutendste Aktivist unserer Partei und Begründer unserer Nation, auf einer Pressekonferenz in Stockholm der Welt bekannt, daß unser Volk auf den Kapverdischen Inseln von einer unvorstellbaren Hungersnot und unbeschreiblichem Elend bedroht ist. Am 21.Mai desselben Jahres gab Cabral eine Erklärung ab, die auf die seit 4 Jahren herrschende Hungersnot hinwies. Durch diese Hungersnot sind mehrere Tausend unserer Landsleute tödlich bedroht. Damals hat die internationale öffentliche Meinung Kenntnis davon genommen, daß das faschistische und kolonialistische Regime Caetanos die internationale humanitäre Hilfe kategorisch abgelehnt hat, die die Hungersnot auf den Kapverdischen Inseln mildern sollte. Diese Hungersnot ist Folge der Dürre, die sich auf die gesamte Sahel-Zone ausdehnte. Während die internationale humanitäre Hilfe andere afrikanische Länder der Sahel-Zone erreichte, z. B. den Senegal, Mauretanien, Mali, Niger, Tschad und Obervolta, waren unsere Genossen und unser Volk in Guinea-Bissau und besonders auf den Kapverdischen Inseln dem grauenhaften Geschehen hilflos ausgeliefert. Das Ausmaß dieser Hungersnot ist Folge der Weigerung der portugiesischen Kolonialisten, internationale Hilfe anzunehmen.

Das portugiesische Kolonialregime hat jedoch lautstark und demagogisch verkündet, daß "die Zentral- und Lokalregierung in regelmäßiger und effektiver Zusammenarbeit von Anfang an alle Maßnahmen ergriffen hat, um der Bevölkerung Hilfe zukommen zu lassen" (Marcelo Caetano, November 1972).

Mit dem Ziel, die internationale öffentliche Meinung zu täuschen, begann die kolonialistische portugiesische Regierung mit großer Eile, die Emigration der kapverdischen Bauern und Arbeiter nach Portugal in die Wege zu leiten. Diese Menschen haben in Portugal unter den grauenhaftesten Bedingungen gelebt. Ihr Lohn, die Arbeitszeit, die Art der Arbeit, ihre Wohnverhältnisse, ihre Ernährung, die sanitären und hygienischen Bedingungen waren von äußerstem Elend gekennzeichnet. Mit diesen Machenschaften wollte die kolonialistische Regierung drei Ziele erreichen:

1. einen Vorwand finden, mit dem die chronische Hungersnot auf den Kapverdischen Inseln verheimlicht werden soll,
2. die Organisation unserer Partei, die auf den Kapverdischen Inseln kämpft, schwächen, indem die kampffähigen Kapverdianer nach Portugal deportiert werden,
3. den großen Mangel an Arbeitskräften in Portugal selbst durch Kapverdianer zu ersetzen. Dieser Arbeitskräftemangel ist bedingt durch eine anhaltende Emigration in andere westeuropäische Länder, wodurch die Portugiesen sich dem Elend in Portugal und dem Kolonialkrieg entziehen.

Selbst nach dem Umsturz der faschistischen Caetano-Regierung hat die Hungersnot und das Elend des kapverdianischen Volkes sich nicht verbessert, sondern nimmt im Gegenteil immer bedrohlichere Ausmaße an. In Lissabon werden die kapverdianischen Arbeiter massenhaft entlassen, die vorher dazu gezwungen wurden, nach Portugal zu emigrieren.

Das kapverdische Volk leidet aber nicht nur unter der Hungersnot, die Folge der langanhaltenden Dürre ist, sondern ist in letzter Zeit auch noch von einer Cholera–Epidemie betroffen, an der schon mehrere Menschen starben.

Angesichts dieser bedrohlichen Lage richtet unsere Partei, die das kapverdianische Volk in seinem Kampf um nationale Unabhängigkeit, Frieden und Fortschritt legitim repräsentiert, den dringenden Appell an Sie, dem kapverdianischen Volk, vermittelt über die P A I G C als seinem Repräsentanten, materielle, humanitäre und sanitäre Hilfe zukommen zu lassen.

Sie würden so dazu beitragen, die Folgen der Dürre und der Cholera-Epidemie zu mildern.

Der Exekutivausschuß der PAIGC
Conakry, am 26.Juli 1974

SPENDENKONTO

Postscheckkonto Karlsruhe

Kto. Nr. 95292/754
Komitee Südliches Afrika Heidelberg

SCHWERE KÄMPFE IN SÜDVIETNAM:

Die USA und Thieu tragen die Verantwortung

Angesichts der schweren Kämpfe in Südvietnam häufen sich in letzter Zeit wieder die Meldungen über eine angebliche Offensive der Nordvietnamesen und der Vietcong. Ein Saigoner Sprecher warf der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams (PRR) und der Demokratischen Republik Vietnam (DRV) vor, "die Verhandlungen über die politische Zukunft Südvietnams mit 'verleumderischen Scheinargumenten' zu blockieren. 18 Monate nach dem Pariser Vietnam-Abkommen sei es offensichtlich, daß Nordvietnam hartnäckig seine Politik weiterverfolge, Südvietnam unter kommunistische Herrschaft zu bringen." (Süddeutsche Zeitung vom 8.8.74)
Wieder einmal versuchen die USA und Thieu das Gespenst einer 'nordvietnamesischen Offensive' an die Wand zu malen, um ihre eigenen Kriegshandlungen, die ständige Mißachtung und den fortgesetzten Bruch des Pariser Friedensabkommens von 1973 zu rechtfertigen.

Über 400 000 Mal hat Thieu das Abkommen gebrochen. In den befreiten Gebieten, die durch das Pariser Abkommen der Souveränität der Provisorischen Revolutionären Regierung unterstellt sind, hat die Saigoner Marionetten-Armee immer wieder versucht, widerrechtlich Stützpunkte zu errichten. Unaufhörlich hat sie Städte und Dörfer bombardiert und niedergebrannt. Die Bewohner mußten flüchten. Mit brutaler Gewalt hat sie sich der Flüchtlinge bemächtigt und in KZ-ähnlichen Elendslagern zusammengetrieben. Thieu hat überhaupt keinen Rückhalt im Volk. Er kann diesen Krieg nur fortsetzen, weil hinter ihm ein viel mächtigerer Feind des vietnamesischen Volkes steht – der US-Imperialismus. US-Außenminister Kissinger hat erklärt, das Abkommen verpflichte die USA, "politisch und moralisch" das Thieu-Regime zu unterstützen. So schickt die USA alle nur denkbare Hilfe nach Saigon, besonders Waffen, was dem Abkommen widerspricht. Die amerikanische Botschaft in Saigon ist die tatsächliche Kommandozentrale des Krieges gegen das vietnamesische Volk. Dort fallen die Entscheidungen. Dort werden die 25 000 Militärberater koordiniert und eingesetzt. Um diesen Krieg fortsetzen zu können, forderte das US-Verteidigungsministerium eine Erhöhung des Betrages für die monatlichen Munitionslieferungen an Thieu von 30 Mio Dollar (1974) auf 33,5 Mio Dollar für 1975. (Vorlage der Kommission für die Streitkräfte im Senat, Teil I, S. 1900) Und des weiteren fordert das Pentagon in dieser Vorlage einen Kredit für die Lieferung von 28 Flugzeugen des Phantom-Nachfolgeflugzeuges vom Typ F 5F an Saigon für 1975 (ebenda, S.1901). Die französische Tageszeitung 'Le Monde' berichtete, daß wieder US-Piloten Einsätze gegen die befreiten Gebiete fliegen. So z. B. bei dem Versuch der Thieu-Armee, die befreiten Gebiete bei Ben Cat in der Nähe Saigons einzunehmen.

DER WIDERSTAND DAGEGEN WIRD ORGANISIERT

In den von Saigon kontrollierten Gebieten stellt sich die Bevölkerung immer entschiedener hinter die gerechten Forderung nach strikter Einhaltung des Abkommens und hinter das Abkommen selber. Die Bevölkerung tritt gegen die korrupte und kriegstreiberische Politik der Marionetten offen auf. Bei den von Thieu im Juni abgehaltenen Wahlen, bei der "die demokratische Partei Thieus die meisten Sitze erringen wird, da es praktisch keine Alternative gab" (Süddeutsche Zeitung vom 16.7.74), kam es zum ersten Mal seit 1971 zu offenen gegen das Thieu-Regime gerichteten Demonstrationen, wie die französische Tageszeitung 'Le Monde' am gleichen Tag berichtete.

Aufgrund des zunehmenden faschistischen Terrors des Saigoner Regimes erklärte eine Vertreterin derjenigen Kraft, die sich in den Saigoner Gebieten gegen Thieu und die US-Imperialisten stellt, die sogenannte 3. Kraft, gegenüber einem Reporter des 'Figaro': "Radikale und selbst brutale Schritte müssen unternommen werden, um diesen Sumpf hinwegzufegen." Mit dem "Sumpf" meint sie die Thieu-Clique. Wenn die Provisorische Revolutionäre Regierung und auch die Demokratische Republik Vietnam, mit denen das Pariser Abkommen unterzeichnet wurden, alle Sabotageakte des Thieu-Regimes und der US-Imperialisten aufdeckt und entschlossen zurückschlägt, so ist das nichts weiter als gerecht. Es ist eine höchst legale Angelegenheit, wenn jetzt die Streitkräfte des vietnamesischen Volkes damit begonnen haben, alle nach der Unterzeichnung des Abkommens von der Thieu-Armee eroberten Gebiete wieder zu befreien. Die dort errichteten KZ's niederzureißen und der Bevölkerung die Rückkehr in ihre Dörfer zu ermöglichen. Konsequent und richtig ist es, wenn die Stützpunkte der Aggression gegen die befreiten Gebiete angegriffen werden, wie z. B. die Luftwaffenbasis Bien Hoa oder Da Nang, Sitz des Saigoner Hauptquartiers der 1.Militärregion, der wichtigste Umschlagplatz für US-Kriegsmaterial.

UNTERBRECHUNG DER GESPRÄCHE VON PARIS UND SAIGON AM 22.7.1974

Die Provisorische Regierung von Südvietnam und die Delegation der Demokratischen Republik Nordvietnam haben am 22.7. die Gespräche mit den Thieu-Marionetten in den gemischten Kommissionen vorläufig unterbrochen. Die Kommissionen sind Bestandteile des Pariser Abkommens, sie sollen freie Wahlen im ganzen Land vorbereiten. Tatsächlich aber wurden die Gespräche von Seiten Thieus nie ernsthaft geführt. Er ließ sogar die Delegationen der PRR und der DVR in Saigon verschiedentlich festnehmen. Dagegen richtete sich der Schritt der PRR und der DVR. Jedoch sind die DVR und die PRR sofort zur Weiterführung der Gespräche bereit, wenn die Immunität ihrer Delegationen in Zukunft garantiert wird und die USA und die Thieu-Regierung eine korrekte und ernsthafte Haltung bei den Gesprächen einnehmen und zu dem 6-Punkte-Vorschlag der PRR antworten. Dieser Vorschlag faßt die Ziele des Pariser Abkommens noch einmal zusammen:

1. Sofortiger Waffenstillstand
2. Sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen
3. Sofortige Herstellung der demokratischen Freiheiten
4. Bildung des Nationalen Versöhnungsrats drei Monate nach dem Waffenstillstand
5. Durchführung von Wahlen ein Jahr nach dessen Bildung
6. Regelung der Frage der Streitkräfte im Sinne der nationalen Eintracht und Versöhnung ohne fremde Einmischung.

Durch diese feste Haltung wird die gerechte Sache des ganzen vietnamesischen Volkes gestärkt. Es wird damit die Basis geschaffen, verstärkt die Reihen gegen die Sabotageakte der USA und Thieus weiter zusammenzuschließen. Die letzten anderthalb Jahre haben bewiesen, daß sie nur die Sprache der Gewalt verstehen, daß sie gezwungen werden müssen, das Abkommen einzuhalten. Die Verantwortung für die verschärften Kämpfe in Vietnam tragen alleine die USA und ihre Marionette Thieu. N.F.

Erfolglose Spaltungsversuche in Angola

DAS VOLK VERSTÄRKT DEN KAMPF FÜR DIE UNABHÄNGIGKEIT

In Angola fanden in den letzten Wochen – hauptsächlich in der Hauptstadt Luanda – blutige Kämpfe zwischen Afrikanern und Weißen statt. Ausgelöst wurden diese Unruhen durch den Mord an einem weißen Taxifahrer, dessen Leiche in den von Afrikanern bewohnten Slums von Luanda gefunden wurde. Daraufhin unternahmen faschistische Kolonialisten "Rachefeldzüge", bei denen wahllos Afrikaner niedergemetzelt wurden. Inzwischen steht fest, daß dieser Mord von denselben Elementen verübt wurde, die später "Rache" dafür übten.

Sie haben sich in einer Terrortruppe organisiert, die sich "Vereinigter Widerstand in Angola" (RUA) nennt. Hauptziel dieser und anderer faschistischer Gruppen ist es, den Kampf des Volkes von Angola für Unabhängigkeit und Freiheit zu sabotieren und ein rassistisches Regime wie in Zimbabwe (Rhodesien) und in der Südafrikanischen Republik zu installieren. Zu diesem Zweck versuchen die Faschisten, das Volk zu spalten und seinen einheitlichen Kampf zu verhindern. Dabei versuchen sie auch Widersprüche auszunutzen, die zwischen den Befreiungsbewegungen in der Vergangenheit entstanden waren. Die beiden größten Befreiungsbewegungen sind die MPLA, die Volksbewegung für die Befreiung Angolas,



Befreiungskämpfer von Angola

und die FNLA, die Nationale Front für die Befreiung Angolas.

Zahlreiche Kontakte, die in der Vergangenheit aufgenommen wurden, sollten der Vereinheitlichung des Kampfes durch die Bildung einer gemeinsamen Front dienen. Vor kurzem wurde bekannt, daß die Befreiungsbewegungen eine solche gemeinsame Kampffront beschlossen haben. Ein weiteres Mittel zur Spaltung des Volkes war die Gründung einer "Demokratischen Bewegung von Angola" (MDA). Diese von Agenten der Kapitalisten geführte "Bewegung" hatte kürzlich zu einer Massenversammlung in Luanda aufgerufen, um eine Basis dafür zu schaffen, daß die Interessen der Kapitalisten bei der Lösung der Kolonialfrage nicht verletzt würden. Aber das Volk von Angola durchschaute diese üble Machenschaft. Zur "Massenversammlung" kamen nur einige hundert Afrikaner und wenige Weiße. Das Volk von Angola organisierte Gegendemonstrationen und verlangte von der portugiesischen Regierung ihre Versprechen wahrzumachen und z. B. den Umtrieben solcher Rassisten ein Ende zu machen. Afrikanische portugiesische Soldaten verlangten selbst ihren Einsatz zum Schutz des angolanischen Volkes. Im Zuge dieser Auseinandersetzungen mußte die portugiesische Regierung den bisherigen Generalgouverneur von Angola, der als Faschist bekannt ist, absetzen.

Inzwischen mußte die portugiesische Regierung und der Präsident Spinola einsehen, daß die Gewährung der Unabhängigkeit sich nicht mehr verhindern läßt. Um aber dennoch an ihren Interessen festzuhalten, haben sie nun ihre Taktik geändert. Sie erkennen wohl die berechtigte Forderung nach Unabhängigkeit an und schaffen auch formal die Voraussetzungen dazu durch Veränderung der Verfassung. Aber sie wollen die Macht nicht aus den Händen geben. Das zeigt folgender Plan, den die portugiesische Regierung kürzlich veröffentlichte. Danach soll bis zur "endgültigen" Unabhängigkeit eine Kolonialregierung gebildet werden, an der außer den Befreiungsbewegungen auch die "verschiedenen Bevölkerungsgruppen" teilnehmen sollen, womit sie hauptsächlich die Vertreter ihrer Interessen und der Interessen des Imperialismus meinen. Nach zwei Jahren sollen dann Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung durchgeführt werden. Portugiesisches Militär soll selbstverständlich weiter in Angola bleiben. Voraussetzung für diesen Plan ist der Waffenstillstand. Was das bedeutet ist klar: Das Volk soll aufhören zu kämpfen, ohne sein Ziel, die völlige Unabhängigkeit, erreicht zu haben. In den zwei Jahren baut man eine Partei auf, die dann später als Marionettenregime der Imperialisten dienen kann.

Es ist aber sicher, daß das Volk von Angola unter Führung seiner Befreiungsorganisation sich nicht darauf einlassen wird. Es wird nicht eher den bewaffneten Kampf um Unabhängigkeit und Freiheit beenden, als bis der völlige Sieg gewiß ist. B.Bk.

Britische Soldaten in Oman

Offener Brief von 18 britischen Staatsangehörigen an die Botschaft des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in der Bundesrepublik Deutschland

Mit Empörung und Abscheu müssen wir britischen Staatsbürger trotz eines umfassenden Informationsboykotts erfahren, daß Landsleute von uns von Ihrer Königlichen Hoheit und ihrer Regierung gezwungen werden, in Südarabien ihr Leben aufs Spiel zu setzen, um in unser aller Namen die abscheulichsten Verbrechen gegen ein armes, hungerndes Volk zu verüben.

Seit Jahren belegt die britische Luftwaffe in Südarabien, deren Stärke uns bis heute verheimlicht wird, die Provinz Dhofar des südarabischen Sultanats Oman mit Flächenbombardements immer größeren Ausmaßes. Die Kampfflugzeuge Großbritanniens fliegen täglich Dutzende von Angriffen, beschießen und bombardieren zivile Wohngebiete, Schulen, Krankenhäuser und Menschenansammlungen und verbrennen die Felder und Weiden. Sie ermorden vieltausendfach Kinder, Frauen und alte Menschen. Den Übrigbleibenden rauben sie ihre Existenzgrundlage. Die Regierung Ihrer Majestät will damit der Politik der Wirtschaftsblockade ihrer Marionette, des Despoten Scheich Quabus von Oman zum Erfolg verhelfen und 260 000 Menschen aushungern bis zum Tode.

Alle diese Kriegsverbrechen werden gegen die Interessen der Völker von Großbritannien und Südarabien verübt. Sie dienen allein den Interessen der britischen und internationalen Ölkonzerne. Um diesen die ungehinderte Ausplünderung der Rohstoffe und Reichtümer dieser Länder zu garantieren, soll das arme hungernde Volk von Dhofar völlig vernichtet werden, weil es begonnen hat, sich vom englischen Kolonialismus zu befreien und ein unabhängiges demokratisches Land mit einer menschenwürdigen Gesellschaft aufzubauen.

Wir protestieren auf das allerschärfste gegen diesen Völkermord und verlangen von der Regierung Ihrer Majestät den sofortigen bedingungslosen Abzug aller britischen Militärs vom Gebiet Omans, die Räumung aller britischen Stützpunkte und die Einstellung jeglicher Hilfe an die volksfeindlichen Diktatoren in Oman und am arabischen Golf.

Wir fordern für die begangenen Verbrechen Wiedergutmachung an die "Volksfront zur Befreiung Omans und des Arabischen Golfs (PFLOAG)", die einzig legitime Vertretung des Volkes von Oman und Dhofar.

Es folgen die Unterschriften von 18 in Heidelberg lebenden Briten.

Vorwärts zur Chile Solidaritätsdemonstration

AM 14. SEPTEMBER IN FRANKFURT!

Am 10. August trafen sich in Frankfurt die Vertreter der westdeutschen Chile-Komitees, um die in Göttingen Ende Juni beschlossene zentrale Demonstration in Frankfurt am 14. September und um die Solidaritätswoche, die dieser Demonstration vorausgeht, weiter vorzubereiten.

Von den anwesenden Komitees aus 24 Städten waren 10 neue da, die bereit waren, den in Göttingen beschlossenen Plan und Aufruf zu unterstützen, so daß derzeit 29 Komitees den Jahrestag des Militärputsches in Chile in der Woche vom 9. bis 14. September zu einer machtvollen Demonstration der Solidarität mit dem Widerstandskampf des chilenischen Volkes machen. Er wurde eine Grußadresse verabschiedet, in der die während dieser Woche überall in Europa stattfindenden Demonstrationen und Kundgebungen begrüßt wurden und die Chile-Komitees ihre Überzeugung zum Ausdruck bringen, daß die internationale Solidarität eine wichtige Hilfe für die chilenische Arbeiterklasse und das chilenische Volk bei ihrem Kampf gegen die Junta ist.

Die Berichte, die von verschiedenen Komitee-Vertretern abgegeben wurden, zeigen deutlich, daß alle Aussagen, die Chile-Solidaritätsbewegung sei im Abflauen, ganz falsch sind. Solche Standpunkte hatten die Liga gegen den Imperialismus, die Gruppe Rote Fahne (KPD) und der Kommunistische Bund (Nord) vertreten, um damit zu begründen, daß eine zentrale Demonstration falsch sei. In Wirklichkeit verhält es sich gerade umgekehrt: In verschiedenen Städten sind die Aktionseinheitsverhandlungen sehr erfolgreich abgeschlossen worden und es gelang den Chile-Komitees, Juso-Ortsgruppen, Kriegsdienstverweigerer, Falken (SPD-Jugendorganisation) und ähnliche Organisationen von der Richtigkeit des Plans der Chile-Komitees zu überzeugen. Die beim Koordinationsausschuß der Chile-Komitees eingehenden Anfragen bezüglich der Solidaritätswoche und der Demonstration und den Möglichkeiten, sich daran zu beteiligen, steigen von Tag zu Tag.

Die Demonstration, die am 14. September in Frankfurt stattfinden soll, wird der Höhepunkt und die Zusammenfassung der Solidaritätsaktionen sein. Auf der Kundgebung wird der stellvertretende Vorsitzende der CUT, des verbotenen chilenischen Gewerkschaftsverbandes den Kampf der chilenischen Arbeiterklasse und des chilenisches Volkes schildern und zur nicht nachlassenden Solidarität aufrufen. Nach der Demonstration wird eine Podiumsdiskussion zwischen den verschiedenen fortschrittlichen Organisationen, die die Demonstration unterstützen, stattfinden.

Wir fordern alle Organisationen und fortschrittlichen Menschen auf, sich an den lokalen Veranstaltungen und Kundgebungen zu beteiligen sowie an der Demonstration in Frankfurt teilzunehmen. Informationen und Agitationsmaterial (Plakate, Aufkleber usw.) können beim
**Koordinationsausschuß der Chile-Komitees,
c/o Volpert Beyer
6 000 Frankfurt
Sömmeringstr. 9** eingeholt werden.

Bisher unterstützten den Göttinger Aufruf der Chile-Komitees und den Plan der zentralen Demonstration in Frankfurt am 14. September:

Die Chile-Komitees Aachen, Aschaffenburg, Bochum, Bonn, Bremen, Düsseldorf, Essen, Esslingen, Frankfurt, Freiburg, Göttingen, Hamburg, Hannover, Heidelberg, Kiel, Köln, Konstanz, Münster, Nürtingen, Osnabrück, Saarbrücken, Siegen, Stuttgart, Waiblingen, Wolfsburg,
Chile-Aktiv Göttingen, KELA Frankfurt, FOLA (Föderation lateinamerikanischer Studenten).
Dieser Aufruf wird ferner unterstützt vom Chile-Komitee Westberlin sowie von Movimiento Communista, Comite Solidaridad y Lucha, Kommunistischer Bund Westdeutschland, Gruppe Internationaler Marxisten, Spartacusbund, Sozialistisches Büro, SVI (Studentischer Verband der Ingenieurschulen).

– P.F. –

Standpunkte hatten die Liga ge- stration unterstützen, stattfinden. – P.F. –

Spaltung und Einheit

LESERBRIEF:

In dem Artikel "Kann es Einheit in der Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes geben?" spricht der Genosse W.M. von der Spaltung der Solidaritätsbewegung mit Chile in zwei Strömungen, die bedingungslosen Anhänger der UP-Strategie auf der einen und die Kritiker Allendes auf der anderen Seite. Liest man das so, erscheint es als natürlich, daß die Existenz verschiedener Auffassungen vom chilenischen Prozeß eine Spaltung der Solidaritätsbewegung zur Folge hat. Diese Existenz verschiedener Einschätzungen macht aber noch gar nicht die Einheit der Bewegung unmöglich. W.M. versäumt es, klarzustellen, daß es zur Spaltung nur kommen konnte, weil bei den leitenden Mitgliedern der DKP zu einer bestimmten Auffassung von der Politik der Unidad Popular (UP) eine spalterische Auffassung von der heutigen Solidaritätsarbeit hinzukam.
Es ist keineswegs so, daß die demokratischen Chile-Komitees, die sich nach dem Putsch bildeten und die jetzt den gemeinsamen Aufruf für eine Aktionswoche im September herausgegeben haben, keinen Platz für Anhänger der UP-Politik oder sie gar ausgeschlossen hätten. Um ein beliebiges Beispiel zu nehmen: Im Statut des Chile-Komitees Konstanz heißt es: "Die Mitarbeit wird nicht abhängig gemacht von der Anerkennung einer bestimmten Einschätzung der Ereignisse in Chile oder gar der Programmatik einer bestimmten politischen Organisation." Damit wird korrekterweise eine bestimmte Einschätzung der Ereignisse in Chile nicht zur Vorbedingung, sondern zu einer Aufgabe der Komiteearbeit gemacht. Erst als die DKP versuchte, die bedingungslose Anerkennung des UP-Programms zur Voraussetzung der Arbeit zu machen und damit allen ihre Meinung aufzuzwingen, bestand man überall auf dem Recht, die UP-Politik auch kritisieren zu können.
Der Genosse W.M. schreibt ganz richtig, daß in den demokratischen Komitees die Meinung vorherrscht, daß ein Grund für die Niederlage in Chile auch in der Politik der UP zu suchen ist. Diese Meinung herrscht aber nicht darum vor, weil sich hier selbstredend nur Allendes Kritiker zusammengetan hätten; der Grund dafür ist, daß die Mehrheit der solidarischen Kräfte sich dafür entschieden hat, Lehren aus den chilenischen Ereignissen zu ziehen, die auf der Hand liegen; z. B., daß die sture Legalitätstreue und anbiedernde Versöhnungspolitik des rechten UP-Flügels bis zuletzt eine falsche Linie war. Da die DKP-Vertreter eine Niederlage befürchteten, wichen sie dem Meinungsstreit innerhalb der Solidaritätsbewegung aus, propagierten die Eröffnung "eigener" Solidaritätskomitees und spalteten so die Bewegung. So geschehen in Westberlin und überall in der Bundesrepublik.

V.W., Berlin

Aufruf der Chilenen in der BRD

"Die Welt hat mit Empörung vernommen, daß ein Kriegsgericht das Mitglied des Zentralkomitees der sozialistischen Partei, Carlos Lazo Frias, zum Tode verurteilt. Das gleiche Kriegsgericht hat auch den Oberst der Luftwaffe Ernesto Galaz Guzman, den Hauptmann Raul Vergara und den Unteroffizier Belarmino Constanzo zur selben Strafe verurteilt, nur weil sie sich treu der verfassungsmäßigen Regierung von Präsident Allende verhalten und als Gegner des Putsches vom 11. September 1973 gezeigt haben. Aus denselben Gründen hat es sechzig Menschen, von denen fünfzig Mitglieder der Armee sind, mit langen Gefängnisstrafen verurteilt (bis zu lebenslänglich).

In Chile sind die sogenannten Kriegsgerichte keine Justizgerichte, sondern Machtinstrumente, die nichts mit der richterlichen Gewalt zu tun haben. Diese sind durch Militärs gebildet, die nie Rechtswissenschaften studiert haben, und sie sind entstanden, um in besetzten Ländern während eines Krieges die militärische Ordnung zu erhalten. In Chile gibt es keinen Krieg, so handelt es sich nur um neue Morde, die die faschistische Junta verordnet hat.

Diese Urteile fallen zur gleichen Zeit mit einer neuen Repressionswelle in Chile, in der die Junta in wenigen Tagen mehr als zwölftausend Menschen verhaftet hat, unter denen den Senator Prof. Jorge Montes und den ehemaligen Intendanten von Santiago, Julio Stuardo. Vor diesen neuen Verbrechen der Junta, die ein Vorspiel von neuen Morden sind, rufen wir das deutsche Volk und seine Institutionen auf, von der Junta zu verlangen, daß sie das Menschenleben und die öffentlichen Freiheiten achtet, und daß sie die Morde beendet. Wir wenden uns vor allem an die antifaschistischen Sektoren, an die Arbeiterorganisationen, an die Intellektuellen, an die Universitäten, an ihre Lehrkörper und Studenten, an die Kirche jeden Glaubens, an die Solidaritätskomitees, an die Presse, an die politischen Parteien, an die humanitären Organisationen, damit sie dringend darauf hinwirken, diese Verbrechen und die Terrorwelle zu verhindern und das Leben aller chilenischen Patrioten zu retten und die Freiheit aller politischen Gefangenen zu erreichen. Wir bitten sie, Telegramme und Briefe an alle Internationalen Organisationen zu schicken, damit die, die jetzt die Macht in Chile mißbrauchen, dazu gezwungen werden, nach den Prinzipien der zivilisierten Völker der Welt zu handeln.

**General Coordinator der Chilenen in der BRD
6 000 Frankfurt
Eichwaldstraße 32**

TODESURTEILE AUFGEHOBEN

Inzwischen wurden die vier verhängten Todesurteile (KVZ Nr. 16/74) aufgehoben und in lebenslängliche Haftstrafen umgewandelt. Das ist ein wichtiger Erfolg der chilenischen Widerstandsbewegung und der internationalen Solidaritätsbewegung.

Wetterfahne

FORSCHUNGSMINISTER MATTHÖFER UND DER PUTSCH IN CHILE

"Falls Allende gestürzt werden sollte, muß man offen für den bewaffneten Aufstand eintreten, da dann gezeigt worden ist, daß in Lateinamerika durch Reformen nichts zu erreichen ist". Das sagte Matthöfer 1970 nach der Rückkehr von einer Lateinamerika-Reise, wie die Frankfurter Rundschau am 2. November 1970 berichtete. Damals war Matthöfer Bundestagsabgeordneter der SPD. . .
Heute ist Matthöfer Minister der SPD/FDP-Regierung. Diese Regierung leistet alle nur denkbare Unterstützung für die chilenische Militärjunta, damit es gerade nicht zum bewaffneten Aufstand der Volksmassen unter Führung der chilenischen Arbeiterklasse kommt!

Transportboykott

Stockholm. Der Kongreß der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) hat auf seiner Sitzung in Stockholm beschlossen, am 18. und 19. September einen Boykott aller Transporte nach Chile zu Wasser, auf dem Land und in der Luft durchzuführen. Der Beschluß wurde von den Delegierten mit großer Mehrheit angenommen. Mit der Aktion werden die Transportarbeiter ihre Solidarität mit der chilenischen Arbeiterklasse ausdrücken und gegen die Militärjunta protestieren. Die Gewerkschaft ÖTV wird sich an der Aktion beteiligen. Der Vorsitzende der ÖTV, Kluncker, der zugleich Vizepräsident der ITF ist, kündigte noch weitere Solidaritätsaktionen an (Die Welt vom 16. August 1974).

Solidarität mit Chile organisieren

Der bisherige Stand der Vorbereitungen für die Chile-Solidaritätswoche in den einzelnen Orten weist eine große Zahl phantasiereicher Aktivitäten auf

ERFOLGREICHE BLUTSPENDE-AKTIONEN

In verschiedenen Städten haben bereits Blutspendeaktionen stattgefunden, die sehr erfolgreich waren. So wurden in Heidelberg an einem Tag in einer vom Chile-Komitee durchgeführten Blutspendeaktion 6 000 DM für den Widerstandskampf des chilenischen Volkes gesammelt, in Berlin in einer ähnlichen Aktion während mehrerer Tage 17 000 DM. Für die Solidaritätswoche sind bereits weitere Blutspendeaktionen geplant.
Da gibt es zwei Möglichkeiten. Die erste ist, daß man mit der örtlichen Blutbank verhandelt und Termine abspricht, an denen die Aktion durchgeführt werden kann. Diese Termine müssen dann mit genauer Ortsangabe auf Flugblättern, Wand- und Betriebszeitungen bekanntgemacht werden. Bei dieser Form der Aktion hat es sich bewährt, daß man Treffpunkte bekanntgibt, an denen sich die Spender treffen und dann gemeinsam zum Blutspenden gehen, wobei immer ein Genosse dabei sein sollte. Auf diese Weise kann man gemeinsam die Ängste überwinden.
Die andere Möglichkeit ist, eine Blutspendefirma heranzuholen, die dann mit den ganzen notwendigen Geräten ankommt und diese in geeigneten Räumen aufbaut (zwei größere Zimmer sind notwendig). Zwar sind die Preise dieser Firmen meist niedriger als bei "offiziellen" Blutbanken, doch hat diese Form der Aktion mehrere große Vorteile: einmal sind die Kapazitäten solcher Firmen sehr viel größer (in Heidelberg haben an einem Tag 250 Menschen gespendet), so daß die Aktion an einem Tag beendet werden kann, dann kann man sich die Räume selbst aussuchen, was von großem Vorteil ist, wenn zentral gelegene Räume zur Verfügung stehen, und die Konzentration aller Spendewilligen auf einen Tag schafft sehr viel bessere Bedingungen für die politische Agitation (KVZ-Verkaufen nicht vergessen).

"EIN STUNDENLOHN FÜR CHILE"

In vielen Städten führen die Aktionseinheiten in den Betrieben eine Kampagne "Ein Stundenlohn für Chile" durch. Solche Aktionen sind sehr wichtig, nicht nur wegen der Gelder, die dabei zusammenkommen. Sie bieten vielmehr auch die Gelegenheit, in den Betrieben Diskussionen über die Klassenkämpfe in Chile zu initiieren und Kollegen für Veranstaltungen und für die Demonstration zu gewinnen. Es empfiehlt sich, daß die Aktionseinheiten in offenen Briefen o.ä. die Gewerkschaften zur Unterstützung dieser Kampagne auffordern.

ALTKLEIDER- UND ALTPAPIERSAMMLUNGEN

In anderen Städten sind Altkleider- und Altpapiersammlungen geplant, was auch gute Möglichkeiten in sich birgt, eine große Geldsumme zustandezubringen. Wie bei den Blutspendeaktionen ist auch hier die gründliche technische und politische Vorbereitung ausschlaggebend für den Erfolg. Auf keinen Fall darf man diese Aktion bloß als organisatorisches Meisterwerk betrachten, man muß sie vielmehr verbinden mit intensiver Agitation und Propaganda, die die Menschen von der politischen Notwendigkeit der materiellen Unterstützung überzeugt.

Wieder in anderen Städten haben die örtlichen Aktionseinheiten Rock-Gruppen dafür gewonnen, kostenlos ein Konzert durchzuführen. Während dieses Konzertes informieren sie in kurzen Beiträgen und Informationsständen über die Klassenkämpfe in Chile, diskutieren und verkaufen Fahrkarten für die Demonstration. Die Liste der Möglichkeiten zur Mobilisierung reicht noch weiter über Aktionen wie Straßentheater, Filmvorführungen im Freien u.ä.

IMMER AKTIONSEINHEITEN BILDEN!

Wichtig bei all diesen Aktionen ist, daß bereits in ihre Vorbereitung eine möglichst große Anzahl Menschen mit einbezogen werden muß, daß sie möglichst als Aktionen der örtlichen Aktionseinheiten durchgeführt werden sollen. Das Organisieren solcher Aktionen und die Diskussionen über ihren Sinn und ihr Ziel bietet die beste Möglichkeit, Menschen langfristig für die Ziele der chilenischen Arbeiterklasse zu gewinnen. Und umgekehrt können wir von den Vorschlägen der beteiligten Unorganisierten lernen, wie man einen routinemäßigen Arbeitsstil überwindet und kühn die Aktionen anpackt.

– P.F. –

Exklusives Komitee

CHILE-"SOLIDARITÄT" VON JUSOS UND DKP

Bochum. Für den 9.8. hatte das "Solidaritätskomitee Chile", das im letzten Jahr mit Unterstützungsaktionen der Unidad-Popular an die Bochumer Öffentlichkeit getreten war, zu einer Beratung über gemeinsame Solidaritätsmaßnahmen zum 1. Jahrestag des Putsches in Chile am 11. September eingeladen. Allerdings waren die Einladungen nur an einen bestimmten Kreis von Organisationen gegangen, wie Naturfreunde, SDAJ, DFG-IDK, Jusos usw., die auch erschienen.
Das Chile-Komitee Bochum war nicht eingeladen worden.
Dennoch sind zwei Vertreter des Chile-Komitees und ein Vertreter des Kommunistischen Kollektivs Bochums, der Sympathisantengruppe des KBW, zu der Sitzung hingegangen, weil sie der Ansicht sind, daß zur Unterstützung des Kampfes des chilenischen Volkes gegen die Junta alle Kräfte sich zusammenschließen müssen, die für den Sturz der Junta und die freie politische Betätigung sind.
Die anwesenden Juso-Vertreter waren nicht dieser Ansicht. Sie meinten, daß die Breite der Aktionseinheit in Bochum davon abhängen mußte, für wie gut oder schlecht sie eine bestimmte Organisation halten. Im Verlauf der Auseinandersetzung bekräftigten sie dann auch ausdrücklich, daß ihnen die Zugehörigkeit von jemand, z. B. zum KBW, der Möglichkeit zur Organisierung gemeinsamer Solidaritätsmaßnahmen vorgeht. Zur Untermauerung ihres Verhaltens beriefen sich die Vorstandsmitglieder auf kürzlich von ihnen gefaßte Beschlüsse, nach denen sie sich prinzipiell an keiner politischen Aktion beteiligen, an der kommunistische oder revolutionäre Organisationen beteiligt sind – die DKP ausgenommen.
Der Vertreter des "Solidaritätskomitee Chile", der dieses Komitee später als parteipolitisch neutral bezeichnete, ging auf diese erpresserische Alternative der Jusos ein. Wenn er die Wahl habe zwischen den Jusos und dem KBW ... So aber steht und stand die Alternative nicht. Die Wahl besteht nicht zwischen verschiedenen Organisationen, sondern die Wahl besteht zwischen zwei Arten des Herangehens an die Chile-Solidarität: Entweder die begrenzten Tagesforderungen des chilenischen Volkes festlegen und auf dieser Grundlage mit allen zusammengehen, die diese Forderungen teilen. Oder sich um den Zusammenschluß verschiedener Kräfte erst gar nicht bemühen und die ganze Chile-Solidarität von vornherein ausschließlich als Mittel planen, die eigene Organisation zu stärken.

Um die ganze Ungeheuerlichkeit und Verantwortungslosigkeit dieser Leute bloßzustellen, hat das Chile-Komitee jetzt einen Offenen Brief an die Mitglieder des Solidaritätskomitee gesandt, der ebenfalls allen erreichbaren Gliederungen der SPD und der Jusos am Ort zugehen soll. In diesem Brief werden die Juso-Vertreter kritisiert, weil sie an Fragen, die den unmittelbaren Kampf des chilenischen Volkes gar nicht berühren, eine Spaltung der Solidaritätsfront durchführten. Die Mitglieder dieser Organisationen werden aufgefordert, das Verhalten ihrer Vertreter auf der Sitzung am 9.8. zu überprüfen, zum Aufruf des Chile-Komitees Stellung zu nehmen und ihre Vorstände aufzufordern, zur Solidaritätsversammlung des Chile-Komitees zu kommen, auf der zum ersten Mal in Bochum öffentlich und für alle erreichbar über Solidaritätsmaßnahmen beraten wird.
Eine Juso-Arbeitsgemeinschaft hat bereits den Aufruf des Chile-Komitees als Grundlage ihrer Arbeit verabschiedet und beschlossen, an der Versammlung teilzunehmen und ihren Vorstand ebenfalls dazu aufzufordern.

K.K., Bochum

VOR 130 JAHREN:

Aufstand der schlesischen Weber

**Ihr Schurken all ihr Satansbrut,
ihr höllischen Kujone,
ihr freßt der Armen Hab und Gut
und Fluch wird euch zum Lohne**

"... erinnere man sich an das Weberlied, an diese kühne Parole des Kampfes, worin Herd, Fabrik, Distrikt nicht einmal erwähnt werden, sondern das Proletariat sogleich seinen Gegensatz gegen die Gesellschaft des Privateigentums in schlagender, scharfer, rücksichtsloser, gewaltsamer Weise herausschreit." (Karl Marx, Ges. Werke B. 1, S. 404)

Der Aufstand der Weber in Schlesien steht ganz am Anfang der Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland. Mit ihm hatte der offene Kampf der Arbeiter gegen die Bourgeoisie begonnen.

Am 4. Juni 1844 um 2 Uhr nachmittags trafen sich einige der Weber in Peterswaldau, sie marschierten durch das 5 000Einwohner zählende Dorf und zogen auf ihrem Marsche aus allen Wohnungen rechts und links der Straße alle Weber mit., unter der Forderung nach mehr Lohn und einem Geschenk , zu dem Wohnhaus ihres Ausbeuters, dem kapitalistischen Zwanziger, denn er hatte sich bei den Webern besonders verhaßt gemacht. Die Ursache des Aufstandes der Weber lag in ihrer elenden und rechtlosen Lage. Die Weber waren Heimarbeiter. Der Lohn eines Jahres für einen Leineweber betrug, sofern er unter eigenem Dach hauste und alle Familienmitglieder bis zur Erschöpfung arbeiteten, höchstens 60 Taler. Davon ging etwa der dritte Teil an feudalen fiskalischen Lasten ab, an Grund- und Werbezins, Jagd- und Spinngeld, Gemeindeabgaben und Schulgeld, Grund- und Klassensteuer; mit einem täglichen Verdienst von etwa 4 Schilling (Sg.) mußten die Ausgaben für Brot, Kartoffeln, Salz, Holz, Licht, Stärke zur Bearbeitung des Leinens, Kleidung und Hausreparatur bestritten werden. Diejenigen, die keine Hütte hatten, vegetierten in gemeinsamen Behausungen, die als Viehstall nicht mehr benutzt werden konnten. Sie brauchten zwar keine Grundsteuer und auch keinen Grundzins zahlen, dafür hatten sie aber als sogenannte Inlieger ein jährliches Schutzgeld von ein bis zwei Taler zu zahlen, um für den Fall, daß ihre geistige und körperliche Verwilderung sie zu Verbrechern machen sollte, dem Gutsherren die Kosten ihres Unterhalts im Zuchthaus zu sichern.

In den schlesischen Weberdörfern Peterswaldau und Langen-Bielau lief das Faß der Entrüstung über, nachdem die Gebrüder Zwanziger erklärten, 300 Menschen einzustellen, wenn diese bereit wären, für 160 Ellen Leinen (8 Tage Arbeit) statt der bisher gezahlten 12 Sg. 10 Sg. zu bekommen; die allgemeine Not zwang viele Menschen auch noch dafür zu arbeiten. Auf Protest gegen diese Methoden hatte Zwanziger erwidert, die Weber sollten nur, wenn sie nichts anderes hätten, Gras fressen, das sei heuer reichlich gewachsen. Gleichzeitig trugen diese erbarmungslosen Ausbeuter ihren Reichtum protzig zur Schau; sie höhnten ihrer Opfer durch freches prahlen mit dem Gold, das sie aus dem Blut und dem Schweiß der Arbeiter sich angeeignet hatten.



Schleßische Weber auf dem Marsch gegen ihre Ausbeuter (Bild: Käthe Kollwitz)

Vor dem Hause Zwanzigers wurde immer öfter das Lied der Weber gesungen, und dann passierte es, einer der rebellischen Sänger wurde vor dem Haus ergriffen, ins Haus gezerrt, dort verprügelt, dann hat man ihn der Ortspolizei übergeben. Der Aufstand der Weber war ein Aufbäumen gegen die herrschenden Zustände. Nicht einfach nur Maschinenstürmerei, sondern gegen die bestehenden Eigentumsverhältnisse bäumte sich diese spontane Bewegung auf. Als am 4. Juni 1844 die Weber ihre Forderungen vor dem Hause Zwanzigers vortrugen, wurden sie unter Hohn und Spott abgelehnt. Jetzt war die Empörung und der Zorn nicht mehr zu bremsen und brach los, die Massen stürmten das Haus, erbrachen alle Kammern, Gewölbe, Böden und Keller, zertrümmerten die wertvollen Möbel, Spiegel, Porzellan, sie zerrissen die Bücher, Wechsel und Papiere, sie stürzten im Packhaus und im Trockenhaus die Vorräte um und warfen sie zum Fenster hinaus, wo sie zerrissen, mit Füßen getreten oder an die Umstehenden verteilt wurden.

Zwanziger selbst flüchtete in Todesangst von Stadt zu Stadt, aber niemand wollte ihn aufnehmen aus Angst vor den Aufständischen, schließlich fand er dann doch in Breslau einen Schlupfwinkel.

Schon am 5. Juni waren es über 3 000 Weber, die nach Langen-Bielau , ein Dorf, welches 1 300 Einwohner zählte, zogen, Hier waren die Gebrüder Diering besonders verhaßt; sie hatten zwei Geschäfte. Ihre Oberniederlassung, die zuerst angegriffen wurde, verteidigten sie durch ihre Fabrikknechte, denen es in einem stürmischen Knüppelgefecht gelang, die stürmenden Weber zurückzuschlagen; die Weber rückten jetzt gegen das andere Haus der Gebrüder Diering vor, wo sich ihnen die von dieser Firma ausgebeuteten Weber anschlossen. Jetzt versprach Diering jedem Weber, der sein Eigentum schützen würde, ein Geschenk von 5 Sg.; die Weber ließen sich durch dieses Almosen beschwichtigen. Zur selben Zeit rückte das Militär an. Mit der Ankunft des Militärs wurde die Auszahlung des versprochenen Geldes hinausgezögert; die Weber wurden ungeduldig und drängten immer mehr und mehr an die Soldaten heran. Da ließ der Kommandierende Major von Rosenberger eine dreifache Salve in die Massen der Aufständischen geben. 11 Tote und 24 tödlich Verwundete lagen auf der Straße. Die Weber wurden angesichts dieses Massakers durch unbändigen Haß zum Widerstand angetrieben. Mit Äxten, Knüppeln und Steinen drangen sie auf die Soldaten ein und trieben sie aus dem Dorfe. Dann zerstörten sie das Haus der Gebrüder Diering.

Die Kunde von dem Aufstand der Weber verbreitete sich in Blitzesschnelle in der Ganzen Provinz, obwohl in den schlesischen Zeitungen sogar ganz kurze Notizen vom Zensor gestrichen wurden. Die Teilnahme unter den arbeitenden Volksmassen für die Weber war bedeutend, gegen den Adel, die reichen Fabrikanten, die Gutsbesitzer, gegen die Reichen und Vornehmen überhaupt hörte man die drohendsten Äußerungen, daß die Weber recht hätten und daß nur alle so machen sollten, dann würde es schon ganz anders werden. Der Sieg der Weber über das Militär war allerdings ein kurzer Triumph. Am Morgen des 6. Juni rückte der Major von Schlichting mit drei Kompanien Infanterie und vier Geschützen an. Widerstand war angesichts dieser Lage aussichtslos; die aufständischen Weber zogen sich zurück. Eine maßlose Hetzjagd folgte, mehr als hundert Weber wurden verhaftet. 80 Revolutionäre wurden zu 203 Jahren Zuchthaus, 90 Jahren Festungshaft und 330 Peitschenhieben verurteilt. Der Weberaufstand war niedergeschlagen worden. Gleichzeitig aber wurde revolutionäre Energie einer neuen Klasse erkennbar. In zahlreichen Städten gab es eine Reihe von Streiks, in Berlin der Textilarbeiterstreik, einen Streik der Handwer ksgesellen in Breslau, in Ingolstadt streikten die Erdarbeiter. Im Jahr des Weberaufstandes lag die Zahl der Streiks höher als im vorangegangenen Jahrzehnt. Der Weberaufstand ist ein Teil der Erfahrungen der Arbeiterklasse, die nicht in Vergessenheit geraten sollten. Die Notwendigkeit der Gewerkschaften für die Existenz der Arbeiter und der Einheit im Kampf aller Arbeiter gegen die Kapitalisten wird ebenso klar, wie die Unversöhnlichkeit der Interessen zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse, welche zur politischen Selbständigkeit der Arbeiterklasse zwingt, in ihrem Kampf um Rechte, für den Sturz der Ausbeuterherrschaft und den Sieg des Sozialismus, in dem die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt wird.

Joachim T.

Im Frühjahr 1913: Karlsruher Aufstand

DIE VOLKSMASSEN VERDROSCHEN DIE POLIZEI

Nach einem Gespräch mit einem Karlsruher Rentner, Augenzeuge des Aufstands 1919

In Deutschland herrschte im Jahr 1919 eine krasse Not. Hungernde Volksmassen, durch die Wirren des 1. Weltkriegs geschüttelt und ausgeplündert, wurden von einem revolutionären Sturm erfaßt und in den Strudel des Volksaufstands gerissen. Im Frühjahr 1919 gab es in Karlsruhe laufend Zusammenrottungen von hungrigen Volksmassen; Plünderungen waren an der Tagesordnung.

Auf ihrem Höhepunkt angelangt, richtete sich die Bewegung des Volkes gegen den Großherzog von Baden, der durch die Volksmassen vor dem Karlsruher Schloß zum Abdanken gezwungen wurde.

Das Kaufhaus Dietz (wo heute das Kaufhaus Hertie steht) wurde von zornigen Aufständischen geplündert, dies geschah so umfassend, daß die überraschten Polizeikräfte es nicht verhindern konnten. Die Kaiserstraße, die Hauptstraße Karlsruhes, war durch eine riesige Menschenmenge für die Polizei nicht mehr passierbar. In den Seitenstraßen bahnten sich Auseinandersetzungen mit Polizeitruppen an. Ganze Trupps wurden von den erregten Volksmassen entwaffnet und verdroschen.

So waren Teile der Volksmassen schnell bewaffnet, um gegen die rasch aufgestellten "weißen" Verbände vorzugehen. Die Straßenschlachten entwickelten sich zu Schießereien und Barrikaden wurden gebaut.

Der Aufstand wurde vom Karlsruher Proletariat getragen und von der Bevölkerung stark unterstützt. Die **Führung in den Kämpfen übernahm** ein linker sozialdemokratischer Matrose, Heinrich Klumpp, der in Karlsruhe auf Heimaturlaub war. Die damalige Ortsleitung der KPD leitete die Bewegung nicht und konnte auch nicht die Führung übernehmen. Obwohl es der KPD gelang, über tausend Arbeiter auf dem Wilhelmsplatz zu einer Kundgebung zu mobilisieren und ihr Einfluß unter den Arbeitern groß war, war sie nicht im Stande, sich an die Spitze der Kämpfe zu stellen und in diesen die Führung zu übernehmen.

Aus der Schilderung, den Bemerkungen des Augenzeugen stellte ich die folgenden Überlegungen an:

Ähnlich wie beim Hamburger Aufstand 1923 wurden auch Polizeiwachen gestürmt. Dies taten aber die erzürnten Volksmassen ohne die Führung der Kommunisten. Wenn diese auch an den Kämpfen teilnahmen, gelang es ihnen doch nicht, in der Bewegung die Stoßrichtung des Aufstandes zu bestimmen und Schritt für Schritt geplant vorzugehen. Unkoordinierte Streiks in den Karlsruher Betrieben waren nicht geeignet, den Aufstand wirkungsvoll voranzutreiben. Es ging aus den Schilderungen des Augenzeugen mit hervor, daß sich die Ortsleitung scheute, die Arbeiter aller Betriebe auf die Straßen zu rufen, ihren Willen kundzutun. Unter den Volksmassen war sogar die Absicht da, ein großes Waffendepot zu stürmen, was von den Kommunisten nicht als Kettenglied zur Lösung des Problems der Volksbewaffnung begriffen wurde.

Der Aufstand wurde von "weißen" Truppen blutig niedergeschlagen.

–J.Z., Karlsruhe

FILMKRITIK:

Allein machen sie dich ein

Dies ist der Titel des Films, den das Kollektiv Georg von Rauch-Haus gedreht hat. Das Georg von Rauch-Haus ist ein selbstverwaltetes Jugendwohnkollektiv in Westberlin. Es wurde vor zirka zwei Jahren von Jungarbeitern und Lehrlingen besetzt. Sie hatten es damals satt, nur ihre Freizeit zusammen zu gestalten, sondern sie wollten auch zusammen leben, um ihre Schwierigkeiten lösen zu können. Der Staat weigerte sich damals, ihnen ein Haus zur Verfügung zu stellen. Daraufhin besetzten sie das seit zwei Jahren leerstehende Martha-Maria-Haus im Komplex des Bethanien-Krankenhauses. Es gab schwere Auseinandersetzungen mit dem Staat und der Polizei, doch es gelang ihnen, einen Nutzungsvertrag zu erkämpfen.

Ein halbes Jahr nach der Besetzung drehte der WDR einen Film über sie. Das Kollektiv stellte damals die Bedingung, daß der Film mit ihnen und nicht über sie gedreht werden sollte. Doch das bürgerliche Fernsehen schmierte sie an und stellte sie als glückliche Hippies hin, im freien Westen, und zeigte auf der anderen Seite immer den "schlimmen Osten" und spielte dieses gegeneinander aus. Die Leute im Haus finden aber, daß es drüben keine Freiheit gibt, genauso wie hier, und man überall für den Sozialismus kämpfen muß.

Daraufhin beschlossen sie, einen eigenen Film zu drehen, mit Leuten, welchen sie vertrauen können. Zusammen mit zwei Filmakademie-Studenten, welche für einige Zeit bei ihnen wohnten, drehten sie dann auch den Film.

Gegenüber den Filmstudenten war das erste Anliegen der Rauch-Haus-Leute nicht der Film, es war nur eine Aufgabe neben vielen. Ihr erstes Problem war die Arbeit im Betrieb und im Haus. Daher konnten sie nicht soviel Zeit für den Film aufbringen. Es war eine Illusion zu glauben, ein Film könne direkt vom Kollektiv getragen werden. Die objektiven Bedingungen machten es unmöglich. Sie gingen jeden Tag arbeiten und die Filmer machten den Film hauptberuflich. Oft saßen die Filmer wochenlang isoliert im Schneideraum und waren gezwungen, Entscheidungen zu treffen. Jeder Schnitt, jede Kürzung ist eine parteiliche Handlung, und nur auf der Basis des gegenseitigen Vertrauens konnten tägliche Entscheidungen getroffen werden. Immer wieder wurden einzelne Abschnitte diskutiert und verändert. Ohne diese ständigen Kontrollen durch das Kollektiv und die ständige Zusammenarbeit hätte der Film nicht entstehen können.

Der Film zeigt kurz die Gründe für die Besetzung und die Besetzung selbst. Er läuft über ein ganzes Jahr Dreharbeit hinweg und zeigt die Schwierigkeiten und Erfahrungen. So zum Beispiel wie sich der Kampf zweier Linien entwickelt hat. Die einen saßen den ganzen Tag zu Hause und lebten auf Kosten der anderen. Die anderen gingen arbeiten und gingen daran, die Widersprüche im Betrieb und in der Schule und im Haus politisch und praktisch zu lösen. Das letzte setzte sich durch, und heute gehen alle arbeiten. Das Kollektiv hat die Feststellung gemacht, daß ein besetztes Haus allein nicht genügt, dadurch wird diese Gesellschaft nicht verändert. Sondern es gibt Millionen von Arbeitern, die die ganzen Werte schaffen, und ein Häuflein von Unternehmern, die die ganzen Werte und das Geld einstecken. Es gibt außerdem einen Staat, welcher die politische Macht hat und die Interessen der Kapitalisten vertritt. Was die Arbeiter und das Volk aber brauchen, sind Fabriken, in denen sie selbst über die Produktion bestimmen, ist ein Staat, in dem sie selbst bestimmen, wo sie sich ihre eigenen Gesetze machen, fern von jeder Ausbeutung und Unterdrückung. Deshalb ist das Kollektiv in die Fabriken, Schulen und in die Gewerkschaft gegangen, um die Leute von diesem Ziel zu überzeugen.

Sie merkten, daß es sehr schwer ist, diese Erkenntnis den anderen Kollegen zu vermitteln. Darum beschlossen sie, gemeinsam im Haus eine Schulung zu machen. Das ist das Wesen des Films, und es ist sehr gut vermittelt. Was fehlt, sind die Auseinandersetzungen, welche das Rauch-Haus mit dem bürgerlichen Staat geführt hat. Diese sind nur kurz angeschnitten. Aber es entspricht der Situation, in der sie vor einem Jahr waren.

Der Film ist nicht fürs Fernsehen gedreht und auch nicht für die Kinos. Sondern für Jugendliche in Freizeitheimen und Jugendzentren, für Gewerkschaftsgruppen und andere Interessierte. Wichtig ist dem Kollektiv die Vermittlung ihrer gemachten Erfahrungen und Diskussionen nach den Vorführungen. Sie fordern alle Gruppen auf, welche den Film sehen wollen, sich bei ihnen zu melden.

Der Film ist gut, weil er die bestehenden Widersprüche gut aufzeigt und sagt, warum sie so nicht bleiben dürfen. Er ist ein gutes Mittel zur Agitation und läßt sich gut den bürgerlichen Filmen entgegenstellen.

Den Film sollte man sich mal anschauen, in Berlin läuft er bis zirka September noch im Bali in Zehlendorf. Ansonsten ist er vom Kollektiv Georg von Rauch-Haus, Berlin 36, Marianenplatz 1a, zu bekommen.

–ay–